

85 Seiten

143. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 23. September 1994

Mitteilungen der Präsidentin	18043 A	Finanzminister Schleußer	18075 A
		Abgeordneter Wilmbusse (SPD)	18077 D
Aktuelle Stunde		Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering	18081 A
Thema: Finanz- und Wirtschaftsskandal Balsam AG: Hat Justizminister Krumsiek dem Parla- ment die Unwahrheit gesagt?		Ergebnis	18082 A
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung	18043 A	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/7755	18082 B
Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)	18043 B, 18059 A	Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)	18082 B 18090 A
Justizminister Dr. Krumsiek	18045 C, 18061 C 18064 B	Abgeordnete Schmid (Kierspe) (SPD)	18084 A
Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)	18049 B	Abgeordneter Kollorz (CDU)	18086 A
Abgeordneter Dr. Haak (SPD)	18051 D	Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE)	18087 A
Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)	18053 C	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert	18088 C
Abgeordneter Dr. Klose (CDU)	18056 A	Ergebnis	18090 A
Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)	18057 B	Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen ("Öffentliche Ordnung")	
Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.)	18060 B	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
Abgeordneter Dr. Linssen (CDU)	18062 B 18064 A	Drucksache 11/6990	
Finanzminister Schleußer	18063 A	Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung	
Der einseitigen Entlastung des Bundes auf Kosten der Kommunen muß Einhaltung geboten werden - keine Begrenzung des Bezugs der Arbeitslosenhilfe auf 2 Jahre zu Lasten der Sozialhilfeträger		Drucksache 11/7627 (Neudruck)	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/7747	18064 D	zweite Lesung	18090 B
Abgeordneter Thulke (SPD)	18065 A	Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)	18090 C
Abgeordneter Britz (CDU)	18067 A	Abgeordneter Meyers (CDU)	18091 B
Abgeordneter Ruppert (F.D.P.)	18070 C 18079 D	Abgeordneter Wickel (F.D.P.)	18092 C
Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)	18072 B		

Abgeordneter Appel (GRÜNE)	18093 C	Jahresbericht über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1992/93	
Finanzminister Schleußer	18094 D		
Ergebnis	18095 A	Unterrichtung durch den Landesrechnungshof zur Beratung Drucksache 11/5621	
Effizienzsteigerung bei der Kriminalitätsbekämpfung durch Vorbeugung und bessere Zusammenarbeit		Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle Drucksache 11/7733	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/6996		sowie	
Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung Drucksache 11/7630	18095 B	Rechnung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1991	
Abgeordneter Frechen (SPD)	18095 B	Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle Drucksache 11/7732	18106 B
Abgeordneter Meyers (CDU)	18096 B		
Abgeordneter Wickel (F.D.P.)	18096 D		
Abgeordneter Appel (GRÜNE)	18098 A	Abgeordneter Neuhaus (CDU)	18106 C
Finanzminister Schleußer	18099 A	Abgeordneter Grevener (SPD)	18109 B
Ergebnis	18099 C	Abgeordneter Diegel (CDU)	18109 C
Kein Zurückweichen vor Straftätern - Mißbrauch des Demonstrationsrechts konsequent bekämpfen		Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)	18109 D
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/6233		Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE)	18110 A
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Innere Verwaltung Drucksache 11/7626	18099 D	Finanzminister Schleußer	18110 B
Abgeordnete Dedanwala (SPD)	18099 D	Ergebnis	18110 D
Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)	18101 C	Gesetz zur Überleitung von Polizeivollzugsbeamten in die Besoldungsgruppe A 10	
Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)	18102 C	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/7689 (Neudruck)	
	18105 D	erste Lesung	18111 B
Abgeordneter Appel (GRÜNE)	18104 A	Finanzminister Schleußer	18111 C
Finanzminister Schleußer	18105 B	Ergebnis	18112 A
Ergebnis	18106 A	"Opferanwalt" soll Geschädigten beistehen	
Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1991		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/7712	18112 B
Antrag der Landesregierung auf Erteilung der Entlastung nach § 114 LHO Drucksache 11/5620		Abgeordnete Opladen (CDU)	18112 B, 18117 C
in Verbindung damit:		Abgeordneter Schreiber (SPD)	18113 D
		Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)	18114 C
			18118 B
		Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)	18114 D

Minister für Stadtentwicklung
und Verkehr Kniola 18115 D

Ergebnis 18119 A

**Die Kosten für das Semester-Ticket dürfen
nicht zu Lasten anderer Fahrgäste gehen!
- Anpassung der Ausgleichsleistung
für die Schülerbeförderung gemäß
§ 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) -**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/7711 18119 A

Abgeordnete Brüning (CDU) 18119 B
Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) 18120 A
Abgeordnete Kann (SPD) 18120 B
Abgeordnete Nacken (GRÜNE) 18121 A
Minister für Stadtentwicklung
und Verkehr Kniola 18122 A

Ergebnis 18123 D

**Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule
Rhein-Sieg**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7775

erste Lesung 18124 A

Ministerin für Wissenschaft
und Forschung Brunn 18124 B

Ergebnis 18124 C

Nächste Sitzungen 18124 C

Entschuldigt waren für den 23.09.1994

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis

Justizminister Dr. Krumsiek (nachmittags)

Minister für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft Matthiesen

Ministerpräsident Dr. Rau

Innenminister Dr. Schnoor

SPD: Abgeordneter Büssow
Abgeordnete Heemann
Abgeordneter Heidtmann
Abgeordneter Hombach
Abgeordneter Jentsch
Abgeordneter Mayer (Düsseldorf)
Abgeordnete Pazdziora-Merk
Abgeordnete Speth (nachmittags)
Abgeordneter Vorpeil
Abgeordneter Wendzinski (nachmittags)
Abgeordnete Werthmann

CDU: Abgeordnete Decking-Schwill
Abgeordneter Dreyer
Abgeordneter Kampmann
Abgeordnete Dr. Möhrmann
Abgeordnete Paus (Bielefeld)
Abgeordneter Pangels
Abgeordneter van Schewick
Abgeordneter Stallmann
Abgeordneter Dr. Schwericke

F.D.P.: Abgeordneter Dorn
Abgeordnete Larisika-Ulmke

GRÜNE: Abgeordnete Hürten

fraktionslos: Abgeordnete Boulboulé

(A) Beginn: 10.03 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 143. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und sage Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Ich begrüße auch unsere Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 29 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. **Tagesordnungspunkt 1:**

Aktuelle Stunde

Thema: Finanz- und Wirtschaftsskandal Balsam AG: Hat Justizminister Krumsiek dem Parlament die Unwahrheit gesagt?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung

- (B)** Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 15. September 1994 gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der vorgenannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner von seiten der antragstellenden Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Vesper das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute nicht über den Fall Balsam. Dazu werden wir noch ausgiebig Gelegenheit haben, wenn der Bericht des Sonderermittlers vorliegt. Heute geht es um die Frage: Was darf sich ein Mitglied der Landesregierung an bewußter Irreführung des Parlaments erlauben?

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Hat Justizminister Rolf Krumsiek in seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage am 20. Juli 1994 die Unwahrheit gesagt?

Nach den mittlerweile vorliegenden Informationen und Unterlagen, auch nach den seitherigen Einlassungen von Herrn Krumsiek gibt es nur eine Möglichkeit, diese Frage zu beantworten: mit einem eindeutigen Ja. An dieser Bewertung führt spätestens seit der Fragestunde von vorgestern kein Weg mehr vorbei. Dabei spreche ich einzig und allein von Sachverhalten, die wir jetzt und hier beurteilen können. Sie versuchen doch abzulenken, Herr Krumsiek, wenn Sie sich darauf zurückziehen, Sie könnten vor Abschluß der Sonderermittlungen nichts sagen. Wären Sie doch damals so zurückhaltend gewesen!

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Sie haben doch gesprochen und die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft längst bewertet - allerdings eben dramatisch falsch. Sie haben wider besseres Wissen einen Vorfreispruch ausgesprochen in der sicheren Erwartung, Ihnen werde schon niemand dahinterkommen.

Sie führen sich auf wie "Tricky-Rolf" und verstricken sich dabei immer tiefer in Widersprüche und geradezu peinliche Ausreden. Besonders schön Ihr empörter Ausruf in der Fragestunde - ich zitiere: "Wollen Sie mir denn sagen, ich kann die am Donnerstag veröffentlichte Zeitung bis dahin gelesen haben?" Immerhin war Dienstag der kommenden Woche gemeint. - Nein, lieber Herr Krumsiek, Sie haben schon recht. Wie sollten wir Ihnen eine derart absurde Schnelligkeit unterstellen!?

Wir nehmen zu Ihren Gunsten an: Obwohl das ZDF bundesweit berichtet hatte, obwohl in Ostwestfalen eine Woche lang die Medien tobten, obwohl die Sache dadurch eine Riesendimension erhielt - Sie waren der einzige in der Justiz, der von alledem nichts mitbekam.

Aber mit diesen Schutzbehauptungen will ich mich gar nicht näher befassen. Im Kern geht es um drei ganz konkrete Unwahrheiten in der Antwort auf meine Kleine Anfrage.

Unwahrheit Nr. 1! Sie erklärten dem Parlament, die anonyme Anzeige erhebe lediglich "pauschale Anschuldigungen" und liefere darum "keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten". Wer die Anzeige gelesen hat, meine Damen und Herren, kann über diese Aussage nur den Kopf schütteln. Konkreter und detaillierter kann man den Vorwurf des Kreditbetrugs und der Bilanzfälschung nicht belegen.

(C)**(D)**

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A) (Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Es ist eine Frechheit, da von "pauschalen Anschuldigungen" zu sprechen. Jeder Jurastudent würde durch das Examen fallen, wenn er diese Anzeige so bezeichnen würde.

Unwahrheit Nr. 2! Sie erklären dem Parlament:

Erst mit dem Geständnis eines Beschuldigten am 6. Juni 1994 ergaben sich für die Staatsanwaltschaft konkret faßbare Anhaltspunkte für ein betrügerisches Verhalten der Beschuldigten.

Falsch - und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens war der Zeitablauf anders. Am 6. Juni legte der Balsam-Finanzchef um 17.30 Uhr ein zuvor telefonisch angekündigtes Geständnis ab. Etwa gleichzeitig wurden drei andere Vorstandsmitglieder festgenommen. Der Geständige kam erst später, nach seinem Geständnis, in Haft. Daher konnte der Inhalt des Geständnisses nachweislich schon zeitlich nicht zur Festnahme der übrigen Vorstandsmitglieder führen.

Zweitens belastete der Finanzchef anfänglich ausschließlich sich selbst. Er war offenbar als Bauernopfer auserkoren worden. Auch daraus ergibt sich: Nicht das Geständnis führte zu den Festnahmen, sondern die Berichte der Medien lösten endlich die seit langem überfällige Strafverfolgung aus.

(B)

Drittens wissen wir mittlerweile: Sowohl die Anzeige als auch die Ermittlungsergebnisse der Polizei enthielten "konkret faßbare Anhaltspunkte für ein betrügerisches Verhalten der Beschuldigten" zuhauf.

Es ist glatt gelogen, daß sie sich erst mit dem Geständnis ergeben hätten.

Bis hierhin hält sich der Minister zugute, er habe weder die anonyme Anzeige noch andere Details gekannt. Das ist eine seltsame Entschuldigung! Ein Minister ist nicht nur dann untragbar, wenn er die Unwahrheit sagt, sondern auch wenn er sein Ministerium nicht im Griff hat. Mit seiner Unterschrift verantwortet er das, was ihm seine Leute aufgeschrieben haben.

(Beifall des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Aber noch nicht einmal dieser Rettungsring trägt bei Unwahrheit Nummer drei: Es sei "nicht zu einer verzögerlichen Bearbeitung durch die Schwerpunktabteilung

der Staatsanwaltschaft Bielefeld gekommen"! - Dazu werfen wir einen Blick in die Ermittlungsakte. Sie enthält einen Vermerk über das Gespräch der Staatsanwaltschaft mit der Finanzverwaltung am 09.12.1992. Ergebnis: "... keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für das Vorliegen strafbarer Handlungen". (C)

Dann folgt eine große Lücke. Bis zum 07.10.1993 gährende Leere! Nicht ein einziger Ermittlungsvorgang! - Schon das kann man mit Recht "zögerlich" nennen. Bis hierhin ermittelte die Staatsanwaltschaft passiv nicht, ab jetzt ermittelte sie aktiv nicht. Sie ignorierte konsequent alle Hinweise der Bielefelder Polizei, die der Hinweisgeber im September 1993 informiert hatte. Als die Polizei dessen Anonymität knackte: Kein Interesse des Staatsanwalts! Als sie Zeugen vernahm und anbot: Null Bock! Die Protokolle fanden nicht einmal Eingang in die Akte.

Rechtswidrig verweigerte die Staatsanwaltschaft der Polizei Einblick in die Ermittlungsunterlagen. Statt dessen heftete sie Zeitungsanzeigen der Procedo ab.

Die Polizei ermittelte fortan hartnäckig und erfolgreich. Hätte sie nicht diesen Biß gehabt, meine Damen und Herren, die Balsam-Manager säßen noch heute auf ihren gepolsterten Sitzen statt im Knast. Den Polizeibeamten gebührt für ihr außergewöhnliches Engagement daher unser ausdrücklicher Dank, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN, CDU und Beifall des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

All dies stand konkret in dem Bericht der Bielefelder Polizei, den Sie nach eigener Aussage am 8. Juli gelesen haben, also bevor Sie meine Anfrage beantworteten. Wie konnten Sie angesichts dessen so tun, als hätte die Staatsanwaltschaft normal und zügig ermittelt? Oder haben Sie es tatsächlich für möglich gehalten, die Polizei hätte sich das alles aus den Fingern gesogen?

Tricky auch Ihr Einwand, ich hätte nach dem Polizeibericht gar nicht gefragt. Das konnte ich auch nicht, Herr Krumsiek, denn den Bericht gab es damals noch gar nicht. Er wurde ja gerade zu dem Zweck angefordert, meine Anfrage zu beantworten. Auch deswegen ist es so empörend, daß Sie ihn wie eine Luftnummer behandelten und seinen Inhalt bewußt unterschlugen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie es mich in einem Bild sagen: Ich hatte Sie nach dem exakten Weg zum Bahnhof gefragt, und Sie

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) führten mich in Richtung Postamt, obwohl der Stadtplan aufgeschlagen vor Ihnen lag. Das nenne ich Irreführung im Amt. Sie haben versucht, mich und damit das Parlament an der Nase herumzuführen. Das ist nicht hinnehmbar.

Wer seine Antworten nicht nach den vorliegenden Informationen ausrichtet, sondern nach dem, was er beim Fragesteller an Wissen vermutet, macht sich selbst unglaubwürdig. Als Sie die zitierten Sätze in Kenntnis des Berichtes der Bielefelder Polizei unterschrieben, haben Sie Ihren damaligen Wissensstand eben nicht weitergegeben. Und selbst wenn Sie Zweifel an der Polizeidarstellung gehabt hätten, hätten Sie die Schutzbehauptung Ihrer Staatsanwälte keineswegs uneingeschränkt und ohne ein Wort der Distanzierung übernehmen dürfen.

So können Sie mit dem Parlament nicht umspringen. Ich fordere Sie auf: Ziehen Sie selbst die bei einem solchen Fehlverhalten notwendigen Konsequenzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Kollege Vesper, Ihre Redezeit ist überschritten.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Ich komme zum Schluß. Erfreulicherweise ist inzwischen auch die CDU aufgewacht, spät, aber nicht zu spät. Die SPD muß sich wieder einmal wundern, tut aber so, als ginge sie das alles nichts an.

(B)

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, statt vernehmlich die Köpfe über Herrn Krumsiek zu schütteln, sollten Sie ihm lieber die Hände schütteln, zum Abschied nämlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Vesper!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Wer auf Ihre politische Zukunft setzt, Herr Krumsiek, macht eine Luftbuchung. Sie sind wirklich reif für den Wechsel!

(Beifall bei den GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Justizminister Dr. Krumsiek das Wort.

Justizminister Dr. Krumsiek: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muß gelegentlich an sich halten, wenn man Herrn Vesper hier zuhört. Ich will das tun und deswegen in aller Sachlichkeit antworten: (C)

Die Verantwortlichen der Balsam AG haben durch den von ihnen verursachten Konkurs einen volkswirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe zu verantworten. Schon heute spricht die Öffentlichkeit deshalb zu Recht von einem der schwersten Fälle von Wirtschaftskriminalität in der Geschichte unserer Bundesrepublik.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Zum volkswirtschaftlichen Schaden kommt hinzu, daß viele hundert Arbeitnehmer und ihre Familien die Leidtragenden dieser Pleite sind und sich Sorgen um ihre Zukunft machen müssen. Das gilt auch für viele kleine Handwerksbetriebe, die in den Strudel des Balsam-Konkurses geraten sind.

Ich erkläre hier für die Landesregierung: Die Justiz wird alles tun, daß die Ermittlungen so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schuldige werden angeklagt und müssen sich vor Gericht für ihr Tun verantworten. (D)

(Abgeordneter Reul [CDU]: Warum eigentlich jetzt erst?)

Die Verfolgung der Wirtschaftskriminalität ist ein hohes rechtspolitisches Anliegen der Landesregierung. Wie ernst wir das nehmen, möchte ich Ihnen mit wenigen Zahlen deutlich machen: Allein im Jahr 1993 haben die Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen an besonderen Wirtschaftsstrafsachen 9 434 Verfahren neu eingeleitet.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Lenken Sie doch nicht ab!)

8 544 Verfahren sind im selben Zeitraum erledigt worden.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Thema verfehlt!)

Der Schaden bei den durch Anklageerhebung, Strafbefehlsantrag und Einstellung mit Auflagen erledigten

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) Verfahren belief sich allein 1993 auf insgesamt ca. 790 Millionen DM.

Die Landesregierung mißt der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität überragende Bedeutung bei,

(Lachen bei den GRÜNEN)

weil es hier nicht nur um wirtschaftliche Schäden und um den Verlust von Existenzen geht, sondern weil das Rechtsbewußtsein in unserem Land großen Schaden leiden würde, wenn bei den Bürgerinnen und Bürgern folgender Eindruck entstünde: Der Verkehrssünder wird unnachsichtig verfolgt, und die Täter mit den weißen Kragen läßt man laufen, oder sie genießen mildernde Umstände.

(Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Genau das war der Fall in Bielefeld!)

Ungeachtet aller Fragen dazu, wie das Verfahren gegen Balsam AG zu Beginn geführt worden ist, ist völlig offenkundig, daß die Justiz dieses Verfahren mit allem Nachdruck betreibt.

(Heiterkeit bei GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

- (B) Sieben Beschuldigte befinden sich in Untersuchungshaft: vier Vorstandsmitglieder von Balsam, zwei Vorstandsmitglieder von Procedo und ein Wirtschaftsprüfer. Das hat es bisher noch nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Die Ermittlungen allein bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld führen drei Oberstaatsanwälte, drei Staatsanwälte, zwei Wirtschaftsreferenten, ein Amtsanwalt und zwei Bilanzbuchhalter.

Die Justiz wird ihre Arbeit tun. Es gehört aber zur Vollständigkeit des Bildes, das wir uns vom Gesamtvorgang einen Überblick verschaffen müssen, daß dieser Milliarden-Konkurs auch kritische Fragen an die Banken und an ihre Kontrollmechanismen aufwirft.

Sie werden verstehen, daß für mich als Justizminister die strafrechtliche Verfolgung dieser wirtschaftskriminellen Machenschaften im Zentrum des Interesses steht.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Vom Saulus zum Paulus!)

(C) - Sie mögen ja lachen. Das ist in den vergangenen Tagen und Wochen durch zwei andere Komplexe überlagert worden, zu denen ich gerne noch einmal Stellung nehmen möchte. Es betrifft zum einen die Frage, ob die Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld zwischen dem Dezember 1992 und dem 6. Juni 1994 sachgerecht mit dem gebotenen Nachdruck betrieben worden sind.

Ich habe am 7. September einen Leitenden Oberstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft in Köln beauftragt, allen Fragen in diesem Zusammenhang nachzugehen, sie umfassend aufzuklären und mir binnen vier Wochen einen Bericht vorzulegen. Diesem Beamten stehen alle Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung. Ich habe ihn gebeten, seine Prüfung ohne Ansehen von Personen zu führen. Er ist von jeglichen Vorgaben und Weisungen frei.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Jetzt!)

Sein Auftrag beschränkt sich nicht auf den Bereich der Justiz, sondern bezieht sich ausdrücklich auf die Polizei und die Steuerbehörden. Nach Vorlage seines Berichtes Anfang Oktober werden wir alle notwendigen Konsequenzen ziehen.

(D) Sollte sich herausstellen, daß es strafrechtlich relevantes Verhalten gegeben hat, dann wird es strafrechtliche Konsequenzen geben. Sollte sich herausstellen, daß es disziplinarrechtlich relevantes Verhalten gegeben hat, dann werden disziplinarrechtliche Konsequenzen gezogen. Sollte sich herausstellen, daß es strukturelle Mängel gibt, dann wird dort Abhilfe geschaffen. Sollte sich herausstellen, daß es organisatorische Mängel gegeben hat, dann werden organisatorische Konsequenzen gezogen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Und wenn es politische Mängel gegeben hat und sich herausstellt, daß der Minister versagt hat?)

Das sage ich hier, ohne der Prüfung des von mir beauftragten Leitenden Oberstaatsanwaltes vorzugreifen. Genau so deutlich sage ich aber auch, meine Damen und Herren, daß ich für den Fall, daß sich öffentlich erhobene Beschuldigungen als unzutreffend erweisen, öffentlich für die zu Unrecht Beschuldigten eintreten werde.

Meine Damen und Herren! Ich habe großes Verständnis für jeden Abgeordneten und jede Abgeordnete, der/die

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) sich für alle Details dieses Wirtschaftsskandals interessiert, und auch dafür, wie er juristisch behandelt worden ist.

Herr Dr. Vesper, ich kann Sie nur auffordern: Überreichen Sie Ihre Akten dem Leitenden Oberstaatsanwalt, wie Sie es angekündigt haben,

(Lachen bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist eine Unverfrorenheit! Vorgestern noch haben Sie Behinderung unterstellt!)

sagen Sie nach Möglichkeit auch, woher diese Akten stammen.

(Erhebliche Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte aber um das gleiche Verständnis, meine Damen und Herren, dafür, daß ich als Justizminister nicht verantwortlich handeln würde, wenn ich mich heute zu Dingen äußerte, die

(Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

aufzuklären ich gerade einen Leitenden Oberstaatsanwalt beauftragt habe. Das müssen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in diesen Zeiten eigentlich auch verstehen und dürfen nicht in Hysterie verfallen.

(B)

Als Justizminister muß ich darauf achten, daß ich mich nicht dem Vorwurf aussetze, durch öffentliche Bewertungen zur Sache unzulässig Einfluß auf den Gang eines schwebenden Ermittlungsverfahrens zu nehmen.

Zu Ihnen, Herr Kollege Dr. Vesper: Sie haben am 14. Juni 1994 mit der Kleinen Anfrage 2634 Auskünfte zu dem Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Balsam AG und andere erbeten. Die Kleine Anfrage ist am 20. Juli 1994 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium beantwortet worden. Insoweit nehme ich auch heute Bezug auf die Landtagsdrucksache 11/7519 vom 26. Juli 1994.

Ich verwehre mich hier ausdrücklich dagegen, in der Beantwortung dieser Anfrage die Unwahrheit gesagt oder gar gelogen zu haben, wie Sie, Herr Dr. Vesper, hier eben wieder behauptet haben.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Dann sagen Sie doch was zu den drei Punkten!)

Ich will mich nicht auf einen juristischen Streit zwischen objektiver und subjektiver Seite einlassen. Aber die Unwahrheit gesagt - es lügt jemand nur dann, wenn er wissentlich und willentlich eine falsche Aussage macht -, und das habe ich nicht getan.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Sie legen hier Tatsachen zugrunde, die nicht bewiesen sind. Sie kommen zu Vorverurteilungen, die Ihnen passen und die Sie haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen sagen, wie es zu dieser Antwort gekommen ist. Sie werden dann feststellen, daß Ihr Vorwurf, ich hätte dem Parlament die Unwahrheit gesagt, nicht aufrechtzuerhalten ist.

Als die Kleine Anfrage am 22. Juni dieses Jahres im Justizministerium eingegangen ist, lagen dem Justizministerium bereits mehrere Berichte des Leitenden Oberstaatsanwaltes in Bielefeld und auch des Generalstaatsanwaltes in Hamm zur Sache vor. Einen Tag nach Eingang der Anfrage am 23. Juni hat die mit der Beantwortung beauftragte Strafrechtsabteilung den Generalstaatsanwalt in Hamm erneut um Bericht und Überprüfung der Akten gebeten.

(D)

Am 29. Juni haben daraufhin der zuständige Abteilungsleiter und ein Dezernent der Generalstaatsanwaltschaft in Hamm als fachaufsichtsführende Mittelbehörde in Bielefeld die Akten der Staatsanwaltschaft in Bielefeld überprüft und dem Justizministerium über das Ergebnis ihrer Prüfung am 5. Juli berichtet.

Der Bericht des Generalstaatsanwaltes in Hamm hat die Darstellung der Staatsanwaltschaft in Bielefeld bestätigt. In diesem Bericht heißt es wörtlich:

Als Ergebnis dieser Prüfung bleibt festzustellen, daß die Staatsanwaltschaft Bielefeld mit Recht bis zu dem Geständnis des Beschuldigten S. am 6. Juni 1994 einen Anfangsverdacht im Sinne von § 152 Abs. 2 Strafprozeßordnung, insbesondere für Betrugshandlungen zum Nachteil der Proce-do GmbH, verneint hat.

Die Strafrechtsabteilung des Justizministeriums - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Der Generalstaatsanwalt kannte doch Anzeige und Polizeibericht!)

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) - Die haben alle bessere juristische Erfahrungen als Sie, Herr Vesper; lassen Sie sich das hier einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Strafrechtsabteilung des Justizministeriums hat diesen Bericht auch unter Würdigung öffentlich erhobener Vorwürfe geprüft; sie ist zu keinem abweichenden Ergebnis gekommen und legte mir deshalb auf der Grundlage des Berichts des Generalstaatsanwalts in Hamm am 13. Juli 1994 einen mit den beteiligten Ressorts abgestimmten Entwurf für die Antwort auf die Kleine Anfrage vor. Mir lagen damals keine Erkenntnisse vor, die mich von der übereinstimmend von der Staatsanwaltschaft Bielefeld, dem Generalstaatsanwalt in Hamm und der Strafrechtsabteilung vorgenommenen Bewertung des Sachverhalts hätten abbringen können.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hatten Sie den Bericht, ja oder nein?)

Ich frage Sie, Herr Kollege Dr. Vesper: Auf welcher Grundlage und mit welchem Recht hätte ich zu diesem Zeitpunkt zu einer anderen Beurteilung des Sachverhalts kommen sollen?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Durch die Lektüre der Anzeige zum Beispiel!)

- (B) Sie wenden nun ein, der Bericht des Polizeipräsidenten Bielefeld vom 28. Juni 1994 hätte für mich Anlaß sein müssen, zu einer anderen Beurteilung des Sachverhalts zu kommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: In der Tat!)

Das leuchtet auf den ersten Blick ein. Ich will Ihnen aber erläutern, warum dieser Einwand nicht greift.

Der Bericht des Polizeipräsidenten Bielefeld war im Justizministerium seit dem 5. Juli bekannt. Der Kernvorwurf lautete, die Staatsanwaltschaft Bielefeld habe trotz anscheinend klarer Indizien ohne sachlichen Grund notwendige Ermittlungshandlungen gegen Verantwortliche der Firma Balsam unterlassen und Ermittlungshandlungen der Polizei sogar behindert. Es handelt sich dabei um genau den gleichen Vorwurf, der Gegenstand von Presseberichten war und den Sie, Herr Kollege Dr. Vesper, zum Anlaß Ihrer parlamentarischen Anfrage genommen haben.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Richtig!)

(C) Wie ich Ihnen eben erläutert habe, hat sich die vom Justizministerium veranlaßte Prüfung der Akten der Staatsanwaltschaft Bielefeld durch den Generalstaatsanwalt in Hamm genau auf diesen Kernvorwurf bezogen. Die Prüfung war aber zu dem Ergebnis gekommen, daß dieser Vorwurf unberechtigt ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber wie kann so etwas passieren?)

Warum aber hätte ich einen Vorwurf, der nach allen mir vorliegenden Informationen und nach gesonderter Prüfung unberechtigt ist, an die Öffentlichkeit bringen sollen? Selbstverständlich hat das Justizministerium den Bericht des Polizeipräsidenten in Bielefeld wegen seiner zahlreichen Details dem Generalstaatsanwalt in Hamm und der Staatsanwaltschaft in Bielefeld abermals sofort zur Prüfung zugeleitet.

Ich fasse zusammen: Ich habe die Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Vesper auf der Grundlage aller mir zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen nach bestem Wissen und mit der gebotenen Sorgfalt beantwortet. Sollte sich nach Vorlage des Berichts des von mir beauftragten Leitenden Oberstaatsanwalts in Köln herausstellen, daß sich der in Rede stehende Sachverhalt objektiv anders darstellt, als ich ihn bei der Unterzeichnung meiner Antwort auf die Kleine Anfrage am 13. Juli zugrunde legen mußte, wäre das eine neue Situation. Selbst dann könnte man mir aber nicht den Vorwurf machen, ich hätte eine parlamentarische Anfrage im Juli wahrheitswidrig beantwortet.

Ich habe noch einmal meine Akten zur Vorbereitung der heutigen Aktuellen Stunde genau studiert.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Auch die Anzeige?)

Und ich habe alles noch einmal gelesen. Ich konnte an diesem 13. Juli nicht anders entscheiden, als ich damals nach meinem damaligen Erkenntnisstand entschieden habe. Wenn Sie eine Ex-post-Betrachtung zugrunde legen - das räume ich ein -, mag sich alles anders darstellen. Aber bei der Frage, ob die Unwahrheit gesagt worden ist, kommt es hier allein auf meinen Kenntnisstand am 13. Juli an.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber die Unterlagen lagen damals doch schon vollständig vor!)

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) Da müssen Sie redlich sein, da müssen Sie das entgegennehmen, was ich Ihnen hier sage.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube und ich hoffe, meine Damen und Herren, daß ich Ihre Fragen so umfassend beantwortet habe, wie ich das vor der Vorlage des Berichts des Leitenden Oberstaatsanwalts tun kann.

Erlauben Sie mir zum Schluß meinerseits auch eine Frage: Welches Interesse, welches Motiv sollte ich eigentlich haben, Herr Kollege Dr. Vesper,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das frage ich mich auch!)

Ihre Frage zu einem der spektakulärsten Wirtschaftsverbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wahrheitswidrig zu beantworten?

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das hätten wir gern von Ihnen gewußt! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir darauf eine Antwort gäben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Paus das Wort.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU*): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einlassungen der Landesregierung zu diesem Justizskandal waren bisher eine schlichte Zumutung.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Den bisherigen Gipfel stellten die Antworten in der Fragestunde am vergangenen Mittwoch dar: ein uninformierter Innenminister, der sich konstant weigerte, die ihm gestellten Fragen zu beantworten, und ein sichtlich überforderter Justizminister, der sich in seiner Hilflosigkeit sogar dazu verstieg, dem Kollegen Vesper vorzuwerfen, daß er zur Wahrheitsfindung beitragen wollte.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Herr Justizminister, Sie haben Ihre Meinung hier immerhin innerhalb von zwei Tagen geändert. Diese Schnelligkeit hätten wir gern im gesamten Verfahren von Ihnen erlebt.

(C)

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch nach dem, was Sie, Herr Justizminister, jetzt gesagt haben, drängt sich nach wie vor der Verdacht auf, daß Sie in der Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Vesper versucht haben, das Versagen der Justizbehörden in diesem Falle zu vertuschen.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben eingeräumt, daß Sie zu diesem Zeitpunkt die präzisen Berichte kannten. Sie haben eingeräumt, daß Sie die 14seitige Strafanzeige mit den exakten Anlagen kannten.

(Minister Dr. Krumsiek: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, es gibt das Berichtswesen! Wir müssen davon ausgehen, daß das Ministerium aufgrund des Berichtswesens bzw. der Berichtspflicht schon lange vorher über diesen Fall unterrichtet war.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN - Minister Dr. Krumsiek: Sie unterstellen!)

(D)

- Dann sagen Sie doch, weshalb entgegen diesen Regeln nicht berichtet worden ist.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das wollen wir wissen!)

Und, Herr Justizminister, Ihnen war - was in der Antwort wohlweislich von Ihnen verschwiegen worden ist und was Sie heute einräumen - der Bericht des Polizeipräsidenten Bielefeld über die massiven Vorwürfe der Verfahrensverschleppung bekannt.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Hoi!)

Hier hat eine zur Wahrheit verpflichtete staatliche Stelle, nämlich der Polizeipräsident Bielefeld, eine exakt in jedem Punkt gegenteilige Sachdarstellung zu einem so spektakulären Sachverhalt gegeben. Und der Justizminister hält es nicht für nötig, überhaupt einen Satz darauf zu verwenden. Das ist der Skandal!

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

(Paus [Detmold] [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, wenn dennoch in der Antwort zu Frage 3 festgestellt wird, daß es nicht zu einer verzögerlichen Bearbeitung durch die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Bielefeld gekommen sei, so stellt diese Antwort eine schlichte Unverfrorenheit gegenüber dem Antragsteller und gegenüber diesem Hohen Hause dar.

(Beifall bei der CDU)

Denn faktisch, Herr Justizminister, haben Sie am 26. Juli über die gleichen Informationen verfügt wie zum heutigen Zeitpunkt -

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Nein!)

über die im wesentlichen gleichen Informationen.

(Minister Dr. Krumsiek: Falsch!)

Heute sehen Sie sich sogar veranlaßt, ein Ermittlungsverfahren gegen den zuständigen Abteilungsleiter der Schwerpunktstaatsanwaltschaft führen zu müssen.

(Minister Dr. Krumsiek: Es ist doch eine Anzeige von Herrn Dr. Vesper! Lenken Sie doch nicht ab! - Gegenrufe von der CDU)

- (B) - Aber sie wird doch nicht eingestellt wegen Unbeachtlichkeit, ihr wird doch nachgegangen. Bei dem Skandal, den Sie von Balsam kriegen - 14 Seiten -, wird das an die Seite gelegt. Hier schreibt Herr Vesper, und da gibt es eine schlichte Strafanzeige, es wird ein Ermittlungsverfahren geführt. Das hätten wir in einem anderen Fall auch gern erlebt.

(Beifall und Zurufe bei der CDU - Minister Dr. Krumsiek: Was hätten Sie denn wohl gesagt, wenn das Verfahren eingestellt worden wäre?)

Herr Justizminister, so müssen Sie sich gefallen lassen, daß wild über Ihre Motive zur Vertuschung dieses Sachverhaltes spekuliert wird. Heute sagen Sie: Wir nehmen das ernst. Herr Justizminister, warum erst heute? Warum hat die Justiz diesen Sachverhalt eineinhalb Jahre lang mit halblinken bearbeitet?

(Beifall bei der CDU - Minister Clement: Das ist eine pure Unterstellung!)

Herr Justizminister, ich habe die Anzeige einem Staatsanwalt vorgelegt. Dieser war erstaunt über die Fülle

der Daten, die auch in Zahlen vertieften Aufstellungen und über die Schlüssigkeit der Angaben. Dennoch kommt die Schwerpunktstaatsanwaltschaft nach kurzem Durchsehen der Unterlagen zu dem Ergebnis, daß ein dringender Anfangsverdacht nicht besteht. Der wesentliche Grund, der uns dafür bisher genannt worden ist, liegt darin, daß noch von einem offenen Factoring ausgegangen wird, daß Procedo die Forderung selbst hätte einziehen sollen. Dafür gibt es aus den Unterlagen überhaupt keinen Anhaltspunkt. Bis heute ist nicht klar, wie Ihre Justiz zu dieser Beurteilung kommen konnte.

(Minister Clement: Warten Sie doch ab! 14 Tage abwarten!)

- Herr Clement, Sie werden das sicherlich gleich erläutern.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen noch einmal schildern, wie diese konkrete Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Justiz ausgesehen hat oder wie die Nichtzusammenarbeit ausgesehen hat.

Im Bericht der Bielefelder Polizei heißt es:

Nach vorheriger Ankündigung gegenüber der Staatsanwaltschaft führte Herr Wallmeier vom 18. bis 20.4.94 vier weitere Zeugenvernehmungen in der Sache Balsam durch. Die Sache war schon fast ein- einhalb Jahre alt. Der Vorschlag, an den Vernehmungen teilzunehmen, wurde von seiten der Staatsanwaltschaft nicht aufgenommen. Vernehmungsprotokolle wurden am 21.4.94 dem Staatsanwalt übergeben.

Ich will Ihnen jetzt eines dieser Vernehmungsprotokolle vorlesen. Unter dem 19. April 1994 wird ein leitender Mitarbeiter, der jahrelang in Frankreich tätig war, vernommen. Ihm wird von Herrn Wallmeier die Liste über die Verkaufsforderungen an Procedo vorgelegt. Ich zitiere aus der Vernehmung:

Mir wird jetzt hier diese Forderungsliste mit einem Gesamtvolumen von 98,6 Millionen DM vorgelegt. Aus dieser Procedo-Liste werden jetzt verschiedene Ortsnamen vorgelesen.

1. Porto Vecchio. Ich kann mich daran erinnern, dort einen Auftrag über eine Laufbahn ausgeführt zu haben. Die hier aufgeführte Forderung von 7,1 Millionen DM ist vollkommen unrealistisch. Der tatsächliche Wert des Auftrags dürfte etwa bei 350 000 DM gelegen haben.

(Paus [Detmold] [CDU])

(A) (Abgeordneter Reul [CDU]: Lieber Mann! Immer weiterschlafen! - Gegenruf des Ministers Clement: Sie sind einfach zu hysterisch!)

2. Vierzon. Dort haben wir eine Laufbahn gebaut. Der hier aufgeführte Forderungswert von 7,1 Millionen DM kann nicht stimmen. Der Auftragswert dürfte zwischen 200 000 und 300 000 DM gelegen haben.

3. Ploumillau. Hier haben wir in einer Sporthalle einen Belag eingebaut. Der Wert des Auftrags lag meiner Erinnerung nach unter 50 000 und nicht bei 2,8 Millionen DM.

So geht das 15 Punkte lang weiter. Punkt 15 heißt dann:

Periqueux. Hier wurde ein kleinerer Auftrag mit einem Kunststoffbelag einer Laufbahn ausgeführt. Auftragswert: circa 60 000 bis 70 000 DM. Die Forderung von 3,4 Millionen DM ist unrealistisch.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das gibt es überhaupt nicht!)

Weiter heißt es in der Vernehmung:

(B) Mit den anderen in der Liste aufgeführten Namen kann ich gar nichts anfangen. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß wir im besagten Zeitraum in diesen Orten Aufträge erhalten oder ausgeführt haben.

Wie reagiert die Staatsanwaltschaft? Wie reagiert Ihre Justiz, deren Verhalten Sie noch im Juli dieses Jahres als völlig kritiklos dargestellt haben?

Nach Rückkehr aus seinem Urlaub teilte Herr Oberstaatsanwalt Schmiedeskamp Herrn Wallmeier auf Nachfrage

- er mußte erst noch anrufen! -

mit, daß er die Vernehmung zur Kenntnis genommen und Herrn Podewils zum Abheften gegeben habe.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Unerhört! - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das darf nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der CDU)

In Zukunft solle er, Herr Wallmeier, derartige Zeu-

genvernehmungen unterlassen, da er vom Sachverhalt keine Ahnung habe. Die Vernehmungen wären daher wertlos. (C)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE] - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das darf nicht wahr sein! - Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ignoranz und Arroganz, Szenen aus einem Krieg zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei -

(Lebhafter Beifall bei CDU und GRÜNEN)

da stehen zwei Behörden dieses Staates, die zur Wahrheitsfindung beitragen sollen, im offenen Kampf. Es geht nicht um die Sache, sondern hier werden schlicht Territorien verteidigt.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Paus!

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): All das, meine Damen und Herren - ich komme zum Ende -, mußte dem Justizminister nach dem Akteninhalt und dem Bericht der Bielefelder Polizei an den Innenminister klar sein. Der Innenminister hat deshalb auch heute nicht erläutern können, wie er dennoch in seiner Antwort vom 26. Juli zu diesem fatalen Ergebnis gekommen ist. (D)

(Lebhafter Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Haak das Wort.

Abgeordneter Dr. Haak (SPD*): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir gezwungen wären, beim Thema zu bleiben, wie es in Schulen, Hochschulen und im Gerichtssaal gefordert wird, könnten wir die Debatte heute sehr einfach gestalten.

Ich bin dezidiert der Meinung, daß der Vorwurf an den Justizminister, die Unwahrheit gesagt zu haben, und die Tatsache der Lüge, die an anderer Stelle auftaucht, völlig unschlüssig, abwegig, absurd und nur gebracht worden sind, um die Sache von Bielefeld schnell und mit untauglichen Mitteln nach Düsseldorf zu verlagern.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von GRÜNEN und CDU)

(Dr. Haak [SPD])

- (A) - Herr Kollege Vesper, das läßt sich doch ganz einfach sagen! Wenn ich die schlichte Definition nennen darf, was "lügen" oder "die Unwahrheit sagen" bedeutet: Man stellt Tatsachen unrichtig dar.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja!)

Aber was Sie dargestellt haben, ist doch etwas ganz anderes.

(Lachen und Zurufe von GRÜNEN und CDU)

Ich belege es Punkt für Punkt:

Sie haben aus der Antwort zitiert, daß hier gesagt worden ist, die Anzeige habe pauschale Vorwürfe enthalten.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Genau!)

Das ist zunächst eine Wertung. Aus dem Kontext wird doch deutlich, daß der Minister, wie er gesagt hat, aus zahlreichen Berichten seiner Ermittlungsbehörden zitiert und deren Einschätzung, die, wie ich Presseberichten entnehmen muß, heute noch fortbesteht, übernommen hat.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Er hat sie sich doch zu eigen gemacht! - Gegenrufe von der SPD)

(B)

Herr Kollege Vesper, Ihr zweiter Punkt mit dem Geständnis ist doch ganz faul. Sie haben selbst gesagt, daß es ein telefonisches Geständnis gewesen ist. Später ist es dann zur Verhaftung gekommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die Ankündigung eines Geständnisses!)

Das ist doch an den Haaren herbeigezogen. Ob das richtig war, das ist eine andere Frage, die wir später werden erörtern müssen. Im Zusammenhang mit dem Geständnis sind aber die Verhaftungen erfolgt. Das ist doch richtig.

Offenbar in Kontext mit den Berichten der Staatsanwaltschaft, auf die sich der Minister damals bezogen hat, ist in deren Bewertung gesagt worden, die Sache sei nicht verzögerlich behandelt worden. Das ist eine Grundfrage, die wir erörtern müssen. Der Justizminister hat aber die Bewertung der Staatsanwaltschaft weitergegeben und nicht eine Tatsache behauptet, die unrichtig ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Er hat sich die Bewertung zu eigen gemacht!) (C)

Den Vorwurf der Lüge weise ich hier klar zurück. Das ist auch gar nicht der Kern der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch nicht richtig, wenn Sie sagen, der Justizminister hätte sich schon damals auf andere Quellen beziehen müssen, nämlich auf den Bericht der Polizei, den wir bei der späteren Bewertung der Sache neben vielen Dingen berücksichtigen müssen. Damals hat er mehrere Berichte seiner Behörde gehabt, und er mußte zu dem Zeitpunkt nach diesen Erkenntnissen handeln. Das halte ich für richtig. Es ist unfair, das alles von heute aus zu sehen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Haak, hätten Sie als Justizminister diese Antwort unterzeichnet?)

- Wissen Sie, ich habe hypothetische Fragen schon von Pressevertretern nie geliebt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also hier - das hat der Justizminister richtig gesagt - einen sehr komplexen Strafrechtsfall, der anscheinend nach einem erhärteten Verdacht sehr gewichtig und gravierend ist. Es handelt sich sicherlich um einen Verdacht, daß zahlreiche schwere Delikte begangen worden sind. Deshalb muß nicht nur dieses Strafverfahren entsprechend weitergehen, sondern wir müssen auch alle Umstände untersuchen. Das ist ganz klar. Ich meine aber, gespürt zu haben, daß Sie mit uns begrüßt haben, daß der Minister den Leitenden Oberstaatsanwalt von Köln beauftragt hat, die gesamten Umstände objektiv, fair und sachlich zu prüfen. (D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Es war zu spät!)

Ich meine, daß dies für uns jedenfalls im ersten Schritt eine wichtige Hilfe sein muß. Ich muß nämlich eines einmal ganz klar sagen: Viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause sind nicht so gut informiert wie manche von Ihnen, die aus den Ermittlungsakten zu zitieren befähigt sind. Deshalb ist es sehr gut und richtig, diesen Bericht abzuwarten, von dem ich erwarte, daß er objektiv, sachlich und umfassend ist.

Ich will allerdings einen Punkt in aller Offenheit ansprechen, der mich doch bewegt: Es befremdet mich

(Dr. Haak [SPD])

- (A) sehr, daß in den anderthalb Jahren niemals die ansonsten so umfassende Berichtspflicht der Staatsanwaltschaft wahrgenommen worden ist. Nicht alle hier wissen vielleicht, daß die Staatsanwälte unseres Landes umfassend, vielfach, sehr loyal - nach deren Einschätzung manchmal viel zu viel dazu verpflichtet sind - Bericht erstatten.

(Zuruf von der CDU: Über unwichtige Sachen wird berichtet!)

Es ist auch richtig, daß Berichte nach den Richtlinien wohl nur dann erforderlich sind, wenn ein Tatverdacht vorhanden ist. Bei der Schwere der Vorwürfe hätte aber auch die Tatsache dieser Vorwürfe und die Tatsache der Bewertung, daß ein Anfangsverdacht vielleicht nicht gegeben war, berichtswürdig sein können. Ich hätte erwartet, daß eine loyale Staatsanwaltschaft diesen Bericht erstattet hätte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage dies auch ausdrücklich, weil ich weiß, daß unter den 19 Staatsanwaltschaften des Landes diese Dinge im allgemeinen außerordentlich loyal gepflegt und bearbeitet werden.

- (B) Meine Damen und Herren, wir sind wohl gemeinsam gegen jede Vorwegverurteilung und gegen jeden Vorwegfreispruch. Diese Sache bedarf der restlosen Aufklärung. Ich begrüße, daß diese Aufklärung in die Wege geleitet ist.

Ich meine, daß wir einige Fragen stellen müssen und daß wir sie auch gemeinsam stellen können. Es kommt darauf an, folgende Fragen - nur beispielhaft - besonders zu stellen und zu bearbeiten:

Hat damals wirklich nicht ein Anfangsverdacht vorgelegen? Wenn er nicht vorgelegen hat, dann will ich - ich glaube, ich spreche für viele Kollegen - noch einmal genau wissen, warum dies nicht der Fall war. Ich kenne diese Anzeige erst seit kurzer Zeit. Diese Frage muß aber im Ausschuß oder auch im Plenum noch eingehend erörtert werden. Man muß auch der Frage nachgehen, warum sich nach den Ermittlungen der Polizei ein solcher Verdacht nicht eingestellt oder erhärtet hatte. Ich will auch beantwortet wissen, warum die Staatsanwaltschaft in diesem Fall den Vorgang nicht zumindest für berichtswürdig gehalten hat.

(C) Die Sache ist nach meiner Meinung von so fundamentaler rechtsstaatlicher Bedeutung, daß alle Seiten den Rauch des Wahlkampfes aus dieser Sache herauslassen sollten.

Angesichts der kurzen Redezeit darf ich abschließend fordern, daß der Bericht des beauftragten Ermittlers - des Leitenden Oberstaatsanwaltes aus Köln - so schnell wie möglich diesem Hause vorgelegt und allen Kollegen zugänglich gemacht werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Da dürfen Daten überhaupt keine Rolle spielen. Ich bin ganz sicher, daß der Herr Justizminister selbst bemüht sein wird, diesem Verlangen Rechnung zu tragen, so daß wir bald in aller Sachlichkeit über die Fragen der Ermittlungen in dieser Sache diskutieren und diese bewerten können. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lanfermann das Wort.

(D) Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es kommt einem vieles seltsam bei diesem Fall Balsam vor. Auch die heutige Erklärung des Justizministers hat mehr neue Fragen aufgeworfen als alte beantwortet.

Ich darf zunächst einmal auf folgende Punkte hinweisen:

Erstens. Da wird Anfang Juli 1994 dem Justizminister ein Bericht der Generalstaatsanwaltschaft vorgelegt - er hat dies ja alles geschildert -, in dem vier Wochen nach dem Geständnis und nach den Verhaftungen tatsächlich gesagt wird, der Staatsanwalt habe während der anderthalb Jahre zu Recht keinen Anhaltspunkt für einen Anfangsverdacht gehabt. Das hätte bei Ihnen, Herr Krumm-siek, auch einen Anfangsverdacht auslösen müssen, und Sie hätten dann gleich aktiv werden müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie haben dann zwei Monate - nach Ihren bisherigen Erklärungen ohne neue Kenntnisse - verstreichen lassen. Aber dann, Anfang September, als der politische

(Lanfermann [F.D.P.]

- (A) Druck immer stärker wurde, haben Sie diesen Leitenden Oberstaatsanwalt aus Köln beauftragt. Ich frage Sie hier noch einmal: Warum haben Sie ihn dann nicht Anfang Juli beauftragt?

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Warum mußten zwei Monate vergehen, in denen keine neuen Erkenntnisse gesammelt wurden? Sie sagen aber jetzt, es paßten die Enden nicht zusammen.

(Zuruf von der CDU)

Das waren die Enden aus dem Bericht der Generalstaatsanwaltschaft einerseits und dem Polizeibericht aus Bielefeld andererseits.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Die Vernehmungprotokolle wurden längst abgeheftet!)

Und dann frage ich Sie: Sprechen Sie nicht einmal mit dem Innenminister, wenn dessen Behörde etwas berichtet, was völlig gegensätzlich zu dem ist, was Ihnen Ihre Staatsanwaltschaft berichtet? Es doch Aufgabe von Ministern, sich darüber einmal zu unterhalten.

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

- (B) War es nicht nicht so, daß der Finanzminister auch eine wichtige Rolle spielt? War es nicht so, daß es nicht nur einen Polizeibericht gibt? Gibt es nicht mittlerweile einen zweiten Polizeibericht?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Gibt es nicht einen Bericht der Finanzbehörden?

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Sind diese Berichte, die an sich und für sich alle von Beamten erstellt sind, die alle darauf Wert legen werden, daß sie nur das aufschreiben, was sie guten Wissens und Gewissens verantworten können, es denn nicht wert, auch dem Parlament einmal vorgelegt zu werden,

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

anstatt nur auf den Bericht des Oberstaatsanwalts zu verweisen, der dann irgendwann kommt? Und dann sagen Sie uns noch auf die Ankündigung von Kollege Vesper, Akten zur Verfügung zu stellen, von denen ich annehme, daß das alles Kopien der Originale sind, die an sich Staatseigentum sein müßten - soviel aufre-

gend Neues kann nicht dabei sein -, dadurch würden die Ermittlungen verzögert. Und Sie wollten uns vorgestern psychologisch darauf vorbereiten, daß wir gefälligst zumindest bis nach dem 16. Oktober zu warten haben, bis der Bericht vorliegt. (C)

(Minister Clement: Warten Sie ab!)

Meine Damen und Herren! Dann fällt doch wirklich auf - um es ganz klar zu sagen - bei allem, was wir gegen den Justizminister vorbringen: Daß Sie, Herr Paus, aus Ermittlungsakten öffentlich zitieren, ist ein Unding.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Unglaublich!)

Es steht mir nicht an, hier über die Verhandlungsführung im Parlament etwas zu sagen, aber ich habe mich gewundert, und zwar gleich, wer als Beschuldigter oder als Zeuge oder als Richter oder als Staatsanwalt betroffen ist. Auch das will ich hier sagen.

Es wundert mich ohnehin, Herr Staatsan - - jetzt sage ich schon "Herr Staatsanwalt", mein Gott.

(Heiterkeit)

Herr Justizminister! Das war wahrscheinlich eine Fehlbezeichnung.

Herr Justizminister, es wundert mich ja ohnehin, was so alles an Akten aus Ihrem Bereich zu den Kollegen gelangt. Ich stehe hier völlig rein und unschuldig. (D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Oh! - Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von F.D.P. und CDU.)

Ich habe überhaupt nichts von diesen Unterlagen. Ich wundere mich nur.

Meine Damen und Herren! Dann hat die Sache noch eine ganz interessante Konstellation. Wir haben auf meine Frage hin am Mittwoch die Vorgeschichte noch einmal aufgerollt. Denn es geht schon ein bißchen um mehr als vielleicht nur um das Hobby von Herrn Dr. Vesper oder um die Frage, ob die Regierungsmitglieder bei einem Milliardenkandal sich wenigstens absprechen sollten, was Ihre Beamten so Unterschiedliches aufschreiben. Es geht doch darum, ob die ganze Sache nicht eine hochinteressante Vorgeschichte hat. Durch meine Fragen am Mittwoch kam an die Öffentlichkeit,

(Lanfermann [F.D.P.]

- (A) daß es bereits 1986 offensichtlich eine große Betriebsprüfung gegeben hat, die wohl mit einem Strafbefehl endete.

(Minister Dr. Krumsiek: Nein, nicht mit einem Strafbefehl!)

- Nicht mit einem Strafbefehl! Wissen Sie, Herr Dr. Krumsiek, Sie haben vorhin lange Zeit gehabt, uns etwas zu erzählen. Sie haben nichts über die 86er Sache gesagt.

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Sie haben hier am 22. Juni erklärt, als Sie die Anfrage des Kollegen Vesper bekommen hätten, hätten bereits mehrere Berichte des Generalstaatsanwaltes vorgelegen.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Ja, warum?)

Ich frage mich wirklich, was denn alles darin gestanden hat. Waren das Berichte zwischen dem 7. Juni, als das Geständnis war, und dem 22. Juni, oder waren die vielleicht sogar älter, und Sie sagen es uns nicht?

Sie sind als Minister in schwerste Bedrängnis, und jeder weiß, daß das beste Mittel, dagegen vorzugehen, ist, die Fakten auf den Tisch zu legen.

(B)

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Sie haben uns zunächst einmal einen Besinnungsaufsatz über Bewirtschaftskriminalität abgeliefert, dann sind Sie langsam zur Kleinen Anfrage des Kollegen Vesper übergeschwenkt, und dann haben Sie uns versichert, es würde alles sorgsamst ermittelt. Aber die Fakten, was die Daten angeht, haben Sie nicht genannt. Ich kenne das ja von Ihnen: Immer wenn etwas passiert, was Sie unangenehm berührt, kommt die Antwort auf die Frage, was Sie denn da gemacht hätten, Sie hätten Dienstbesprechungen abgehalten. Das kennen wir mittlerweile. Am Ende der Dienstbesprechung steht dann die Erkenntnis, man werde es in Zukunft besser machen. Das ist ja alles ganz löblich, aber wir wollen jetzt hier Fakten sehen.

Und die ganze Regierung ist betroffen. Der Ministerpräsident, der heute im Bundesrat sitzt und hier nicht anwesend sein kann - aber ich muß ihn trotzdem ansprechen -, muß hier auch einmal etwas erklären, wenn doch drei Minister betroffen sind. Herr Schleußer sagt

natürlich zu Recht, da müsse er den Bundesfinanzminister fragen, da das ein Steuergeheimnis sei, obwohl die erste Sache schon 8 Jahre alt ist.

(C)

Ich sage Ihnen nur: 1986 hat es bereits Auffälligkeiten gegeben. Wenn damals schon etwas war, fragt man sich erst recht, wieso dann, wenn 6 Jahre später eine detaillierte Strafanzeige kommt, das einfach zur Seite gelegt wird.

Es mag ja sein, daß bei einzelnen oder wenigen - es steht uns nicht an zu spekulieren - oder irgendwo ein Verschulden liegt. Aber die Frage ist doch, Herr Justizminister, wie Sie damit umgehen. Sie haben gesagt: Wenn strafrechtlich etwas war, gibt es strafrechtliche Konsequenzen. Wenn disziplinarisch etwas war, gibt es disziplinarische Konsequenzen. Wenn organisatorisch etwas war, gibt es organisatorische Konsequenzen. Nur einen Satz haben Sie nicht gesagt:

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Politische!)

Wenn politisch etwas nicht in Ordnung war!

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Deshalb fordere ich Sie auf: Legen Sie doch das auf den Tisch, was an objektiven Berichten, auch der Behörden, vorliegt. Da gibt es verschiedene Verfahren.

(D)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Lanfermann!

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Sie können das im Rechtsausschuß - ich komme zum Ende, Frau Präsidentin - vorlegen, man kann es einem Unabhängigen vorlegen, nicht einem Beamten, sondern einem Unabhängigen, der nicht der Landesregierung untersteht. Sie können es den Fraktionsvorsitzenden vorlegen.

Wir haben dafür immer Verfahren gefunden. Es muß nicht immer gleich zum scharfen Schwert des Untersuchungsausschusses gegriffen werden. Denn es gibt auch Methoden, die Parlamentarier ordentlich zu unterrichten, damit man sieht, was an der Sache dran ist oder nicht dran ist. Sie provozieren durch Ihre Informationspolitik, die wirklich nicht hinreichend ist, daß hier zum Beispiel - was ich nicht in Ordnung finde - plötzlich aus Ermittlungsakten zitiert wird oder ähnliches.

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsidentin Friebe:** Jetzt möglichst der letzte Satz!

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): - Ja, der letzte Satz, Frau Präsidentin. - Noch einmal die dringende Bitte: Informieren Sie uns vollständig, um sich vor weiterem Schaden zu bewahren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klose das Wort.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach dem gegenwärtigen Stand der Veröffentlichungen in der Presse und der Diskussion hier im Hause aufgrund verschiedener parlamentarischer Initiativen zeichnet sich doch nun folgendes Zwischenergebnis ab:

1. Der Ministerpräsident vorgestern, heute Sie, Herr Justizminister, erklären, es gebe den begründeten Verdacht, daß einer der schwersten Wirtschaftskriminalitätsfälle, die das Land bisher betroffen haben, vorliege. Es ist ein sehr wichtiges Faktum, daß das heute festgestellt wird, denn im Juli des Jahres sind Sie noch zu ganz anderen Einschätzungen gekommen.

(B)

Das zweite ist - auch das ist objektiv festgestellt -, daß Ihre Erklärungen in der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Dr. Vesper objektiv in wesentlichen Teilen nicht zugetroffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Auch das muß festgestellt werden.

Darüber hinaus kommt man im Hinblick auf die öffentliche Diskussion des Themas "Balsam" doch zu der Erkenntnis, daß die Wahrheit nur scheinbar an den Tag gebracht wird.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Und dies wäre nicht gelungen, wenn nicht die Presse ihrer Wächterfunktion gerecht geworden wäre.

(Zustimmung bei der CDU und des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Diese Situation setzt Sie als Justizminister, setzt die

Landesregierung, setzt aber auch den Landtag selbst in eine schwierige Verpflichtung, nämlich den Aufklärungsauftrag, den alle beteiligten Staatsorgane hierbei haben, konsequent zu erfüllen. Diese Anmahnung müssen wir aussprechen. Die Situation, die wir tagtäglich erleben - hier hört man was, da hört man was, da wird auf einmal die Anzeige mitgeteilt -, holt einen fast vom Stuhl; und das gilt selbst für nüchterne Leute. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind in einer Situation, in der nicht nur die Gefahr besteht, daß die Landesregierung beschädigt aus ihr hervorgeht, sondern der Rechtsstaat insgesamt ganz empfindlich getroffen werden kann.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Denn der Normalbürger wird fragen: Wo sind denn eigentlich die Maßstäbe der Verhältnismäßigkeit, die bei der Verfolgung solcher erheblicher krimineller Vergehen angewendet werden? Auch wir selbst müssen uns die Frage stellen, ob die Verhältnismäßigkeit beachtet worden ist. Fast alle kennen den Vorgang, den wir hier vor einigen Jahren zu behandeln hatten. Es ging um den Sohn eines früheren Staatssekretärs und um ein paar hundert Mark, die zu Unrecht bezogen worden sein sollten. Was war das Ergebnis? - Es wurde der gesamte Apparat der Staatsanwaltschaft eingesetzt, es wurde die Steuerfahndung eingesetzt, es wurden Persönlichkeiten in Mißkredit gebracht, die sich im Lande hohes Ansehen erworben hatten - und nun auf einmal soll das alles in diesem Verfahren, bei dem schätzungsweise zwei Milliarden DM in Rede stehen, nur eine untergeordnete Bedeutung haben? Es liegt im Interesse des gesamten Hauses, daß dies konsequent, mit allem Nachdruck und in aller Deutlichkeit, aufgeklärt wird.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das ist keine Frage des Wahlkampfes, das ist keine jahreszeitliche Betrachtungsweise, die wir hier anwenden. Wenn hier einer der schwersten Fälle von Wirtschaftskriminalität vorliegt, dann muß das konsequent aufgeklärt werden.

Es muß dabei der Schutz des Steuergeheimnisses in die Betrachtung einbezogen werden. Denn auch das Steuergeheimnis gilt nicht uneingeschränkt. Liegt das öffentliche Interesse in seiner Bedeutung höher, schützt, wie Sie wissen, nicht einmal das Bankgeheimnis; so schützt in einem solchen Falle auch das Steuergeheimnis nicht. Insofern aber, Herr Finanzminister, hätte es, soweit es den Bereich Ihres Ressorts angeht, Ihr Beitrag sein müssen, zur vollen Aufklärung beizutragen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Dr. Klose [CDU])

- (A) Eine letzte Bemerkung. Wir haben im Rechtsausschuß die Fragen in der üblichen Nüchternheit behandelt. Alle Fraktionen haben zum Ausdruck gebracht, daß Aufklärung notwendig ist. Sie haben zugesagt, zu allererst den Rechtsauschuß als Bestandteil des Landtags über das Ergebnis der von Ihnen eingeleiteten Prüfung zu unterrichten. Es ist eine 4-Wochen-Frist in Aussicht gestellt worden. Wenn ich es richtig sehe, ist die Sache hier am 7. September behandelt worden. Herr Minister, wir erwarten, daß am 5. Oktober 1994 nach Ablauf der 4-Wochen-Frist

(Minister Dr. Krumsiek: Die Frist läuft am 7. ab!)

- über zwei Tage streiten wir uns nicht; nach 18 Monaten brauchen wir über zwei Tage nicht zu streiten! -

(Beifall bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

eine rückhaltlose Aufklärung erfolgt, wobei ich ausdrücklich darauf hinweise, daß es nicht um den Problemkreis der möglichen Rechtsverletzungen durch Mitarbeiter der Firma Balsam geht; das spielt hierbei keine Rolle. Hier geht es ausschließlich um die Aufklärung, inwieweit die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege angesichts dieses Falles sichergestellt ist.

- (B) Und schließlich - daran hat Kollege Haak gerade zu Recht erinnert - fragt man sich bei der so oft wegen ihres Umfangs von den Staatsanwälten beklagten Berichtspflicht, warum dieser Vorgang nicht bis an Ihr Ohr, Herr Minister, gelangt ist. Dafür muß es Gründe geben, die wir jetzt nicht kennen, die wir nur vermuten können. Es liegt im Interesse unserer Rechtspflege, daß auch dieser Punkt uneingeschränkt mit aller Unnach-sichtigkeit vor der Öffentlichkeit klargelegt wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Reinhard das Wort.

Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Vesper hat als erster Redner hier, wie ich meine, etwas scheinheilig festgestellt: Es geht ja heute gar nicht um den Fall Balsam, es geht um das Verhalten des Justizministers.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Aber, Herr Kollege Vesper, das ist doch gar nicht voneinander zu trennen. (C)

(Lachen und Beifall bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Das haben Sie doch durch Ihre Äußerungen selbst bewiesen. Sie haben hier laufend aus Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft zitiert. Der Kollege Paus hat aus Polizeiberichten zitiert. Da frage ich Sie einmal: Wo haben Sie das denn alles her? Wir haben das nicht.

(Lachen bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Insofern kann man gar nicht von einer Waffengleichheit reden.

(Erneut Lachen bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Wir diskutieren hier unter völlig unterschiedlichen Voraussetzungen. Ja, sicher! Sie sind gespickt, von wem auch immer, mit allen möglichen Akten. Wir stehen hier und müssen darauf warten, daß uns der Justizminister demnächst einen Bericht gibt.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Sie haben vorhin so sehr gelacht, als ich gesagt habe, das ließe sich nicht voneinander trennen. - Das ist doch logisch, das kann man nicht voneinander trennen. Insofern ziehe ich daraus die Konsequenz: Das Verhalten des Justizministers kann doch erst konkret beurteilt werden, wenn der Gesamtbericht des eingesetzten Sonderbeauftragten des Justizministers vorliegt. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, was ich Ihnen sagen wollte: daß Sie wieder einmal viel zu schnell gewesen sind mit Ihren Äußerungen, mit Ihren Vorurteilen!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber ein-einhalb Jahre hat die Staatsanwaltschaft gepennt!)

Man muß das doch genauestens untersuchen. Ich konzediere Ihnen eines: Auch ich habe berechtigte Zweifel, ob das, was von der Staatsanwaltschaft Bielefeld getan worden ist, ausreicht. Ich will Ihnen einmal ein schönes Beispiel nennen. Als ich junger Referendar bei der Staatsanwaltschaft war - es sind bald 40 Jahre her -, sagten mir die älteren Kollegen: "Die Staatsanwalt

(Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD])

- (A) schaft ist die Kavallerie der Justiz, immer schneidig, immer forsch und zur Attacke bereit."

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich muß sagen: Da muß die Bielefelder Staatsanwaltschaft wohl lahme Gäule gehabt haben. Das ist auch mein Eindruck.

(Heiterkeit und Zustimmung bei allen Fraktionen)

Aber, meine Damen und Herren, Sie applaudieren und lachen wieder viel zu früh. Die Frage ist doch, warum denn die Gäule bei der Staatsanwaltschaft in Bielefeld so lahm waren.

(Jawohl!, Bravo! und lebhafter Beifall bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Die Frage ist nur, ob das immer oder nur hier bei diesem bewußten Fall Balsam so ist. Dieses, meine Damen und Herren, wird zu untersuchen sein. Da haben Sie auch wieder viel zu früh und viel zu vorschnell geurteilt und den Justizminister in die Sache einbezogen.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Balsam für die Gäule! - Weitere Zurufe)

- (B) Ich muß Ihnen sagen: Wir haben doch gerade vor zwei Tagen hier einen Fall erlebt, bei dem Sie sich entschuldigen mußten.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Ja, im Fall Heinemann.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Völliger Unsinn!)

Da haben Sie doch auch genauso vorschnell geurteilt, und hinterher mußten Sie die Vorwürfe zurücknehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann doch hier genauso der Fall sein, da noch nicht alles auf dem Tisch liegt. Sie haben wahrscheinlich Teile von Akten, wir haben gar nichts. Man muß doch alles einmal gescheit zusammentragen, und dann kann man erst eine korrekte, richtige Entscheidung treffen.

Ich bin der Meinung, daß in Ihrem Bericht, Herr Justizminister - das ist meine Bitte an Sie -, auch einmal

- grundsätzlich zum Verhältnis von Polizei und Staatsanwaltschaft Stellung genommen werden sollte. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist ja nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen problematisch, das kennt man ja auch aus anderen Ländern, aus Süddeutschland, bei bestimmten schwierigen Situationen wie Geiselnahmen usw., wo sich Staatsanwalt und Polizeipräsident gegenseitig die Kommandogewalt, die Führungsgewalt, weggenommen haben. Jeder meint, er sei ein besserer Ermittler. Dies scheint mir in Bielefeld wohl auch der Fall zu sein. Ich habe schon häufiger gehört, daß es da im argen liegt, und das muß, Herr Justizminister, genauestens untersucht werden. Da muß auch der Innenminister einmal klar sagen, wie das Verhältnis von Polizei und Staatsanwaltschaft im Lande ist.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Danach haben wir ihn vorgestern gefragt!)

Manchmal kommt einem der Gedanke, daß man Regelungen treffen sollte, wie es sie in anderen Ländern Europas gibt: daß nämlich Staatsanwaltschaften und zumindest die Kriminalpolizei von einem Minister verwaltet werden. Es ist die Frage, ob beide unter ein Dach kommen sollten. Das ist in vielen europäischen Ländern so, und zwar sehr erfolgreich. Darüber sollte man jedenfalls auch einmal nachdenken, meine Damen und Herren. (D)

Ich will nun sagen - der Ministerpräsident hat das ja auch schon getan -: Warten Sie es ab. Zwei Verfahren laufen jetzt, zum einen die sogenannten Fachermittlungsuntersuchung durch den beauftragten Staatsanwalt in Köln, zum anderen läuft das Ermittlungsverfahren wegen der Anzeige von Herrn Vesper. Warten wir beides in Ruhe ab. Wenn die Ergebnisse vorliegen, müssen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Reinhard. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Linssen.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Das ist mir gerade gemeldet worden. Sie möchten nicht sprechen? - Nein. Dann ist Herr Dr. Vesper an

(Vizepräsident Schmidt)

(A) der Reihe, bitte schön, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der F.D.P.) (C)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man diese Debatte verfolgt, muß man sich doch sehr wundern über manche Doppelzüngigkeiten, wie sie von seiten der Landesregierung, aber auch der SPD-Fraktion kommen. Das gilt auch für Ihre Zwischenrufe, Herr Clement.

Wenn Sie in Kenntnis der Anzeige das abschreiben, was Ihre Staatsanwälte Ihnen aufschreiben, Herr Krumsiek, dann macht das die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Herr Krumsiek, Sie plustern sich hier auf und weisen eindringlich auf die Schwere der Delikte hin. Aber Sie gehen einfach darüber hinweg, daß die Staatsanwaltschaft eineinhalb Jahre lang diese schweren Delikte eben nicht verfolgt hat. Dieses Fehlverhalten haben Sie in der Antwort auf meine Kleine Anfrage gedeckt.

Wenn der Generalstaatsanwalt Hamm in Kenntnis des Polizeiberichts aus Bielefeld dieses Urteil stützt, dann macht auch das die Sache nicht besser, sondern schlimmer.

(Minister Clement: Wir werden sehen, ob das Fehlverhalten ist. Ihr Urteil steht schon fest!)

Ihnen lag zum Zeitpunkt der Beantwortung meiner Anfrage die anonyme Anzeige vor, Ihnen lag der Polizeibericht vor. Eben ist geschildert worden, wie detailliert dort Befragungen und Ermittlungen durchgeführt wurden, wie detailliert die Vorwürfe belegt wurden, und Ihnen lag die Ermittlungsakte vor. Und in der Ermittlungsakte ergibt sich zwischen dem 10. Dezember 1992 und dem 7. Oktober 1993 ein Riesenloch. Da können Sie doch nicht sagen, in dieser Zeit sei ermittelt worden. In dieser Ermittlungsakte sind überhaupt keine wichtigen Unterlagen enthalten. Es ist nicht einmal das Minimum, das Herr Schmiedeskamp zu einigen Protokollen gesagt haben soll: daß er sie zum Abheften gegeben habe. Nicht einmal dieses Minimum ist in allen Fällen erzielt worden. (D)

- Entschuldigen Sie einmal, Herr Clement. Beschäftigen Sie sich doch erst einmal mit dem Vorgang!

(Beifall bei GRÜNEN und CDU - Minister Clement: Genau!)

(B) Herr Justizminister, Sie haben gesagt, Sie hätten sich heute vorbereitet. Alle Unterlagen, aus denen ich meine Einschätzung gewonnen habe - ich habe ja eben detailliert belegt, weshalb ich meine, daß Sie die Unwahrheit gesagt haben -, lagen Ihnen zum Zeitpunkt der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage vor.

Meine Damen und Herren, was soll denn diese billige Scheinheiligkeit, sich darüber zu beklagen, daß dieser Polizeibericht nun öffentlich geworden ist? Wenn er nicht zu meiner Kenntnis gelangt wäre, Herr Krumsiek, dann wäre doch alles weiterhin vertuscht worden, dann hätten wir doch heute nicht die leiseste Ahnung davon,

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Das ist der Punkt!)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Das ist zum einen die anonyme Anzeige. Wenn Sie sie gelesen haben, Herr Clement, werden Sie die Auffassung, daß sie pauschale Anschuldigungen enthielte, nicht teilen können.

daß Sie die Sache damals so unzureichend behandelt haben.

Allein die Liste der Anlagen ist zwei Seiten lang: 38 Anlagen über konkrete Luftgeschäfte.

(Minister Clement: Das hat mich im Studium schon immer überzeugt: Der Hinweis auf die Größe der Aktenbände!)

Meine Damen und Herren, ich sagte schon: Wir sind noch lange nicht am Ende. Dem Balsam-Skandal nachzuspüren ist, wie eine Höhle zu erforschen. Man geht durch eine ganz kleine Öffnung, Herr Clement, und sieht zunächst fast nichts, bis sich die Augen an die Dunkelheit gewöhnen. Dann versucht man, sich mit ein wenig Instinkt vorzutasten, und stellt nach und nach fest - -

- Nicht die Größe der Akten, Herr Clement. Ich gehe davon aus, daß Sie sich die Akte nicht nur auf ihre Größe hin angesehen haben, sondern daß Sie sie auch gelesen haben, und wenn man liest, kann man nicht von pauschalen Anschuldigungen sprechen.

(Zuruf des Ministers Clement)

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) - Ach, seien Sie doch nicht so albern, Herr Clement. Das zeigt doch nur, wie betroffen Sie über das Fehlverhalten und die peinliche Vorstellung Ihres Justizministers sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich weiß, wie Sie innerlich die Hände über Ihrem Kopf zusammenschlagen. Herr Farthmann, ich hätte auch erwartet, daß Sie als Fraktionsvorsitzender etwas zu dieser blamablen Vorstellung sagen, die Ihre Leute hier abgeliefert haben.

Man versucht, sich mit etwas Instinkt vorzutasten, und stellt nach und nach fest: Hinter dem kleinen Loch verbirgt sich ein riesiges, verschachteltes Gelände. Ab und zu taucht eine hilfreiche Hand auf und zündet ein Lichtlein an. Und plötzlich ist da, wo man eine Wand vermutete, der Durchgang zu einer neuen Kammer.

Die nächste Kammer, die zu untersuchen ist, ist die von Herrn Schleußer, eine Doppelkammer nämlich: in der einen wohnt der Chef der Finanzverwaltung, in der anderen wohnt der Verwaltungsratsvorsitzende der WestLB. Die Hinweise verdichten sich, daß Sie bereits 1987 ein Strafverfahren gegen Balsam gegen Zahlung einer vergleichsweise geringen Summe niedergeschlagen haben, obwohl Ihre Beamten bereits damals konkrete Kenntnis von den Betrugsgeschäften hatten.

- (B) Die nächste Frage, die wir darum stellen werden, lautet: Haben Sie für ein paar lumpige Millionen Mark einen Deal mit Balsam geschlossen und damit konkrete Hinweise auf die erheblich größer dimensionierten Betrügereien unterdrückt?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Ministers Clement)

Vizepräsident Schmidt: Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Schultz-Tornau von der F.D.P.-Fraktion.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer solchen Debatte, wo es ja schnell nach dem Motto geht: "Es tobt der See und will sein Opfer haben", sind differenzierte Beiträge nicht unbedingt günstig. Ich weiß das. Aber als jemand, der gelernt hat, was Rechtsstaat und was rechtsstaatliche Verfahrensweisen bedeuten, kann ich nicht anders, als hier eine differenzierte Stellungnahme abzugeben.

Meine Damen und Herren, der Herr Justizminister mag in seiner Antwort, die er auf der Grundlage dessen gegeben hat, was ihm die Generalstaatsanwaltschaft vorgelegt hat, subjektiv besten Willens gewesen sein und auch ganz sicherlich - das möchte ich zunächst einmal sagen - nicht gelogen haben. Das ist nach dem, was wir hier wissen, ein Vorwurf, den man einfach nicht aufrechterhalten kann, es sei denn, es gehe nach dem Motto: Wenn einer in Bedrängnis ist, kann man ihm nachsagen, was immer schädlich ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Vorwürfe berechtigt sind oder nicht. Das ist die eine Seite der Medaille, die mir sehr wichtig ist.

Die andere Seite der Medaille ist die Frage nach der politischen Verantwortung. Das ist hier schon in der Fragestunde am Mittwoch in teilweise ganz grotesker Weise durcheinandergelassen. Es ist ganz klar, daß in unserem Rechtssystem der Justizminister nicht selber ermittelt. Das kann man in jedem Kommentar lesen. Er ist nicht, wie das am Mittwoch gesagt worden ist, der oberste Staatsanwalt, sondern er hat die Aufsicht und die Leitung über die Staatsanwaltschaft. Aber er darf aus elementaren rechtsstaatlichen Gründen nicht selber ermitteln.

Doch der Justizminister trägt die politische Verantwortung gegenüber dem Parlament, und wenn sich herausstellen sollte - wofür derzeit alles spricht -, daß nicht nur das Fehlverhalten eines Oberstaatsanwalts vorliegt - das kann kein ausreichender Grund sein, politische Verantwortung zu begründen -, sondern wenn Sie auch durch den Bericht des Generalstaatsanwalts irreführt worden sind und wenn durch diese Irreführung wiederum das Parlament - dann ja nicht nur ein Abgeordneter - irreführt worden ist, muß das für mich unabhängig von Ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit bedeuten, daß Sie die politische Verantwortung dafür zu übernehmen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU)

Ich muß Ihnen nicht sagen, was das bedeuten würde. Dafür ist der Fall von den Dimensionen der Verbrechen her, um die es hier geht, zu schwergewichtig. Dann ist auch das, was sich heute an Fehlverhalten auf unterschiedlichen Ebenen der Staatsanwaltschaft abzeichnet, nicht mehr reparabel, sondern verlangt nach einer politischen Konsequenz, wegen dieses Parlaments, aber auch wegen der Öffentlichkeit.

Ich habe jedoch eine dringende Bitte. Wie ich eben dieses Thema "Lüge" angeprangert habe, so bitte ich auch insbesondere den Kollegen Vesper, bei allem be-

(Schultz-Tornau [F.D.P.])

- (A) richtigem Aufklärungswunsch - wenn man auch einmal etwas über das Ziel hinausschießt - vorsichtig zu sein und nicht nach dem Motto vorzugehen: Wenn einer am Boden liegt, dann darf ich auch noch kräftig zutreten.

(Oh! bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Ich will Ihnen das erläutern. Es spricht alles dafür, daß sich der Oberstaatsanwalt Schmiedeskamp alles andere als korrekt verhalten hat. Aus welchen Gründen auch immer das geschehen ist, muß aufgeklärt werden. Aber ihm heute schon öffentlich - das ist der Sinn einer Strafanzeige - vorzuhalten, er habe wissentlich, bewußt und gewollt Strafreitlung im Amt begangen, das heißt, das Schlimmste getan zu haben, was man einem Organ der Rechtspflege nachsagen kann, das darf nicht sein.

Es hat, als ich mich dagegen gewendet habe, eine Reihe von Journalisten gegeben, die gesagt haben: Ist denn der Schultz-Tornau verwandt oder verschwägert mit Herrn Schmiedeskamp? Gehört er der Partei der F.D.P. an? Wenn man so etwas hört, wird einem bewußt, wie notwendig es ist, rechtsstaatliche Kontrapunkte auch dann zu setzen,

(Beifall bei der SPD)

- (B) wenn einem gesagt wird: Lieber Freund, du liegst hier ganz falsch; das kriegt dann keiner mehr über. Du bringst deine eigene Partei in Schwierigkeiten, weil das niemand mehr versteht. Und da wird gesagt, er macht sich gemein mit Kriminellen und mit einem Staatsanwalt, der hier nicht so ermittelt hat, wie er das eigentlich durfte.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.])

Wenn wir so weit kommen, dann allerdings möchte ich einem solchen Parlament nicht mehr angehören. Dann würde man gegen seine eigene Überzeugung handeln müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Aufklärung, das ist die eine Sache, aber Inquisition ist die andere Sache.

Ich möchte noch ein Allerletztes sagen, lieber Kollege Vesper. Am Dienstag haben Sie gefragt: Spricht irgend etwas dagegen, daß ein Abgeordneter der Staatsanwaltschaft Kooperation anbietet? Ich antworte darauf: Ja, es

spricht alles dagegen. Er hat nicht zu kooperieren, er ist kein Nebenermittler, sondern er hat den zuständigen Ermittlungsbehörden alles, was er hat, ohne Wenn und Aber

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- und ohne in den Ermittlungsprozeß einbezogen zu werden - auszuhändigen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Nichts anderes ist die Pflicht des Staatsbürgers. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Schultz-Tornau. - Meine Damen und Herren, es liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Krumsiek vor. Ist das richtig? - Herr Justizminister, bitte sehr.

Justizminister Dr. Krumsiek: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Kollegen Klose und Schultz-Tornau für ihre sehr sachlichen Ausführungen danken. Ich glaube, das hilft uns weiter.

(Beifall bei der SPD)

Ich will in dieser Sache weder eine Beschädigung der Regierung noch eine Beschädigung des Parlaments. Ich will volle Aufklärung und werde meinerseits alles tun, damit diese volle Aufklärung erlangt wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Vesper geriert sich hier wie ein Geheimagent, dem es gelingt,

(Ach-Rufe bei den GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Dr. Grüber [GRÜNE])

aus Schlupflöchern die Wahrheit herauszuziehen. Auf der anderen Seite unterstellt er Fakten und kommt dann zu einer Vorverurteilung.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Ich, meine Damen und Herren, wiederhole: Ich enthalte mich jeder Bewertung

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie haben doch vor zwei Monaten bewertet! - Abgeordnete Garbe [SPD]: Halt doch mal die Klappe!)

für den Zeitraum des Eingangs der anonymen Anzeige bis zum 7. Juni. Ich habe das in der Fragestunde gesagt und wiederhole es heute. Das ist der Gegenstand des Untersuchungsauftrags. Ich stelle sicher, daß diese Untersuchung Anfang Oktober abgeschlossen und der Bericht dem Rechtsausschuß noch vor der Bundestagswahl zugeleitet wird. Das ist meine feste Absicht.

Ich darf noch einmal, Herr Kollege Paus, meine Betroffenheit zum Ausdruck bringen. Sie haben aus Vernehmungsprotokollen zitiert. Wenn ein Bürger das getan hätte, bestünde gegen ihn jetzt ein Anfangsverdacht. Sie unterliegen dem Schutz der Indemnität, so daß der § 353 d Strafgesetzbuch, nach dem es verboten ist, aus Ermittlungsakten vor Abschluß eines Verfahrens zu zitieren, für Sie nicht in Betracht kommt.

Ich kann mich da Herrn Schultz-Tornau anschließen: Wir sollten auch bei hitzigen Debatten hier im Parlament in einer Zeit vor der Wahl darauf achten, dem Rechtsstaat nicht zu schaden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Sie haben ihm geschadet!)

- (B) **Vizepräsident Schmidt:** Vielen Dank, Herr Justizminister. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Linssen.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Festgehalten werden muß nach dieser Aktuellen Stunde, daß der Justizminister von uns, das heißt der Opposition, ständig zum Jagen getragen werden muß. Das ist einwandfrei festzustellen. Wenn hier nicht zum Teil auch etwas unübliche Methoden angewandt würden, wären wir heute noch auf dem Stand der Beantwortung der Kleinen Anfrage durch den Justizminister.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Wir haben festgeklopft, daß wir in der Zeit vom 7. Oktober bis vielleicht zum 12. Oktober sicherlich zu diesem Fall auch eine gemeinsame Sitzung des Rechtsausschusses und des Innenausschusses haben werden. Ich glaube, daß wir den Bericht dann auch sofort ausführlich diskutieren müssen.

(C) Aber, Herr Justizminister, ich weiß nicht, ob Sie nicht die Aktuelle Stunde nutzen sollten, um ein bißchen mehr Aufklärung zu geben. Sie haben die Anfrage des Herrn Vesper hier behandelt. Es steht fest, daß Sie von pauschalen Anschuldigungen gesprochen haben, die in dieser Anzeige enthalten wären. Das trifft so nicht zu. Ich frage Sie: Kannten Sie diese Anzeige zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage am 26. Juli?

(Beifall bei der CDU)

Ob Sie bei der Beantwortung dieser Anfrage abgewogen haben, können wir nur beurteilen, wenn Sie uns diese Kenntnis anzeigen oder sie bestreiten.

Ich frage weiter, ob Ihnen nach der BeStra, also nach den Vorschriften über die Berichterstattung für Strafsachen, vorher Mitteilung gemacht wurde, ob das Ministerium jemals in Kenntnis von Berichten entweder des Generalstaatsanwaltes oder anderer war.

Herr Haak hat hier erklärt, daß es eigentlich Aufgabe einer loyalen Staatsanwaltschaft wäre, zu berichten. Ich frage Sie: Welche Berichte waren Ihrem Haus bekannt, auch wenn Ihnen vielleicht nicht Ihnen persönlich? War Ihnen der Krieg zwischen der Justiz und der Polizei im Raum Bielefeld bekannt? Auch Herr Reinhard hat hier vorhin erklärt, daß man das natürlich alles schon längst gehört hat. Wenn das der Abgeordnete Reinhard hört, könnte ich mir vorstellen, daß es das Ministerium auch weiß. (D)

Nächste Frage: Wann sind OFD- und Innenministeriumsberichte Ihnen bekanntgeworden? Gibt es Berichte der OFD, die Ihnen vielleicht eine andere Beurteilung bei der Unterzeichnung der Antwort auf die Kleine Anfrage am 26.07. nahegelegt haben?

Nächste Frage: Sind Ihnen die Vernehmungsprotokolle um die Zeit des 18.04. bis 22.04. bekannt?

(Beifall bei der CDU)

Waren sie Ihnen im Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Vesper bekannt?

Wir verfallen hier überhaupt nicht in Hysterie, sondern wir möchten nur nicht, daß der Eindruck bleibt, wir müßten Ihnen die Würmer einzeln aus der Nase ziehen. Das kann hier und heute nicht stehenbleiben, und des

(Dr. Linssen [CDU])

(A) halb bitte ich Sie, doch vielleicht die Gelegenheit zu einer Antwort auf die konkreten Fragen zu nutzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Zu Wort hat sich Herr Finanzminister Schleußer gemeldet.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen am Mittwoch in der Fragestunde dargelegt, daß ich das Steuergeheimnis beachten muß.

Herr Dr. Klose, aus langjähriger gemeinsamer parlamentarischer Tätigkeit und aus Ihrer beruflichen Praxis weiß ich, daß Sie ein abwägender Mensch sind und sehr genau einschätzen können, wie eng für einen Amtsträger der § 30 der Abgabenordnung ist, wie wenig Ausnahmespielräume er hat

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Aber es gibt den § 30 Absatz 4!)

und daß er diese Spielräume nur nutzen kann, wenn sie zwischen dem, der hier die Verantwortung hat, und dem, der im Bund die Verantwortung hat, abgestimmt sind. Das sind die Spielräume.

(B)

Ich habe Ihnen am Mittwoch bereits gesagt, daß wir dabei sind, das zu prüfen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Das ist außer jeder Frage.

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Haben Sie es nicht schon abgestimmt?)

Außer jeder Frage ist auch, daß in dem Bericht, der erstellt wird - und das hat mein Kollege Krumsiek gesagt -, nicht nur die Rolle der Staatsanwaltschaft, sondern auch die der Polizei und die der Finanzverwaltung angeführt und aufgelistet wird, damit das klar ist.

Ich habe Ihnen am Mittwoch gesagt und kann Ihnen bestätigen, daß bereits 1987 ein steuerrechtlicher Tatbestand gegeben war, der strafrechtliche Folgen hatte. Ich kann Ihnen das insoweit auch noch konkretisieren, daß eine Prüfung stattgefunden hat, die die Jahre 1980 bis 1986 betroffen hat, Herr Kollege Vesper, und die Ende 1987 abgeschlossen worden ist.

Für einen Teil der festgestellten Mehrsteuern bestand der Verdacht der Steuerverkürzung. Das deswegen eingeleitete Strafverfahren ist vom Finanzamt für

Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Bielefeld mit dem Amtsgericht Bielefeld zum Abschluß gebracht worden, und zwar am 09.02.1988. (C)

Das nur zu den Zahlen, weil ich diese Zahlen für wichtig halte, damit man sich auch später noch darauf beziehen kann.

Nun haben Sie, Herr Kollege Vesper, eine Höhle ausgemacht, in der es mehrere Kammern gibt. Ich habe Ihnen nicht ohne Grund den Zeitablauf geschildert, weil Sie daraus auch, wenn es Ihnen um die Wahrheitsfindung geht, Schlußfolgerungen ziehen könnten.

Ich sage Ihnen etwas anderes dazu: Sie machen hier der Finanzverwaltung schwerste Vorwürfe.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich stelle Fragen!)

Sie reden von einem "Deal" zwischen Finanzverwaltung und Balsam.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Er hat die Frage gestellt!)

- Wir werden das Protokoll kontrollieren, Herr Linssen; denn es ist immer so: suggerieren und anschließend nicht mehr dazu stehen wollen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist ja ähnlich, wie man sich bei Äußerungen, wie sie von diesem Pult gegeben worden sind, die einen Straftatbestand erfüllen, darauf zurückzieht, daß man Immunität genießt. Das sind die Methoden, vor denen man sich hüten sollte, Herr Kollege Linssen!

(Beifall bei der SPD)

Und man muß festhalten, daß die anderen, insoweit in einer schlechteren Position, Recht und Gesetz achten. Das ist manchmal ein Handicap, das gebe ich zu. Ich bin trotzdem für die Rechtsposition und nicht für die andere.

Es ist unterstellt worden - so habe ich es gehört -, es gäbe einen Deal zwischen der Finanzverwaltung und Balsam. Sie beziehen sich ausdrücklich auf einen Vorgang aus 1987, den ich eben in der Ableitung geschildert habe. Dabei können Sie nur aus einem vorliegenden, mir seit einem Tag bekannten Vermerk eines der Inhaftierten zitiert haben. Dazu sage ich Ihnen: Bevor ein Vermerk eines Inhaftierten für mich gewichtiger ist

(Minister Schleußer)

(A) als die Vermerke der Beamten, braucht es noch ein ganzes Stück Zeit. Ich glaube dem, was 1987 von den Beamten der Finanzverwaltung festgelegt worden ist, weitaus eher als dem Vermerk eines mittlerweile im Prozeßverlauf Inhaftierten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung bei Herrn Dr. Linssen, bitte schön!

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte hier sehr konkrete Fragen gestellt, die der Justizminister auch problemlos beantworten kann: was nämlich den Stand seines Wissens am 26.07. angeht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie, Herr Justizminister, hier nicht darauf antworten, dann müssen Sie natürlich auch damit rechnen, daß die Beurteilung des Kollegen Vesper, daß Sie dem Parlament zu diesem Zeitpunkt nicht die Wahrheit gesagt haben, aufgrund all der Kenntnisse, die uns jetzt wirklich so "schluckzessive" vermittelt worden sind, aufrechterhalten bleibt. Sie können das hier ausräumen, und ich bitte Sie sehr herzlich darum.

(B)

(Beifall bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Das Wort hat Herr Justizminister Dr. Krumsiek.

Justizminister Dr. Krumsiek: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten vorgestern eine Fragestunde.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Heute ist eine Aktuelle Stunde zu dem Komplex, ob ich die Unwahrheit gesagt oder, wie Herr Vesper gesagt hat, gelogen hätte. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

Sie, Herr Dr. Linssen, haben mir Fragen gestellt, die teilweise Gegenstand der Untersuchung sind, die in den

Bericht mit einfließen. Ich bin nicht bereit, hier auf einzelne Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu antworten. (C)

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Dann hat Herr Vesper recht! - Abgeordneter Reul [CDU]: Dann hat der recht!)

Das müssen Sie mir schon zugestehen. Ich kann nicht auf der einen Seite einen Leitenden Oberstaatsanwalt beauftragen und dann hier scheinbar Erklärungen abgeben. Dazu bin ich nicht gewillt.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Hardt [CDU]: Dann hat Herr Vesper recht! - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.] meldet sich zu Wort.)

Vizepräsident Schmidt: Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde. - Die F.D.P. hat keine Redezeit mehr, nein.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Ich habe mich zu Wort gemeldet!)

- Sie kennen die Verabredungen. Das geht nach den Richtlinien für die Aktuelle Stunde nicht.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Die Landesregierung hat dreimal gesprochen!) (D)

Das haben Sie alle im Ältestenrat so festgelegt; ich habe darüber zu wachen, daß das hier eingehalten wird. Die F.D.P. hat keine Redezeit mehr.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir schließen die Aktuelle Stunde ab. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Aufgerufen ist Tagesordnungspunkt 2:

Der einseitigen Entlastung des Bundes auf Kosten der Kommunen muß Einhalt geboten werden - keine Begrenzung des Bezugs der Arbeitslosenhilfe auf 2 Jahre zu Lasten der Sozialhilfeträger

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/7747

(Vizepräsident Schmidt)

- (A) Ich verweise auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/7799.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Thulke das Wort.

Abgeordneter Thulke (SPD)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag meiner Fraktion, der sich gegen das aktuelle Vorhaben der Bundesregierung wendet, die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen und die Kosten auf die Gemeinden zu verlagern, wird seit gestern durch einen Entschließungsantrag der CDU scheinbar ergänzt - nach dem Motto: Haust du meine Bundesregierung, haue ich deine Landesregierung. - Einzelheiten zu Ihrem Entschließungsantrag und eine besondere Stellungnahme hierzu wird gleich der Kollege Wilmbusse noch ausführen, was er sicherlich mit großem Vergnügen tun wird.

Wenn man aber Ihren Antrag genau nachliest, so wird auf Seite 5 des Antrags der Tenor unserer Forderung bestätigt. Ich freue mich deshalb, daß die Kolleginnen und Kollegen von der CDU im Grundsatz hinter unserem Antrag stehen.

- (B) In Bundestag und Bundesrat wurde vor knapp einem Jahr im Rahmen der Verhandlungen zur Finanzierung der deutschen Einheit eine Generaldebatte über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geführt. Bereits diese Debatte war stellenweise nicht solidarisch, wie es sich an sich dem Begriff nach für einen Solidarpakt gehört, sondern beinhaltete erstmalig die Absicht, die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen mit dem Ziel, die Kosten auf die Gemeinden zu verlagern. Da die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Ländern mit dem Ziel des Einvernehmens geführt wurden, kam dieser absolut unsolidarische Vorschlag wieder vom Tisch.

Um so unverständlicher ist es, kurz nach diesem Einvernehmen die Absicht nun erneut zu präsentieren. Innenminister Schnoor hat bereits am Mittwoch im Rahmen der Diskussion über die Verfassungsreform die "Verwilderung der Sitten" angeprangert. Was ist das für eine politische Kultur, wenn Verabredungen nicht eingehalten werden; wenn Zugeständnisse, mit deren Hilfe die Zustimmung möglich war, kurz darauf wieder zurückgenommen werden; wenn die Grundforderungen der unteren politischen Ebene, "keine neue Aufgabe ohne Absicherung der Finanzen", schon wieder nicht beachtet werden? Wer die Musik bestellt, hat sie auch

- (C) zu bezahlen. Diese im Leben gültige Regel muß endlich auch für die Bundesregierung gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Sanierung des Bundeshaushalts und seiner Nebenkassen wird wieder einmal durch einen ungenierten Griff in die Kommunalfinanzen geregelt, und zwar aktuell, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Was Sie uns in Ihrem Entschließungsantrag präsentieren, gegen die Landesregierung präsentieren, reicht teilweise bis 1982 zurück und wird von Ihnen in jeder Debatte zum GFG wiederholt.

Die Absicht, die Arbeitslosenhilfen nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit einzustellen, ist bereits Bestandteil des Entwurfs des Bundeshaushalts 1995 sowie der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. 4 Milliarden DM werden auf diese Art und Weise eingespart. Gleichzeitig landen diese 4 Milliarden DM bei den Sozialhilfeeats der Gemeinden. Nordrhein-Westfalens Gemeinden wären mit 1 Milliarde DM dabei. Die Schätzungen liegen für Köln bei 78 Millionen DM, für Essen bei 58 Millionen DM, für Dortmund bei 55 Millionen DM und für die Kreise Recklinghausen bei 40 und Steinfurt bei 19 Millionen DM. Dies nur beispielhaft; es trifft landauf, landab alle.

- (D) Diese Zusatzbelastung trifft die Gemeinden mit Strukturproblemen wieder einmal überproportional, weil gerade sie mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit gebeutelt sind. Es trifft diese Gemeinden mitten in ihren Haushaltskonsolidierungen, und somit werden alle schmerzhaften Planungen der Ordnung ihrer Finanzen erneut Makulatur und müssen noch um eine Stufe verschärft werden. Leistungseinschränkungen für die Bürger und weiterer Stellenabbau werden die Folge sein.

Befürchtet werden muß, daß manche Gemeinden bestimmte Angebote nicht einmal mehr erbringen können. Schwimmbäder, Theater, Büchereien usw. werden geschlossen, da diese nicht mehr finanziert werden können. Die Auswirkungen betreffen natürlich alle Bürger einer Kommune. Kommunale Gebäude wie zum Beispiel Schulen werden bald an ihrem äußeren Zustand zu erkennen sein; denn Mittel für die Gebäudeunterhaltung fallen allerorten bereits unter das Sparpotential.

Der Geldmangel fördert aber auch die Phantasie, wodurch einige Bereiche aufrechterhalten werden können, ohne daß dadurch der Gesamttrend geändert zu werden braucht. In meiner Heimatstadt verwalten Sportvereine

(Thulke [SPD])

- (A) ihre Sportanlagen selbst, Kleingartenvereine pflegen Wanderwege und Grünflächen rund um ihre Anlage, das Grünflächenamt erklärt ehemals englische Rasen zu Ökowiesen, die dann nur noch zweimal im Jahr gemäht werden müssen - nicht aus ökologischen Gründen, sondern um das achtmalige Mähen einzusparen -, und Bürger übernehmen Patenschaften für Pflanzbeete, Straßenbäume und Spielplätze.

Was übrigbleibt, wird dann noch teilweise über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgewickelt. Anlässlich der Landesgartenschau in Paderborn hatte ich Gelegenheit, mit dem westfälischen Vorsitzenden der Garten- und Landschaftsbauer zu sprechen. Er beklagte, daß es keinen anderen mittelständischen Bereich gäbe, der in so hohem Maße über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geregelt würde.

Hier zeigt sich eine weitere Auswirkung der Finanzknappheit. Die Gemeinden haben Arbeit genug, es fehlt ihnen nur das Geld, um diese zu bezahlen. Ich würde die Beauftragung mittelständischer Unternehmen mit solchen Arbeiten für den besseren Weg halten, als diese nicht zu finanzierenden Arbeiten über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abzuwickeln.

Die Absicht beleidigt aber in besonderer Weise auch die Betroffenen. Es ist unerhört, daß zahlreiche Dauerarbeitslose, die jahrzehntelang ihren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung geleistet haben, in die Sozialhilfe abgleiten.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Hat der Bundesfinanzminister diese Wirkung bedacht, oder gehört er auch zu denen, die das untere Drittel der Gesellschaft aufgegeben haben?

(Zuruf von der SPD: Wahrscheinlich!)

Ich bin sicher, daß diese eher rhetorische Frage mit einem Ja zu beantworten ist. Waigel hat in vollem Bewußtsein gehandelt. Das ist in seiner Wirkung nicht nur kommunalunfreundlich, sondern auch menschenverachtend.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Kreuz [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, der finanzielle Verschiebepunkt ist nach wie vor voll in Aktion. Aktuelles Beispiel ist die Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes. Sie konnten das in den letzten Tagen der Presse entnehmen. Die Städte sind wieder in heller Aufregung. Diese

- (C) Änderung führte dazu, daß in den alten Bundesländern ca. 1 700 Eisenbahnbrücken für Kreis- und Gemeindestraßen quasi den Gemeinden geschenkt wurden, allerdings mit einem Sanierungsbedarf allein in unserem Land in Höhe von 300 bis 400 Millionen DM.

Wer aber will schon ein Geschenk, das nur neue Kosten produziert? Solche aufgedrängten Bereicherungen müssen eigentlich entrüstet zurückgewiesen werden. Gott sei Dank gibt es hierzu noch Nachverhandlungen.

Auch die Regionalisierung des Personennahverkehrs der Bahn AG ist keine Wohltat. Dieser hochdefizitäre Bereich wird auf die Länder und Gemeinden verlagert. Der Defizitausgleich erscheint nur kurzfristig gesichert, führt man sich vor Augen, was in der Vergangenheit bei solchen Verabredungen passiert ist. Es gibt bis heute keine ernsthaften Überlegungen des Bundes, die Kommunen von den zweistellig wachsenden Sozialhilfekosten zu entlasten. Der Hinweis auf die Pflegeversicherung dient bereits dazu, neue Sünden zu rechtfertigen. Die für 1995 erwarteten 1,1 Milliarden DM - dies ist eine Schätzung der Landschaftsverbände - bedeuten für die Sozialhilfeträger nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Eine Einnahmeposition mit zweistelliger Zuwachsrate in ähnlicher Größenordnung wie das Volumen der Sozialhilfekosten ist bei den Kommunen jedenfalls nicht vorhanden und auch nicht in Sicht.

- (D) Überdacht werden muß bei der ständig steigenden Arbeitslosigkeit das System insgesamt. Die Bundesregierung sollte Arbeit finanzieren, nicht aber Arbeitslosigkeit,

(Beifall bei der SPD)

die dann auch noch auf die Städte und Gemeinden verlagert wird.

Wir sind uns in dieser Grundposition mit Forderungen der christlichen Kirchen einig. Das im letzten Monat bekannt gewordene Papier einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Evangelischen und Katholischen Kirche stellt fest, daß es sinnvoller ist, die Arbeit mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu finanzieren, anstatt die Arbeitslosigkeit.

Überdacht werden muß angesichts der kommunalen Finanzmisere der gesamte Finanzausgleich zwischen den drei Ebenen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir haben das hier verschiedentlich angesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern Sie auf, mit uns die Pläne der Bundesregierung, die

(Thulke [SPD])

- (A) Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen und mit den Kosten die Gemeinden über die Sozialhilfe zu belasten, zurückzuweisen.

Wir erwarten, daß die Landesregierung alle ihre Möglichkeiten nutzt, um diese Absicht zu verhindern. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Thulke. - Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Britz.

Abgeordneter Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Thulke, zwei Bemerkungen vorweg:

Erstens. Was Sie an Sparbemühungen und -notwendigkeiten in den Gemeinden auch am Beispiel unserer gemeinsamen Vaterstadt Essen darstellen, ist das, was zur Zeit geschieht. Und dies ist ohne Zweifel nicht auf das zurückzuführen, was zur Zeit in der Diskussion ist.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Zweitens. Ich empfehle Ihnen, einmal Kontakt aufzunehmen mit dem jetzigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Rat unserer Stadt sowie seinem Vorgänger. Von seinem Vorgänger ist überliefert, daß er anlässlich der Haushaltsberatungen gesagt hat, das Land knebele die Städte in Nordrhein-Westfalen. Und der jetzige Amtsinhaber, Nowak, hat nach der Konferenz in Kamen, die die SPD-Landespartei durchgeführt hat, erklärt, in Richtung Land wäre dem, was dort gesagt worden ist, einiges hinzuzufügen. Dem, meine Damen und Herren, kann ich zumindest nur zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Der Antrag der SPD-Fraktion zum Abschluß unserer dreitägigen Plenarberatungen zeigt erneut, daß das stimmt, was schon am Mittwoch gesagt worden ist: Es gibt jahreszeitlich bedingte Anträge und jahreszeitlich bedingte Diskussionen hier in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, ich bezeichne diesen Antrag als schlichtes Wahlkampfgetöse.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

In dieser Meinung bestärkt mich der Kollege Walsken von der SPD-Fraktion, der gleichzeitig Landesgeschäftsführer seiner Partei in Nordrhein-Westfalen ist. Ich lese nämlich von ihm in der Siegener Zeitung die ungeheuerliche Bemerkung:

Um zu vermeiden, daß der Bundestrend die Machtbasis der Partei erschüttert, will die SPD nach Angaben ihres Landesgeschäftsführers Ernst Martin Walsken den Bürgern klarmachen, daß Büchereien, Jugendtreffs und Schwimmbäder geschlossen werden müssen, weil Bundeskanzler Kohl den Bundeshaushalt erneut auf Kosten der Städte entlasten will.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

- Meine Damen und Herren, auch wenn Sie jetzt an der falschen Stelle klatschen - Sie sollten zunächst bis zum Ende zuhören -, zeigt das, daß dieser Antrag eindeutig Bestandteil der von ihm und der Landesgeschäftsführung initiierten Kampagne ist, um wenigstens aus Ihrer Sicht etwas Stimmung in den Bundestags- und den Kommunalwahlkampf zu bekommen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Nein!)

Denn Sie treibt nichts anderes um als die Angst, durch die Niederlage bei der Bundestagswahl auch die aus meiner Sicht längst verdiente Niederlage bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen zu erleiden.

(Beifall bei der CDU)

Unbestritten ist, daß sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und dem gesamten Bundesgebiet in einer schwierigen Phase befinden.

(Abgeordneter Böcker [SPD]: Aha!)

Das Finanzierungsdefizit der nordrhein-westfälischen Gemeinden betrug im Jahre 1993 insgesamt 4,2 Milliarden DM.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Britz, würden Sie eine Frage von Herrn Kreutz zulassen?

(Abgeordneter Britz [CDU]: Bitte.)

- Bitte schön, Herr Kollege Kreutz.

(C)

(D)

(A) **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)*:** Herr Kollege, uns alle interessiert sicherlich: Sind Sie persönlich nach Ihrer Abwägung aller Umstände für oder gegen die Abdrängung der Langzeiterwerbslosen in die Sozialhilfe?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Abgeordneter Britz (CDU): Herr Kollege, ich fürchte, daß Sie noch keine Gelegenheit hatten, a) unseren Antrag zu lesen - ich werde gleich darauf zurückkommen -, und ich befürchte, daß Sie b) auch in der ersten Lesung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1995 im Hause nicht anwesend waren, geschweige denn das Protokoll gelesen haben.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wofür sind Sie denn nun?)

Denn Kollege Leifert hat dabei unmißverständlich unsere Meinung vorgetragen, die ich gleich noch einmal an entsprechender Stelle wiederholen will. Ich darf Sie bitten zuzuhören, das macht durchaus auch schlauer.

(Beifall bei der CDU)

(B) Welche Gründe haben nun zu dem von mir gerade dargestellten Finanzierungsdefizit geführt? Erstens. Eine ganz wichtige Rolle spielt die Steigerung der Sozialaufwendungen - ohne Zweifel. Als Gründe dafür aber sind viele verschiedene Punkte zu nennen, nämlich die hohen Aufwendungen für die Pflege alter und kranker Menschen, die Aufwendungen für die Versorgung von Menschen mit Behinderungen, die Aufwendungen für die hohe Zahl der Asylbewerber. Dabei hätten diese Aufwendungen bereits seit zwei Jahren niedriger sein können, wenn nicht auch die Landes-SPD, an der Spitze ihr Innenminister, diese ganze Aktion verzögert hätte.

(Zurufe von der CDU: So ist es! - Beifall bei der CDU)

Dazu gehören außerdem die Aufwendungen für die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen, die auch nicht vom Himmel gefallen ist, sondern eine Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik in diesem Lande ist.

(Beifall bei der CDU)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich beim zweiten Punkt.

(C) **Vizepräsident Schmidt:** Herr Kollege Britz, würden Sie vorher noch eine Frage von Herrn Kuschke zulassen?

(Abgeordneter Britz [CDU]: Ich würde jetzt lieber im Zusammenhang vortragen. Denn Sie warten ja auf eine bestimmte Passage, die kommt ja noch, Herr Präsident.)

- Also keine Zwischenfragen jetzt.

Abgeordneter Britz (CDU): Zweitens. Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern gibt es einen Wachstumsrückstand von 7,2 %. Dies bedeutet für 1993 einen Steuerausfall von 4,5 Milliarden. Für die Kommunen macht das 1 Milliarde DM pro Jahr aus. Dies ist ein Grund, warum Schwimmbäder geschlossen werden müssen und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: die ständige Verschlechterung der Finanzausstattung unserer Gemeinden durch das Land. Ich weiß, daß Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und auch der Innenminister dieses Thema nicht gern haben, aber immer wieder wird es nicht nur von uns, sondern auch von den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen vorgetragen. Ich brauche die Punkte im einzelnen nicht vorzutragen. Ihnen ist aber bekannt, daß durch die ständigen Reduzierungen den Gemeinden, gerechnet auf 1993, im Jahr 4,6 Milliarden DM fehlen. Dies ist ein Grund, warum zum Beispiel Schwimmbäder geschlossen werden.

Viertens. Auch bei den Gesetzen des Landes findet man immer wieder neue Möglichkeiten, den Kommunen neue Belastungen aufzuerlegen. Ein Beispiel dazu ist das Gesetz über die Einrichtung von Tagesstätten für Kinder. Bei dem jetzt vorliegenden Ausbauprogramm entlastet sich das Land auf Kosten der Kommunen mit 270 Millionen DM, das heißt mit 68 Millionen DM pro Jahr.

Zusätzlich müssen die Gemeinden Verwaltungsaufgaben für 15 Millionen DM wahrnehmen.

(Zurufe von der SPD - Abgeordnete Speth [SPD]: Sie konnten immer schon schlecht rechnen!)

Meine Damen und Herren, ich verstehe ja, daß Sie sich aufregen: Wahrheit tut eben weh.

(Britz [CDU])

- (A) Fünftens. Hören Sie ruhig einen Moment zu, denn Sie werden dann verstehen, aus welchem weiteren Grund sich die Gemeinden in der bekannt schwierigen Haushaltssituation befinden. Es ist das Thema Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge. Hier schuldet das Land den Gemeinden mittlerweile 400 Millionen DM. Dies ist im Nachtrag 1994 deutlich geworden. Die Kommunen warten, das Land zahlt nicht.

(Minister Schleußer: Warum haben Sie das so lange verzögert? Dann werfen Sie es der Landesregierung vor!)

Das Land vertröstet, das Land verweist auf komplizierte Vorschriften und zahlt nicht. Herr Finanzminister, den Tatsachen können Sie nicht widersprechen. Schauen Sie sich die vielen Briefe aus den Gemeinden unseres Landes an, die darauf hinweisen, daß sie mit ihrer Belastung der Haushalte am Ende sind, weil auch diese Mittel nach wie vor fehlen.

(Beifall bei der CDU)

Sechstens. Meine Damen und Herren! Auch das neuerkannte Allheilmittel, die Pauschalierung, hilft uns in Zukunft bei der Finanzierung der Unterbringung von Asylbewerbern nicht weiter. Weit zu niedrig, 125 DM zu niedrig, als die berechnete Forderungen der Kommunen und Spitzenverbände ist das Angebot des Landes. Dies würde, rechnet man das auf die Asylbewerber im Land um, für unsere Gemeinden 140 Millionen DM zusätzliche Zahlung aus eigenen Mitteln bedeuten.

(B)

Bei der Durchsetzung und Durchführung der Pflegeversicherung ist keine Verbesserung zu erwarten. Es steht zu befürchten, daß die Entlastungen, die im Bereich der Sozialhilfe entstehen werden, nicht in dem gehörigen Anteil zu den Kommunen kommen werden. Dies, meine Damen und Herren, beweist, daß die derzeit stattfindende Diskussion über eine mögliche Kürzung des Bezugszeitraums der Arbeitslosenhilfe nicht die Ursache für die schwierige Lage der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Wie zum Beispiel auch, meine Damen und Herren, bekanntermaßen die Diskussion über verschiedene anzuwendende Diätpläne denjenigen, der darüber diskutiert, noch nicht schlank macht, denn dabei wird bekanntermaßen am meisten Sahnkekuchen gegessen. Das kann es also nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Herr Britz, sind Sie bereit eine Frage von Herrn Kuschke zu beantworten, oder wollen Sie generell keine Beantwortung? (C)

(Abgeordneter Britz [CDU]: Nein, ich bin jetzt etwas eng in der Zeit, Herr Präsident. Ich bitte um Nachsicht.)

- Also gut.

Abgeordneter Britz (CDU): Diese Kampagne, die von Herrn Walsken initiiert worden ist, entlarvt sich als das, was sie wirklich ist: nämlich schlichter Wahlkampf.

Meine Damen und Herren! Unbestritten ist, daß alle politischen Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden, zum Sparen angehalten sind. Notwendig ist, daß wir alle gemeinsam darüber nachdenken, wie wir die Haushalte unserer Körperschaften in Ordnung bringen können.

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von der SPD und auch von der Landesregierung, auf, Alternativen zu der auf Bundesebene diskutierten Kürzung des Bezugszeitraums der Arbeitslosenhilfe zu entwickeln, damit das vermieden werden kann, bzw. mit dafür zu sorgen, daß einen entsprechender Ausgleich für die Kommunen gewährt wird. Dies und nichts anderes ist unsere Position. Sie ist auch in der ersten Lesung zum Gemeindefinanzierungsgesetz bereits dargestellt worden. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben dazu einen entsprechenden Entschließungsantrag vorgelegt, der neben diesem Punkt eine Reihe aus unserer Sicht weiterer wichtiger Punkte enthält, durch die die finanzielle Situation der Kommunen verbessert werden soll.

Nur, hier erleben wir einen SPD-Antrag, der in ähnlicher Form in vielen Räten unseres Landes gestellt wird.

Einer dieser Anträge ist auch in der Stadt Remscheid gestellt worden. Doch es kam gar nicht zur Beratung dieses Antrags; denn als man dort bemerkte, daß die CDU-Fraktion einen differenzierten, einen weitergehenden Antrag gestellt hatte, hat man unter Verweis auf nicht rechtzeitige Einbringung den Antrag zurückgezogen und sich der Diskussion nicht gestellt. Daran sieht

(Britz [CDU])

- (A) man, wie ernsthaft oder wie wenig ernsthaft dies letztendlich betrieben wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, über die Situation der kommunalen Haushalte wird in diesen Tagen und Wochen sehr viel berichtet; unterschiedliche Anlässe bringen dies mit sich. Mit dem vorliegenden Antrag tut die SPD-Fraktion so, als sei sie ein geeigneter Anwalt der Kommunen.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das müssen Sie sich immer wieder vor Augen führen!)

- Wenn Sie diesem Satz Beifall geklatscht haben, zeigt das, daß Sie es nicht sind. Aber jeder kann ja da klatschen, wo es ihm gefällt.

Ich denke, Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Landtagsfraktion, hätten dies des öfteren schon unter Beweis stellen können, damit wir heute gemeinsam zu der Erkenntnis hätten kommen können, daß das vielleicht stimmen könnte. Aber in der Vergangenheit gab es hier nur Fehlanzeige.

- (B) Nun wollen Sie gar einen Protestmarsch unterstützen. Wo war Ihre Unterstützungsbekundung bei den vielen Protesten der Gemeinden,

(Beifall bei der CDU)

der kommunalen Spitzenverbände in der Vergangenheit, als gegen die verschiedenen Belastungen protestiert wurde, die der Landeshaushalt auferlegt hat? Ihr Protest hat immer nur eine Richtung. Ich sage Ihnen: Wer nur die halbe Wahrheit darstellt, sagt letztlich die Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich muß feststellen, daß das, was Sie hier vorlegen, unvollständig und einseitig ist. Unsere Meinung zu diesem Antrag haben wir in unserem Entschließungsantrag bekundet. Ich möchte Sie bitten, dem zuzustimmen; denn wenn wir diesen Antrag gemeinsam beschließen, dann haben wir auch eine gemeinsame Basis für die Kommunen in unserem Land. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Britz. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Ruppert. (C)

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Der Landtag verwahrt sich gegen die Pläne der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

und hierdurch die Gemeinden als Träger der Sozialhilfe zu belasten." - Dem Satz könnte ich ja ohne weiteres zustimmen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Dann tun Sie es doch!)

Wir hätten über einen solchen Antrag vernünftig reden können, wenn man nicht allzu deutlich merken würde, daß es Ihnen hier überhaupt nicht um die Sache, sondern nur um puren Wahlkampf geht

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

und daß Sie, wie der Kollege Britz zu Recht ausgeführt hat, in der Tat auch nur die halbe Wahrheit oder knapp die halbe Wahrheit nennen. Wenn Sie die ganze Wahrheit hätten nennen wollen, müßte der Antrag heißen - und einen solchen Antrag könnten wir gemeinsam formulieren -: Der einseitigen Entlastung auf Kosten der Kommunen muß Einhalt geboten werden, und zwar der einseitigen Entlastung, die von Bund und Ländern ausgeht und die Kommunen trifft. (D)

Schauen wir uns Ihren Antrag einmal an. Natürlich haben die Gemeinden bei sinkender Gewerbesteuer und steigenden Sozialhilfeausgaben erhebliche Lasten zu tragen. Aber wo ist das eigentlich im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes des Landes, über den wir vor 14 Tagen diskutiert haben, berücksichtigt worden? Wo nimmt das Land darauf Rücksicht? - Überhaupt nicht. Und wo ist eigentlich die Behauptung der Bundesregierung widerlegt, im Rahmen des föderalen Konsolidierungsprogramms gebe es auch eine Entlastung für die Gemeinden bei der Sozialhilfe?

Ich stimme Ihnen zu: Im Saldo schlägt sich das nicht nieder, und deswegen können die Kommunen keine zusätzliche Belastung vertragen. Aber die ganze Wahr-

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) heit haben Sie auch nicht gesagt. Sie hätten vielleicht auch einmal die Zahlen nebeneinanderstellen sollen: 4 Milliarden DM zusätzliche Belastung - niemand bestreitet diese Zahl - kämen auf alle Kommunen in Deutschland, nicht nur auf die in Nordrhein-Westfalen - zu,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Bei uns ist es 1 Milliarde!)

wenn das Vorhaben von Theo Waigel realisiert würde,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist ein Kabinettsbeschluß in Bonn!)

womit übrigens niemand rechnet.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Aber die Summe der Gemeindefinanzierungsgesetze des Landes Nordrhein-Westfalen seit 1981 macht allein für dieses Jahr mehr als 4 Milliarden DM aus, und zwar allein für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen ist es rührend, wenn Sie Protestmärsche nach Bonn veranstalten wollen.

- (B) Es ist auch schön, wenn Sie auf Papiere der evangelischen und katholischen Kirche zum Thema Arbeitsmarktpolitik verweisen. Aber wenn Sie das ernst meinen würden, könnten Sie auch gleich vorschlagen, daß der Sachverständigenrat der Bundesregierung durch die Deutsche Bischofskonferenz abgelöst wird. Das werden Sie auch nicht wollen!

Was Sie machen, ist nichts anderes als eine Fortsetzung dessen, was Sie Ende August begonnen haben. "Bonn schuld an kommunaler Finanzmisere", heißt es da, das ist das Thema. "Rau: SPD mobilisiert Städte gegen Kohl."

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Abgeordneter Frey [SPD]: Das ist auch notwendig!)

Das Kampagnenmotto, so war es noch diese Woche zu lesen, lautet: "Kohl bringt Städte in Not."

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Dabei soll den Bürgern deutlich gemacht werden, daß es auch aufgrund der Abwälzung der Sozialhilfekosten auf die Gemeinden ans Eingemachte gehe und weitere

Schließungen von Bädern, Büchereien und Kindertagesstätten drohten. (C)

(Erneut demonstrativer Beifall bei der SPD)

Nur: Das, was Theo Waigel plant, ist ein Plan. Die Kürzungen der Gemeindefinanzen durch die Landesregierung sind Realität, die haben schon zur Schließung von Bädern, Bibliotheken und Kindertagesstätten geführt.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frey [SPD]: Das ist reines Ablenkungsmanöver!)

Dazu hat übrigens auch das Kindergartengesetz des Landes geführt, das viele freie Träger dazu bringt, uns zu schreiben: Wir kommen mit der Finanzierung nicht mehr hin. Diese gesetzliche Regelung überfordert uns. - Das ist die Realität oder jedenfalls doch die andere Seite der Realität.

Niemand bestreitet, daß es unseren Kommunen schlecht geht. Aber für die Regelung der Gemeindefinanzen ist nicht, wie es Herr Scharping in einer Konferenz mit einigen Oberbürgermeistern, die in dieser Woche in Bonn stattgefunden hat, verspricht, der Bund zuständig, dafür sind in erster Linie die Länder zuständig.

Die Länder waren es doch auch, die im Rahmen des Föderalen Konsolidierungskonzeptes ihre Interessen gegenüber dem Bund durchgesetzt haben, aber nicht die Interessen der Gemeinden. Die Gemeinden haben bei dem Spiel, das in Bonn stattgefunden hat, den Schwarzen Peter behalten. Deshalb hilft die Methode "Haltet den Dieb!" nicht weiter. Wir müssen schon die ganze Wahrheit sagen. (D)

Machen Sie sich doch nichts vor! Ihre eigenen Leute in den Kommunen, die Oberbürgermeister und die Oberstadtdirektoren, die in den großen Städten in Nordrhein-Westfalen ja meistens von der SPD gestellt werden, wissen doch, daß die Wahrheit anders aussieht. Sie sagen es auch; zumindest schreiben sie es in ihre Papiere. Da gibt es das Thesenpapier der zehn größten nordrhein-westfälischen Städte. - Der Anteil der SPD bei den Oberbürgermeistern und Oberstadtdirektoren in diesen zehn größten Städten beträgt etwa 80 %. Sie sagen sehr deutlich, wie die Solidaritätslasten verteilt worden sind. Ich habe das im Rahmen der Diskussion über das Gemeindefinanzgesetz schon einmal zitiert:

Für die westdeutschen Länder und Kommunen gibt es 1995 eine Belastung von gut 9 Milliarden DM aus dem FKP, für den Bund allein 11 Milliarden DM. Da sieht

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) man, wie gut die Länder abgeschnitten haben. Von den 9 Milliarden DM, die auf die Länder entfallen, verteilen die Länder 6 Milliarden DM auf die Kommunen. Diese zahlen zwei Drittel dieser Lasten. Sie sind es, die schlecht abgeschnitten haben.

Wer hier sagt, daß die Gewerbesteuern in den Städten zum Teil dramatisch sinken - das ist ja auch die Wahrheit -, der muß doch auch sagen, daß schon die Berechnungsgrundlage dieses 44-Prozent-Anteils an den Wiedervereinigungskosten - oder besser: an den Lasten der Teilung - der Belastung der Gemeinden nicht gerecht wird. Das ist unredlich, das ist unsauber gerechnet, und Sie hören damit nicht auf.

Wer nach Bonn marschieren will, der hat doch allen Grund, erst einmal nach Düsseldorf zu marschieren und gegen die ungerechte Belastung der Gemeinden mit den Kosten des Asylbewerberleistungsgesetzes zu protestieren. Wir haben nichts gegen die Pauschalierung gehabt. Aber wir haben etwas gegen eine Pauschalierung, die von vornherein erkennbar die Lasten der Gemeinden nicht deckt und die überhaupt nicht darauf Rücksicht nimmt - allein in meiner Gemeinde geht das in diesem Jahr wieder in einen zweistelligen Millionenbetrag -, daß es außer den Asylbewerbern eine ganze Menge anderer Flüchtlinge in den Gemeinden gibt. Dafür gibt es überhaupt keine angemessene Erstattung. Die Gemeinden bleiben auf diesen Kosten sitzen, wie sie auf den Lasten des Zwangs zur Errichtung von Kindergärten sitzenbleiben.

(B)

Überall dort hilft das Land nicht. Deshalb sollte jeder, der hier zu Wahlkampfzwecken solche Anträge stellt, sich erst einmal an die eigene Nase packen. Unsere Zustimmung können Sie für einen solchen Antrag nicht erwarten. - Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die GRÜNEN-Landtagsfraktion schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an. Diesen Antrag hätten wir problemlos als rot-grünen Antrag gemeinsam hier einbringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei anhaltend katastrophaler Lage auf dem Arbeitsmarkt nimmt in letzter Zeit insbesondere die Langzeiterwerbslosigkeit rapide zu. Ende August hatten wir bundesweit 1,2 Millionen Langzeiterwerbslose. Fast jeder dritte gemeldete Arbeitslose gehört schon dazu.

(C)

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der registrierten Langzeitarbeitslosen von Juni 1993 bis Juni 1994 um 32 % auf 247 000 angestiegen. Insbesondere sind junge Leute unter 25 davon betroffen.

45 % der Langzeitarbeitslosen sind länger als zwei Jahre arbeitslos, 17 % länger als vier Jahre.

Arbeitslosigkeit ist schon längst die Hauptursache für Sozialhilfeabhängigkeit. Knapp ein Drittel der registrierten Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen erhalten keine Leistungen vom Arbeitsamt. Rund 70 % der Arbeitslosenhilfeberechtigten erhalten unter 1 200 DM im Monat. In Ostdeutschland erhält zudem jeder vierte Arbeitslosenhilfebezieher weniger als 600 DM.

Diese Zahlen lassen ahnen, meine Damen und Herren, in welchem Umfang mittlerweile schon die Sozialhilfe die unzureichenden Arbeitslosenhilfeleistungen ergänzen muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Ergebnis einer Politik der Kohl-Regierung, die schon seit der Kürzung von Arbeitslosengeld und -hilfe in den Jahren 1982 bis 1984

(D)

(Zustimmung von den GRÜNEN)

eine kalte Aussteuerung von Erwerbslosen in die Sozialhilfe vorantreibt.

Sollte es tatsächlich zur Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre kommen, wird die alte Weimarer Aussteuerungsdynamik vollends wieder eingeführt, indem die Dauer der Arbeitslosigkeit zum Kriterium eines verschärften Leistungsabbaus wird. Hier werden die Falltüren in die Armut endgültig wieder geöffnet. Hier werden die "Wohlfahrtserwerbslosen", wie das früher hieß, wieder Realität.

Indem die fortgesetzten Kürzungen von Arbeitslosengeld und -hilfe die Leistungen immer stärker dem Niveau der Sozialhilfe annähern, geht für die Betroffenen der statussichernde Charakter der Lohnersatzleistung verloren. Erwerbslosigkeit wird dadurch immer mehr

(Kreutz [GRÜNE])

- (A) als unmittelbare Deklassierung in den Status der Armut erfahren, wo die Sozialhilfeberechtigten ohnehin schon sind.

Zugleich wird mit der Demontage der Sozialhilfe, mit der Preisgabe eines krisenfesten Existenzminimums - wie wir ja wissen: auch durch die SPD - die Armut vertieft. Das von Kohl wiederentdeckte Abschieben von Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden, das mit der Befristung der Arbeitslosenhilfe zum System erhoben werden soll, führte schon im späten Weimar zum Zusammenbruch vieler Kommunalhaushalte. Die der Nazidiktatur vorausgehende, wie es damals hieß, "Diktatur der leeren Kassen" hat damals die Erosion demokratischer Verhältnisse beschleunigt. In erschreckender Weise, meine Damen und Herren, profiliert sich Kohl immer mehr nicht als Enkel Adenauers, sondern als Urenkel Brünnings.

Widerstand gegen die Befristung der Arbeitslosenhilfe ist eigentlich Bürgerpflicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erleben diese Diskussion nun schon in der zweiten Runde. Wie kommt es, daß nicht schon beim erstenmal ein Aufschrei der Empörung durch die Republik ging, daß wenigstens nicht jetzt das Vorhaben, dem Sozialstaat diesen Schuß unter die Wasserlinie zu verpassen, zu Proteststreiks in Betrieben und Verwaltungen führt? Das wären doch Reaktionen, die der Dimension der Bedrohung, mit der wir es hier zu tun haben, angemessen wären.

(B)

Wie schon der berühmte Frosch im Topf, der nicht herauspringt, bis er gekocht wird, wenn man die Hitze ganz langsam erhöht, so ist unsere Gesellschaft seit über 12 Jahren an soziale Demontage gewöhnt worden. Wer gar das verschlissene, löchrige alte soziale Netz durch ein neues, dichteres ersetzen wollte, dem haben stets auch die Sozialdemokraten erklärt, daß das leider ganz und gar utopische Träumerei sei. Nur allzu oft und allzu bereitwillig hat die stärkste Oppositionspartei sich den vermeintlichen Sachzwängen gebeugt, mit denen die Koalition von Kapital und Kabinett in Bonn ihren Verteilungskampf gegen die Schwachen bemächtelt.

Die CDU hat ja mit ihrer thematisch verfehlten Entscheidung, die der Ablenkung und Desorientierung der Bürgerinnen dienen soll und die wir selbstverständlich ablehnen, in einem Punkt nicht unrecht: Natürlich hat sich auch die sozialdemokratische Alleinregierung Nordrhein-Westfalens genauso wie alle anderen am

Verschiebepark der Lasten und Kosten von oben nach unten auf die Kommunen und auf die Bürgerinnen beteiligt. Ich will das keineswegs auf die gleiche Stufe stellen wie die Bonner Machenschaften, aber das ist natürlich auch Teil der Wahrheit. (C)

Man schimpft zu Recht - das sagen wir auch - auf den Bund, geht dabei aber immer von der Gewißheit der eigenen Niederlage aus und konzentriert sich in der Praxis auf den normalen Vollzug der Krise. Zwischen der richtigen Feststellung, daß das Land nicht reparieren kann, was der Bund kaputt macht, und der von Herrn Rau verantworteten Politik klaffen noch weite Räume. Ich erinnere an all unsere konkreten Vorschläge, die finanziellen Spielräume für vorrangige soziale und ökologische Aufgaben und auch zur Verbesserung der Gemeindefinanzierung zu schaffen. Ich nenne nur einmal die Kürzung beim Straßenneubau und bei den Unternehmenssubventionen oder den Abbau des Vollzugsdefizits bei der Unternehmensbesteuerung. Das wurde alles von der SPD-Mehrheit immer wieder abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wenn schon die Schutzmacht der kleinen Leute so mutlos ist, was soll man dann von den kleinen Leuten selbst erwarten? Sehen Sie sich doch einmal an, wohin uns das alles gebracht hat. Was ist zum Beispiel aus manchen unserer ehemals selbstbewußten Gewerkschaften geworden, die heute mit hängenden Ohren ihrer Mitgliedschaft Verzicht predigen und sich deshalb vor Belobigungen aus dem Kreis der Kohlschen Wirtschaftsklientel kaum noch retten können? (D)

Als der Vorsitzende der IG-Metall im Sommer vorgeschlagen hat, zur Verringerung der Kluft zwischen arm und reich eine Gerechtigkeitsabgabe auf Produktivvermögen einzuführen, warf ihm ein Kommentator in der "Rheinischen Post" eine - so wörtlich - gefährliche Nähe zu marxistischem PDS-Gedankengut vor. So weit sind wir schon gekommen. Das hat nicht nur mit der Rote-Socken-Kampagne von Kohl zu tun, sondern auch damit, daß der Kollege Scharping nicht müde wird, jeden Gedanken an eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation öffentlicher Haushalte als utopischen Unsinn abzutun. Wenn sich das Szenario der politischen Alternativen zu fast 90 % darin erschöpft, daß die einen das große Geld bedienen und die anderen davor warnen, ihm zu nahe zu treten, was sollen die Menschen da noch hoffen?

Um noch einmal das Bild des armen Frosches im Topf zu bemühen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihr Antrag zeigt, daß Sie jetzt die Hitze merken

(Kreutz [GRÜNE])

(A) und zucken. Aber werden Sie auch springen? Gibt es in der SPD endlich die Bereitschaft, eine gesellschaftliche Bewegung der Gegenwehr anzustoßen und zu fördern, wie sich das ja immerhin in der Unterstützung des kommunalen Protestmarsches nach Bonn andeutet? Sie könnten das, wenn Sie wollten. Wir wollen hier nicht darüber spekulieren, ob Sie das machen werden oder nicht, sondern wir werden das natürlich an den nachfolgenden Taten messen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Die Realitäten vergessen Sie!)

- Ich träume einfach einmal laut, Herr Kollege Mernizka. Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, daß der angekündigte Marsch nach Bonn nicht nur tatsächlich stattfindet - das ist noch gar nicht klar -, sondern daß auch Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Initiativen und Jugendverbände aktiv in die Mobilisierung miteinbezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kreutz, ich darf Sie einmal unterbrechen: Möchten Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Lindlar zulassen?

(B) Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen und zum Ende kommen.

(Zuruf von der CDU: Er hat die ganze Zeit keinen Zusammenhang mehr!)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, daß sich vor Ort in den Städten und Gemeinden Bündnisse der Gege- wehr zusammenfinden, in denen zusammenwächst, was heute zusammengehört, nämlich die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die sich den Grundwerten von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit über die Grenzen von Parteien und Organisationen hinweg verpflichtet fühlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, daß das mehr wird als ein kurzes Auflodern, daß wir keine Ruhe geben, bis dieser kriminelle Plan von Kohl endlich vom Tisch ist.

(Unruhe bei der CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, damit diese (C) Aktion ein unübersehbares Signal wird, daß sich das Volk seinen Sozialstaat nicht widerstandlos kapputtma- chen läßt und daß die bleierne Zeit in Deutschland dem Ende entgegengeht,

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Sind Sie eigentlich Demokrat?)

im Kampf gegen die Befristung der Arbeitslosenhilfe, den wir hoffentlich, ausgehend von der heutigen Dis- kussion, gemeinsam mit der Fraktion der SPD und den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten draußen im Lande führen können.

(Zuruf von der CDU: Wem erzählen Sie das eigentlich?)

Dabei bleibt natürlich die Frage nach den positiven Perspektiven für Erwerbslose und insbesondere für Langzeiterwerbslose weiter offen. Wir werden dann zu konkretisieren haben, was die richtige Folgerung "Fi- nanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit" praktisch bedeutet.

(Zuruf von der CDU: Wer soll das machen?)

Am Montag hat mir ein Mitglied der SPD-Bundestags- fraktion noch einmal bestätigt, daß sich mit Ihrem Re- formvorschlag - Stichwort "ASFG" -, dessen Ziele wir (D) ja teilen, nur dann Wesentliches bewegen läßt, wenn Scharpings Festlegung auf die aufkommensneutrale Steuerreform zu den Akten kommt.

Es gibt keine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Nulltarif. Begreifen auch Sie bitte die Sozialpflichtigkeit des Eigentums endlich als politischen Handlungsauf- trag. Da steht dann auch die Frage der sozialen Grund- sicherung, die als Mindestsockel auch in die Arbeits- losenversicherung eingebaut werden soll und die nicht nur den Betroffenen einen verläßlichen Existenzsiche- rungsboden zurückgeben würde, sondern die auch zu- gleich die Kommunen von den Kosten der Armutslast befreien könnte.

Fragen wie diese werden natürlich nur dann beantwort- bar, wenn wir gemeinsam an einem gesellschaftlichen Aufbruch für solidarisch-ökologische Reformpolitik arbeiten. Lassen Sie uns endlich im Kampf gegen die Befristung der Arbeitslosenhilfe damit beginnen, meine Damen und Herren! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (A) **Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile das Wort Herrn Finanzminister Schleußer.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Antrag der CDU gibt es eine Reihe mehr oder weniger konkreter finanzwirksamer Forderungen zur Pflegeversicherung, zu ÖPNV-Regionalisierung, zur Kostenerstattung für Asylbewerber und anderes mehr. Nur, Sie wissen wie ich, daß es Haushaltsverhandlungen und Gesetze gibt, die zu beraten sind. Dann werden wir bei der Gesetzes- und bei der Haushaltsberatung feststellen, was die CDU will und wie sie es zu konkretisieren vorhat.

Politisch interessanter ist Ziffer 1, in der es darum geht, was Herr Linssen und der Bundesarbeitsminister als Presseerklärung an den Ministerpräsidenten geschrieben haben. Daran wird deutlich, daß es, statt sich die Interessen der Gemeinden und Städte in Nordrhein-Westfalen zu eigen zu machen, wie beispielsweise die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion gegen den Bund zu protestieren und seine Absichten zu unterlaufen, hier nur darum geht, Verteidigungslinien zu finden, wie Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden umgeleitet werden kann.

- (B) Ihr Antrag ist ein einziger Versuch, dies zu untermauern und die Bundesregierung zu entlasten. Es ist wirklich ein Musterbeispiel dafür, wie es an unseriöser Argumentation kaum noch zu überbieten ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist wirklich ausschließlich parteiinteressengeleitete Argumentation.

Wissen Sie, hier wird häufig über PDS und SED in den letzten Wochen geredet. Ich weiß nicht, welche Gründe es dafür gibt, aber ich kenne eine Partei, die zu ihrem entscheidenden Slogan gemacht hatte: "Die Partei, die Partei hat immer, immer recht." Das war die SED. Ich habe es noch von keiner anderen demokratischen Partei gehört. - Nun gibt es ein Hauptargument bei der CDU, das "Kürzung im kommunalen Finanzausgleich" heißt. Es ist richtig, daß zwischen 1982 und 1986, also vor 12 bzw. 8 Jahren, der Verbundsatz in Nordrhein-Westfalen zurückgeführt worden ist.

Nordrhein-Westfalen hat in einer Situation, in der es dem Land besser ging als dem Durchschnitt der anderen Länder, nämlich weit oberhalb des Durchschnitts, die Leistungen aufgestockt - weit über das hinaus, was die letzte CDU-Regierung den Kommunen zugestanden

hatte. Wir mußten es zurückführen; wir haben es sogar zu spät zurückgeführt, nämlich erst dann, als wir wieder den Normalstand der Steuereinnahmen und der Steuerkraft erreicht haben.

(C)

Aber noch heute gilt, daß Nordrhein-Westfalen mit einem Verbundsatz von 23 % mit Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zur Spitzengruppe gehört, daß man zusätzlich zu Baden-Württemberg anmerken muß, daß ein sogenannter interkommunaler Ausgleich da ist, der die tatsächliche Nettoquote an die Kommunen deutlich nach unten senkt.

Und ich halte dann fest: 8 Jahre, 12 Jahre ist es her. Das Defizit der nordrhein-westfälischen Gemeinden lag 1989, also drei Jahre nach dem letzten Eingriff, bei insgesamt 250 Millionen DM. Es ist eben unstrittig vorgetragen worden - das steht auch in Ihrem Antrag -, daß es 4,2 Milliarden DM heute sind. Das ist doch ein gewichtiger Unterschied. Wenn Sie die Zeitfolge sehen, ist es wohl kaum damit in Zusammenhang zu bringen, daß wir den Verbundsatz dem Durchschnitt der übrigen Länder anpassen mußten und angepaßt haben.

(Beifall bei der SPD)

Auch Herr Britz hat sich mit der Behauptung hervorgetan, das Land schulde den Gemeinden noch 400 Millionen DM. Das ist richtig; das haben wir auch nie bestritten. Die Landesregierung hatte den Nachtrag Anfang Juni eingebracht - und das müssen wir aufgrund der Gesetzeslage, aufgrund der Rechtsprechung -, in dem diese 400 Millionen DM zu finanzieren sind. Ist es eigentlich der Landesregierung anzulasten, daß dieser Nachtrag erst im September verabschieden werden konnte? Haben wir das nicht wiederholt in den Ausschüssen erörtert, worauf das zurückzuführen war? Mir wäre es sehr lieb gewesen, wir hätten diesen Nachtrag vor der Sommerpause verabschieden können und damit auch den Gemeinden diese 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Minister Schleußer: Natürlich!)

- Bitte, Herr Ruppert.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Minister, Sie haben eben von den Kürzungen des Verbundsatzes bis 1986 gesprochen. Wollen Sie denn bestreiten, daß es

(Ruppert [F.D.P.])

- (A) darüber hinaus noch weitere Kürzungen der Verbundgrundlagen auch nach 1986 gegeben hat und daß es mehrfach - siehe Kindergartengesetz, siehe Asylbewerberleistungsgesetz - neue zusätzliche Belastungen für die Kommunen durch das Land gegeben hat?

Finanzminister Schleußer: Herr Kollege Ruppert, das war laut genug, daß ich es verstehen konnte, aber es war in einer Reihe von Positionen deswegen längst nicht richtig.

Richtiger Fakt ist - dazu werde ich gleich noch kommen, wenn es darum geht, wie es eigentlich zwischen Bundesregierung und Landesregierung aussieht; das ist ja der entscheidende Antrag, um den es hier geht -: Sie haben gesagt, daß Sie im Prinzip mithalten können. Mich beeindruckt ein wenig, daß Sie eben in Ihrem Diskussionsbeitrag von der Finanzierung des Kindergartenplatzes geredet haben und jetzt schon wieder. Sie müssen sich doch nur die Haushalte dieser Legislaturperiode ansehen.

Für Kindertagesstätten standen im Landeshaushalt 1990 Investitionen und Betriebsausgaben von 690 Millionen DM. Mit dem Haushalt, den ich Ihnen am 1. September vorgelegt habe, waren diese Landesausgaben auf 1,65 Milliarden DM angestiegen. Diese mehr als Verdoppelung der Landesleistung für Kindertagesstättenplätze basiert auf einem Bundesgesetz, welches Sie mitgetragen haben. Und das soll die Kürzung sein, die das Land bei den Gemeinden vornimmt? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(B)

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Ruppert [F.D.P.]

Zurück zum Asyl! Wir wollen künftig eine Pauschale gewähren. Sie sagen, diese sei überhaupt nicht ausreichend. Bei Pauschalen ist es so, daß auf der einen Seite vielleicht Mängel entstehen, während andere mehr als befriedigt sind. Aber ich glaube, wir haben eine Lösung gefunden, Herr Ruppert: Wuppertal kann spitz abrechnen, muß dann allerdings in Kauf nehmen, daß diese Spitzabrechnung bürokratisch schwieriger ist als eine Pauschale und man warten muß, bis diese Spitzabrechnung kontrolliert worden ist. Das ist nun einmal so üblich. Wir wollten den Weg der Pauschale gehen, weil es der einfachere ist.

Daß wir für besonders belastete Kommunen Ausgleichsregelungen schaffen, daß wir zusätzliche Mittel bereitgestellt haben, um zu gewährleisten, daß die in Notzeiten erfolgten, überkauften Anmietungen frühzeitig

beendet werden können, dafür gibt es in nordrhein-westfälischen Gemeinden eine Reihe von Beispielen, die ich Ihnen gerne nennen kann. (C)

Was mich besonders beeindruckt hat, ist der Vorwurf, das Land finanziere Bürgerkriegsflüchtlinge unzureichend. - Herr Ruppert, es gab betreffend die sogenannten Kontingentflüchtlinge eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, sich zu 50 % an den Kosten zu beteiligen. Das ist für das Land von Beginn an unstrittig gewesen. Wir halten diese Vereinbarung so ein, wie es festgelegt worden ist. Nur: Es blieb nicht bei den wenigen, den zehntausend Bürgerkriegsflüchtlingen. Und das Land, das in keiner besseren finanziellen Situation ist als der Bund - ich könnte Ihnen zur Finanzierung der deutschen Einheit einiges sagen, wenn Sie nur bereit wären, ein bißchen von den Fakten anzunehmen -, wird, wie Sie auch dem Haushaltsplanentwurf 1995 entnehmen können, seinen Anteil für die Bürgerkriegsflüchtlinge tragen - für die Gemeinden tragen. Aber ich glaube doch nicht, daß Sie dem Land zumuten wollen, das, was der Bund verweigert, auch noch aus der Landeskasse aufzubringen. Damit wenden Sie sich doch bitte an den Bund.

(Zustimmung bei der SPD)

Es kommt von Ihnen darüber hinaus die Behauptung, die Gemeinden seien zu stark an den Kosten der deutschen Einheit beteiligt. - Es ist aber nicht irgend etwas Geheimes, was im Bundesrat ausgehandelt wurde. Vielmehr hat eine breite Diskussion aller Länder, der kommunalen Spitzenorganisationen und des Bundes stattgefunden. Es war unstrittig, daß die Gemeinden entsprechend ihrer Steuerkraft an den Leistungen zur Einheit zu beteiligen sind. Dies war einmütig aller Meinung. (D)

Nur: Die Steuerkraft in den Ländern ist unterschiedlich. Bundesgesetzlich festgelegt worden ist lediglich ein Rahmen; die sogenannte Feinabstimmung ist innerhalb der Länder vorzunehmen. Unzweifelhaft ist das Verhältnis Steuerkraft Gemeinden/Land in Nordrhein-Westfalen 44 : 56

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Gewesen!)

- immer noch, wenn Sie sich an den konkreten Zahlen orientieren würden. Wir werden der Geschichte noch einmal nachgehen, wenn denn die Steuerschätzung vom November vorliegt. Das geschieht alles noch während der laufenden Haushaltsplanverhandlungen. Deshalb betone ich: Es ist eine korrekte Zahl.

(Minister Schleußer)

- (A) Nun hält uns die CDU in ihrem Antrag vor, in Bayern sei das alles ganz anders. Dort würden die Gemeinden nur mit 38 % beteiligt. - Es ist völlig klar: Bei dem bayerischen Verbundsatz von 11,54 % ist die Steuerkraft der Kommunen in Bayern deutlich niedriger als in Nordrhein-Westfalen. Und es ist daher nur zu korrekt, daß dort nur ein 38- und kein 44-Prozent-Anteil genommen wird.

Herr Ruppert, ich kann Sie auch darüber hinaus noch beruhigen: Das waren die Rechtspositionen, aber die tatsächliche Beteiligung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen an den Kosten der deutschen Einheit lag noch nie bei 44 %. Der höchste Anteil der Beteiligung der Gemeinden, der in Nordrhein-Westfalen je erreicht worden ist, waren ebenfalls in 1994 38 %. 1991 waren es trotz des gleichen Rechtszustandes nur 24 %. Meine Bitte lautet immer wieder: Orientieren Sie sich doch an den Fakten und nicht an Ihren vorbelasteten Überlegungen.

(Zustimmung bei der SPD)

Demjenigen, der so mit dem, was es an Belastungen für die Gemeinden gibt, umgeht, kann ich nur - das wissen Sie aus den Haushaltsplanberatungen - empfehlen, sich einmal die Zahlen, die die Bundesregierung veröffentlicht, anzuschauen und sich ihnen zu nähern. Es ist schon beeindruckend, was der Bundesfinanzminister in seinen eigenen Nachrichten über die Auswirkungen der bundespolitischen Maßnahmen auf die Kommunen in den alten Ländern festhält. Der Bund kommt entgegen der von Ihnen behaupteten Milliarden zusätzlicher Leistungen für die Gemeinden, kommt im Gegensatz zu Ihrer Propagandabehauptung, zu dem Ergebnis, daß die Gemeinden in den alten Ländern eine Statusverbesserung von etwa 839 Millionen DM - also nicht einmal einer Milliarde DM - verzeichnen können. Und wenn man diese Rechnung untersucht, stellt man fest, daß da immer noch der Zinsabschlag als eine wichtige Einnahme vermerkt wird.

- (B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? - Wollen Sie noch eine Zwischenfrage zulassen?

(Minister Schleußer: Gerne.)

Kollege Kreutz, bitte schön!

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)*: Herr Kollege Schleußer, können wir aus dem Umstand, daß zur Fra-

- (C) ge der Befristung der Arbeitslosenhilfe der Finanzminister des Landes und nicht der Sozialminister spricht, schließen, daß sich für die Landesregierung dieses Thema in erster Linie als finanzpolitisches und erst nachrangig als arbeits- und sozialpolitisches Thema darstellt?

Finanzminister Schleußer: Kollege Kreutz, ich darf Ihnen zur Kenntnis geben, daß ich zur Zeit in Innenminister vertrete. Aber das ist kein Problem, weil ich mit dem Innenminister keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber habe, daß eine solche Verschiebung von Leistungen auf die Kommunen nichts mit Konsolidierung von Haushalten zu tun hat,

(Zustimmung bei der SPD)

sondern ausschließlich Entlastung einer Ebene und Belastung einer anderen Ebene ist. Der Sachverständigenrat hat schon eindeutig dazu gesagt, daß das wirklich nichts mit Konsolidierung und sparsamer Haushaltsführung zu tun hat.

(Zuruf des Abgeordneten Kreutz [GRÜNE])

- (D) Insoweit gibt es keine unterschiedlichen Positionen. Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Landesregierung, und deswegen ist es völlig gleich, wer die Position der Landesregierung hier vorträgt.

Ich möchte noch festhalten, daß der Bundesfinanzminister gegenüber den Gemeinden festgestellt hat - Kollege Kreutz, vielleicht ist das eine Lösung für Sie; ich halte das für zynisch -: "Statt in fetten Jahren Vorsorge für magere Jahre zu treffen, haben manche Gemeinden sich teure Prestigeobjekte geleistet, für deren Kosten sie jetzt aufkommen müssen." Wer so etwas sagt, hat keine Ahnung davon, wie die Finanzpolitik in den Gemeinden aussieht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Wilmbusse für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Britz hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, daß wir alle sparen müssen. Die Gemeinden müßten sparen, das Land müsse sparen, und der Bund müsse sparen. Er hat recht,

(Wilmbusse [SPD])

- (A) wenn er das sagt, nur - und darum geht es ja -: Wie machen wir das denn?

Wogegen sich die Gemeinden wehren, ist doch, daß der Bund dadurch spart, daß er in die Gemeindekassen greift. Das ist kein Sparen, und das ist vor allen Dingen unsolidarisch. Dagegen wehren sich die Gemeinden. Um gar nichts anderes geht es. Es geht nicht um eine Kampagne, Herr Britz und Herr Ruppert haben das ja hier suggeriert. Wenn morgen die Bundesregierung sagt, daß sie von diesem Versuch, sich auf Kosten der Gemeindekassen zu sanieren, Abstand nimmt, dann gibt es auch diese Kritik nicht mehr.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist doch erst wenige Wochen her, daß wir im Rahmen des GFG debattiert haben. Damals habe ich Sie aufgefordert, sich ohne Wenn und Aber solidarisch zu erklären und sich gegen dieses Ansinnen des Bundes zu wehren. Ich habe darauf hingewiesen, daß es dafür gute Beispiele gibt. Ich habe daran erinnert, daß damals bei der Frage der Abschaffung der Lohnsummensteuer Sozialdemokraten gegen die seinerzeit sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zu Felde gezogen sind. Ich habe Sie aufgefordert, sich solidarisch zu erklären und mit den Städten und Gemeinden gemeinsam zu protestieren.

- (B) Ich habe Ihnen weiter gesagt: Wenn Sie das nicht tun, wird Ihnen dieses Thema über den 16. Oktober hinaus wie Mühlsteine an den Beinen hängen. Nun sind wir schon soweit: Sie erklären sich nämlich nicht solidarisch. Sie ziehen nicht gegen diese Absicht der Bundesregierung zu Felde, sondern Sie suchen Ausflüchte. Sie versuchen zu fliehen und sich aus diesem Strudel zu lösen, indem Sie nun ein Seil in die Hand nehmen, das so löcherig und brüchig ist, wie man es sich schlimmer gar nicht vorstellen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn was ist das denn, was Sie hier heute morgen vortragen haben? Es sind doch alles nur Ausflüchte. Der Finanzminister hat ja eben schon auf einiges hingewiesen.

Wenn ich Ihren Entschließungsantrag einmal durchgehe, stelle ich fest: Als erstes kommt natürlich der alte Hut mit der Absenkung des Verbundbetrages. Wir sind uns - mit "uns" meine ich jetzt die Kommunalpolitiker - doch schon lange darüber einig, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit den 28,5 % überdurchschnittlich gefördert hat. Wir haben ausrechnen lassen, was

die Gemeinden vom Land bekommen hätten, wenn wir den Durchschnittssatz genommen hätten, insbesondere den Verbundsatz, den CDU-geführte Landesregierungen den Städten und Gemeinden zugestimmt haben. Das ist hier ausgerechnet worden: 20 Milliarden DM hätten die Städte und Gemeinden weniger erhalten. (C)

Aber sei's drum, da wird hin und her gerechnet - das sind doch Steine statt Brot, die wir den Städten und Gemeinden da geben.

(Beifall bei der SPD)

Entlarvend ist doch folgendes: Zu Beginn Ihres Antrages beklagen Sie das, aber die Konsequenz daraus müßte ja nachher bei Ihren konkreten Anträgen zu finden sein. Doch da finde ich sie nicht. Wo bleibt denn Ihr Antrag, den Verbundsatz von 23 % zu erhöhen? Sie stellen diesen Antrag zum GFG wahrscheinlich nicht, Sie haben ihn zu den letzten Gemeindefinanzierungsgesetzen nicht gestellt, und Sie stellen ihn in diesem Antrag auch nicht. Und die kommunalen Spitzenverbände, meistens ja unverdächtige Zeugen, stellen solche Anträge auch nicht, weil alle wissen, daß ein solches Verhältnis bei der Aufteilung des Verbundbetrages nicht angemessen wäre

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

und nicht der vom Verfassungsgericht bestätigten solidarischen Verteilung der Gelder zwischen Land und Gemeinden entspräche. (D)

Meine Damen und Herren, ich brauche zu den anderen Bereichen nichts zu sagen, die Sie angesprochen haben: Asylkosten, Pflegekosten.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Wilmbusse, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Kreutz zulassen?

(Abgeordneter Wilmbusse [SPD]: Immer!)

Bitte schön.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)*: Herr Kollege Wilmbusse, Sie haben ja im Rahmen der kommunalen Familie einen guten und gewichtigen Namen. Dasselbe gilt auch für den Abgeordnetenkollegen Dr. Burger aus Köln. Können Sie hier vor dem Landtagsplenum zusagen, daß Sie für Ihre Person - möglicherweise auch zusammen mit dem Kollegen Burger - in der nächsten

(Kreutz [GRÜNE])

- (A) Zeit das in Ihren Kräften Stehende tun werden, um sicherzustellen, daß es den gemeinsamen kommunalen Protestmarsch nach Bonn gibt?

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Dieser kommunale Protestmarsch ist ja keine Erfindung der Sozialdemokraten, sondern, soweit ich weiß, eine Absicht der kommunalen Spitzenverbände, in denen ja auch prominente CDU-Vertreter sitzen. Ich brauche gar nicht erst auf Herrn Rommel abzuheben. Ich weiß, daß der Deutsche Städtetag das, was er sich vornimmt, meistens auch durchführt.

Aber lassen Sie mich noch etwas zu dem Antrag der CDU sagen. Ihn muß man sich ja in manchen Teilen auf der Zunge zergehen lassen:

Unbeobachtet von der Öffentlichkeit hat die Landesregierung im Bundesrat eine Beteiligung der Kommunen an den einigungsbedingten Lasten durchgesetzt.

Als hätten da seitens des Bundes lauter Laien gegessen! Da saßen Herr Kohl und Herr Waigel. Meinen Sie, die hätten nicht gemerkt, wie die Gelder aufgeteilt werden sollten? Das ist ja lächerlich.

- (B) Und dann das mit den 44 % und den 38 %! Der Finanzminister hat es eben schon gesagt: Weil die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine höhere Steuerkraft haben, sind es bei uns 44 % und nicht wie in Bayern nur 38 %.

Wenn ich dann die Behauptung sehe, wir belasteten die Kommunen mit 44 %: Wenn Sie sich nur etwas sachkundig gemacht hätten, dann wüßten Sie, daß statt der 44 % Nordrhein-Westfalen 1991 24,9 %, 1992 37 %, 1993 34 % und 1994 38 % auf die Kommunen verlagert hat. Nein, meine Damen und Herren, das ist alles überhaupt nichts!

Das Schönste sind ja die Anträge hinten:

... sich für konsequente Sparsamkeit auf allen politischen Ebenen einzusetzen und die Kommunen bei ihren Bemühungen um eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung zu unterstützen...

Ja, wie ist das denn? Da sagt einer: Ich klaue euch jetzt das Geld. Und wir sagen dann den Städten und Gemeinden: Nun seid mal schön sparsam, damit ihr auch

nicht in Verlegenheit kommt, wenn euch der Bund in die Taschen greift!? Oder wie soll ich das verstehen? (C)

(Beifall bei der SPD)

Oder:

... bei der Diskussion im Bundesrat um eine Änderung des AFG alternative Sparvorschläge vorzulegen...

Was ist das denn? Der Bund erklärt expressis verbis: Ich nehme den Städten und Gemeinden etwas weg. - Jetzt müssen wir schnell hingehen und sagen: Lieber Bund, tu das doch nicht, mach doch lieber dieses oder jenes!? Ich dachte, der Waigel sei ein so großer Sparminister, der käme schon selbst darauf.

Meine Damen und Herren, wenn ich das alles zusammenfasse, dann bleibt nur eins übrig: Sie kündigen den Städten und Gemeinden die Solidarität auf. Den Städten und Gemeinden geht es zugegebenerweise schlecht, und ihnen soll es im Zuge der Verlagerung der Lasten vom Bund auf die Städte und Gemeinden noch schlechter gehen. Sie stellen hier Parteidisziplin gegenüber der Bundesregierung ganz eindeutig höher als Ihr Interesse für die Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der SPD)

CDU und F.D.P. haben aufgehört, sich Sachwalter der Städte und Gemeinden nennen zu können. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Ruppert für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wilmbusse und vorher der Finanzminister des Landes haben wieder die bekannten Zahlen nach dem Motto vorgetragen: Ich glaube nur der Statistik, die ich selber gefälscht habe.

(Zuruf des Ministers Schleußer - Zurufe von der SPD)

- Jeder macht sich seine Zahlen so zurecht, wie er will.

(Zurufe von der SPD)

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) Aber eines können Sie doch nicht bestreiten, Herr Kollege Wilmbusse und Herr Minister Schleußer: Die Finanzausstattung der Gemeinden ist durch das Land systematisch zurückgefahren worden in einer Zeit, in der die Belastung der Gemeinden systematisch gewachsen ist, auch durch Gesetze des Landes.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Ministers Schleußer)

Aber ich will mich auf diesen unfruchtbaren Streit gar nicht weiter einlassen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie haben ihn verloren! - Lachen und weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Wilmbusse hat eben an unsere Solidarität appelliert und versucht, uns weiszumachen, es ginge ja nur darum - selbstverständlich abseits jeden Wahlkampfes -, die Solidarität der Städte und der Kommunalpolitiker gegenüber Bonn zu formieren, um Wahlkampf ginge es überhaupt nicht. "Westfalenpost" vom 20. September:

SPD-Wahlkampf mit "Zeitung am Sonntag"
Kampagnemotto: Kohl bringt Städte in Not.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Mit einer landesweiten Plakataktion unter dem Motto "Kohl bringt unsere Städte in Not" eröffnet die NRW-SPD die heiße Phase im Kommunalwahlkampf.

(Zurufe von der SPD: Das ist die Wahrheit! - Beifall bei der SPD)

Dabei soll den Bürgern deutlich gemacht werden, daß es auch aufgrund der Abwälzung der Sozialhilfekosten auf die Gemeinden ans Eingemachte gehe und weitere Schließungen von Bädern - -

Und dann kommt die ganze Litanei!

(Beifall bei der SPD)

Und da wollen Sie uns weismachen, es ginge Ihnen nicht um Wahlkampf, sondern es ginge Ihnen nur um die wertfreie Darstellung der Fakten?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Es geht um die Wahrheit!)

- (C) - Wenn es Ihnen um die Wahrheit ginge, dann hätten Sie hier wenigstens aus dem Thesenpapier der zehn größten Städte in Nordrhein-Westfalen zitiert, wo es nämlich nicht heißt: "Der Bund ist schuld", sondern wo es heißt:

Diese negativ sich verstärkende Finanznotlage - geringere gemeindliche Steuereinnahmen, höhere Gebühren und Entgelte, zunehmende Zahl der Transfereinkommensbezieher, steigende Pflegekosten über die Sozialhilfe - wird durch die Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes und Landes noch beschleunigt.

Und Landes! Nur: Über das Land haben Sie heute nichts gesagt und auch nichts geschrieben.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Ruppert, ich muß Sie einmal unterbrechen.

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Ich komme zum Schluß.)

- Nein, nein, darum geht es gar nicht. Herr Kollege Wilmbusse wollte noch etwas fragen.

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Ich möchte darauf verzichten, weil meine Redezeit zu Ende ist. - Lachen bei der SPD - Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Wenn der Präsident gestattet, ...)

- Ja, warum denn nicht?

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: ... daß mir das nicht angerechnet wird, daß ich das noch beantworten kann und dann auch zu meinem Schlußsatz komme, dann, Herr Kollege Wilmbusse, sind Sie mir willkommen.)

Bitte schön also!

Abgeordneter Wilmbusse (SPD): Herr Kollege Ruppert, ohne Wenn und Aber: Unterstützen Sie die Städte und Gemeinden bei ihrem Kampf gegen dieses Ansinnen der Bundesregierung, ja oder nein?

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Das habe ich vor 14 Tagen gesagt, das habe ich heute gesagt. Ich weiß gar nicht, warum Sie mich das immer fragen.

(D)

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) (Zurufe von der SPD: Ja oder nein? - Was haben Sie gesagt? - Sowohl als auch! - Weitere Zurufe von der SPD - Heiterkeit)

Wenn Sie hier - wie der Kollege Kreutz - zum Marsch nach Bonn aufrufen und ich dann sehe, wie breit bei den beiden Fraktionen von SPD und GRÜNEN das Interesse an diesem Thema hier im Plenum ist, und wenn Sie nur mit soviel Leuten den Marsch auf Bonn beginnen wollen, dann bleiben Sie besser gleich in Düsseldorf und kümmern sich um die Probleme hier. - Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Minister Müntefering das Wort.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Müntefering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will eine kurze Anmerkung zu der Sache mit der Statistik machen, die Herr Ruppert angesprochen hat. Erstens ist die Unterstellung, daß da etwas gefälscht sei, natürlich eine Unverschämtheit gegenüber dem Ministerkollegen Schleußer.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Zweitens will ich Sie daran erinnern: Mir ist kürzlich ein solcher Falle aufgefallen. Da hat sich der Herr Kinkel gemeldet; Sie kennen ihn ja. Nachdem er zum sechsten Mal - und da war die Statistik eindeutig - herausgefallen war, hat er gesagt, sie wären auf ganz gutem Wege. Das ist eine Situation, wo man sich trotz Statistik belügt.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Ja, das ist so.

Ich habe mich gemeldet, weil ich in der Tat noch ein Wort zu der Betroffenheit der Menschen, um die es geht, sagen wollte. Alle Fraktionen haben es angesprochen, die F.D.P. nicht. Ich will auch das deutlich machen. Dieser Vorschlag richtet sich nicht nur gegen die Kommunen. Er wird die Strukturen unseres Sozialstaates verändern.

(Beifall bei der SPD)

(C) Hier wird nämlich, meine Damen und Herren, versucht, Menschen herauszukegeln, die in eine Versicherung eingezahlt haben. Bisher geht das bei uns im Lande so, daß die, die Arbeit haben, denen helfen, die arbeitslos sind. Wenn die neue Melodie heißt: wer zwei Jahre Arbeitslosenhilfe bekommt, der fliegt raus - dann richtet sich das nicht nur gegen die Gemeinden, sondern es wird unseren Sozialstaat verändern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das bedeutet, daß Menschen aussortiert werden sollen. Deshalb richte ich den Vorwurf an die, die das in Bonn betreiben, im besonderen an die CDU/CSU. Sie könnten das verhindern.

Sie spielen mit der Sorge und der Existenznot der Menschen. Ihr Landesvorsitzender Blüm hat noch die Spitze daraufgesetzt. Als der Ministerpräsident ihm geschrieben und gesagt hat: "Das kann ja wohl nicht sein, was ihr da vorhabt", hat er geantwortet, man könne ja darüber sprechen, wenn denn die Länder bereit seien, dem Bund die 4 Milliarden DM zu geben. Dann brauche man das alles nicht zu machen.

Die Antwort, die darauf zu geben ist, kann nur sein: Sie sollten sich zu schäbig sein, die Arbeitnehmer noch als Geiseln für solche Sachen zu nehmen, und endlich diesen Vorschlag beerdigen.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der F.D.P.)

An der Stelle muß man deutlich sein. Was Sie da versuchen, ist, den Sozialstaat zu verändern.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Ehrlich bleiben!)

Sie versuchen den Menschen - das sind 20 % derer, die in der Arbeitslosenstatistik sind, in Nordrhein-Westfalen 155 000 und bundesweit nach der offiziellen Statistik etwa 700 000, die darunterfallen - mitzuteilen: Ihr seid nicht mehr arbeitslos, sondern ihr werdet nicht mehr gebraucht. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb - auch deshalb - streiten wir gegen diesen Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

- (A) **Vizepräsident Dr. Klose:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, so daß ich die Beratung schließen kann.

Wir haben in direkter Abstimmung nach § 88 der Geschäftsordnung erstens über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/7747 abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion der F.D.P. so angenommen worden.

Wir haben zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/7799 abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt worden.

Ich komme zu Punkt 3 der Tagesordnung:

- (B) **Neue Unternehmenskultur für kleine und mittlere Betriebe**

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/7755

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich als mittelständischer Unternehmer mit Unternehmenskollegen aus den verschiedensten Branchen - aus dem Handwerk, dem Ingenieurbereich, dem Architekturbereich - unterhalte, so stellen wir immer wieder gemeinsam fest: Keiner von diesen Gesprächspartnern hat den Eindruck, in seinen unternehmenspolitischen Sorgen und Problemen von der Landesregierung ernstgenommen zu werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns darüber gar nicht zu wundern. Wenn ich mir die großen wirtschaftspolitischen Debatten - und zwar im Zusammen-

hang mit Regierungserklärungen - in diesem Hause in den letzten neun Jahren ansehe, muß ich nüchtern feststellen, daß es immer nur um das Wohl und Wehe der Montanwirtschaft und der Montan Großkonzerne ging.

Wenn sich die Opposition in diesen Debatten dafür eingesetzt hat, daß auch die Sorgen und Probleme der kleinen und mittleren Unternehmen zur Sprache kommen, mußten wir feststellen, daß unsere Anträge abgelehnt wurden. Sie wurden unterlaufen. Vielfach hat man sie einfach belächelt.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Berechtigt!)

Wenn wir wissen - auch die Fachleute in diesem Hause wissen es -, daß es eben die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Lande - und nur diese - sind, die einen strukturellen Wandel herbeiführen können, Herr Minister, dann muß ich Sie fragen, wie ernst Sie eigentlich die Lage dieser Unternehmen sehen.

Ich will das Land Nordrhein-Westfalen nicht schlech-treden. Das hat das Land nicht verdient. Das wäre auch nicht ehrlich.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das schaffen Sie auch nicht!)

Herr Minister, die Zahlen können Sie doch nur bestätigen. Der Prozentsatz der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz in Nordrhein-Westfalen beträgt 46 %. Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele, auch Flächenländer: In Niedersachsen sind es 56 %, in Bayern 55 %. Wenn Sie diese Zahlen zur Kenntnis nehmen würden, wenn der Minister das in seinem Kopf verarbeiten würde, müßte er doch wirklich zu dem Schluß kommen, hier den Hebel anzusetzen.

Dann ist es nicht mit dem getan, was jetzt wieder passiert: daß in einer Presseerklärung stolz über 200 Millionen DM im nächsten Jahr mehr für kleine und mittlere Unternehmen berichtet wird.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Wir begrüßen diese zusätzliche Förderung durchaus. Aber, Herr Minister, Sie vergessen doch dabei hinzuzufügen, daß der Ansatz gegenüber 1993 noch immer um 360 Millionen DM geringer ist. Das verschweigen Sie.

(Tschoeeltsch [F.D.P.])

- (A) Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um das Geld, sondern viel wichtiger ist - und das fordern wir in unserem Antrag - die Förderung einer neuen Unternehmenskultur. Diese muß die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für die Modernisierung des Landes und die Gewinnung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze herausstellen, pflegen und unterstützen.

Es gibt Möglichkeiten auch für die Landesregierung, in diesem Sinne tätig zu werden. Ich will einmal das Beispiel der Schulbücher heranziehen. Schulbücher von heute prägen die Einstellung der Menschen von morgen. Wenn ich mir die nordrhein-westfälischen Schulbücher und ihre sozial- und wirtschaftskundlichen Inhalte ansehe, muß ich feststellen, daß noch immer das Bild eines Arbeitnehmers aus der Vorkriegszeit, so möchte ich sagen, auftaucht, und auch der Arbeitgeber wird in dieser Karikatur noch als der Herr mit dem Zylinder und der dicken Zigarre dargestellt. Meine Damen und Herren, es graust einem wirklich!

Ich habe hier ein Schulbuch mitgebracht: "Politik - ein Arbeitsbuch für den Politikunterricht", das im Augenblick in nordrhein-westfälischen Schulen benutzt wird. Darin schreibt man ab Seite 184 unter dem Kapitel VI "Arbeit und Kapital" auf fast 25 Seiten über den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Den mag es ja an manchen Stellen noch geben. Aber das geschieht hier in einer derart einseitigen Darstellung: Da wird nur über Streik und Aussperrung gesprochen. Das ist überwiegend Material der IG Metall, das hier abgedruckt wird, das ist aus der Zeitung der IG Metall. Es wird nichts anderes getan, als diesen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu vertiefen - und das in Schulbüchern! Darin steht kein Wort von der neuen Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die wir doch in modernen Betrieben gerade des Mittelstandes haben!

(B)

(Zustimmung der Abgeordneten Woldering [CDU])

Das ist das Schlimme, was in diesem Lande passiert: daß man alte Konflikte einfach fortschreibt, weil man meint, das täte einem gut, und dabei völlig vergißt, wie sich die Situation verändert hat.

Ich kann alle - auch in diesem Hause - nur auffordern, sich das anzusehen, was in unseren Schulbüchern steht. Das ist nicht mehr die Wirklichkeit; das sind Situationen, wie wir sie vor Jahrzehnten hatten, die wir erfreulicherweise überwunden haben.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Beispiel dafür, warum wir sagen: Wir müssen zu einer neuen Unter-

nehmenskultur kommen. Dazu müssen wir von der Politik unseren Beitrag leisten. (C)

Es ist schade: Die Redezeit fliegt davon. Ich hätte noch so viel zu sagen!

Es gibt ja, Herr Minister, zwei Kronzeugen, die sich ganz kritisch mit der Position der Landesregierung auseinandersetzen. Ich verweise einmal auf das Institut für angewandte Innovationsforschung, Herrn Professor Dr. Staudt, der in dem kürzlich vorgestellten Gutachten Ausführungen dazu gemacht hat. Ich will nur einmal zwei oder drei Sätze daraus vorlesen:

Für die Arbeitnehmer aus kleinen und mittleren Unternehmen gab es meist keine Sozialpläne. Hier kam es nicht zu kraftvollen Demonstrationen. Hier blieb der Druck der Gewerkschaften auf Politik und öffentliche Meinung weitgehend aus. Hier war der Handlungszwang für Regierungen und Parteien folglich gering.

Alles Originalzitat!

Die Konsequenz ist ein in seinen Dimensionen kaum erträgliches und in seinen möglichen Folgen höchst beunruhigendes Zweiklassensystem der Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir als Opposition das sagen, werden wir ja immer dargestellt, als wenn wir hier Wahlkampf führen wollten. Nein, das ist ein Gutachten, mit dem Sie, Herr Minister, sich einmal auseinandersetzen sollten. (D)

Jetzt nenne ich Ihnen den zweiten Kronzeugen. Ich hoffe ja, daß Sie den wenigstens ernst nehmen. Ich will zunächst das Zitat bringen:

So mußten in den vergangenen Jahren insbesondere neue Ausrichtungen für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen gefunden werden.

Und jetzt, Herr Minister, passen Sie auf; es folgt die Fortsetzung des Zitats:

Dabei ist die Multiplikatorwirkung dieser Unternehmen in der Vergangenheit oft zugunsten der Förderung von Großunternehmen vernachlässigt worden.

Wissen Sie, wer das gesagt hat? Es ist Ihr Staatssekretär, Herr Krebs. Er wird in dieser Untersuchung zitiert, die ich eben vorgestellt habe. Wenn also schon der Staatssekretär zubilligt, daß in der Vergangenheit die

(Tschöeltsch [F.D.P.])

- (A) Schwerpunktsetzung in der Wirtschaftspolitik falsch war, dann fordere ich die Landesregierung jetzt auf - es ist nie zu spät! -, einen Kurswechsel vorzunehmen, aber bitte nicht nur mit Schlagworten. Stellen Sie sich wirklich einmal den Problemen, die ich hier aufgrund der kurzen Redezeit nur habe anschnitten können.

Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber dieses Landes, beide, müssen erwarten, daß Sie andere Akzente setzen. Das würde der Wirtschaftskraft dieses Landes guttun, und zwar Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir bitten deshalb um einen Kurswechsel und eine andere Schwerpunktsetzung in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Minister Schwier: Herr Tschöeltsch, können Sie mir das Buch eben einmal leihen! - Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.] übergibt dem Minister das Buch.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Frau Kollegin Schmid für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

- (B) Abgeordnete Schmid (Kierspe) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Tschöeltsch, Sie haben vorhin erwähnt, daß Ihre Anträge oftmals abgelehnt worden seien - und zwar deshalb, so denke ich, weil sie an der Realität vorbeigehen, ähnlich wie das mit diesem Antrag der Fall ist und wie Sie das in Ihrer Begründung dargestellt haben.

Was mich besonders bestürzt, ist, daß Sie wieder eine Zweiklassenpolitik in den Raum stellen und verkennen, was die Wirtschaftspolitik dieses Landes in den letzten Jahren vollbracht hat. Sie weigern sich erneut, zur Kenntnis zu nehmen, daß in Nordrhein-Westfalen schon lange und intensiv eine Politik für kleine und mittlere Unternehmen gemacht wird.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Mir stellt sich, wenn Sie Unternehmer zitieren, die Frage, mit welchen Unternehmern Sie eigentlich sprechen. Meine Kollegen und ich haben da andere Erfahrungen.

Doch nicht alles, was in dem F.D.P.-Antrag steht, ist falsch. Richtig ist, daß die Rezession ihren Tiefpunkt überwunden hat und die konjunkturellen Aussichten sich aufhellen. Doch für Hunderttausende von Menschen sind die Sorgen um den Arbeitsplatz und die

Folgen von Arbeitslosigkeit nach wie vor erdrückend. Um hier jedoch die Verantwortung nicht zu verwechseln: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt zualterererst Aufgabe der Bundesregierung. Die Koalition von CDU und F.D.P. in Bonn hat die höchste Arbeitslosigkeit der Bundesrepublik seit ihrer Gründung zu verantworten. (C)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Twenhöven [CDU])

- Auch das. Aber, wie gesagt, die wirtschaftlichen Probleme wären auch anders zu lösen gewesen, mit etwas mehr Bedacht und mit etwas mehr Kooperation zwischen allen Parteien. Sie wissen, was die Sozialdemokraten angeboten hatten.

Die Menschen unseres Landes haben das erkannt. Doch die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen genauso, daß die SPD-Landesregierung alles daransetzt, den Strukturwandel in allen Regionen des Landes zu vollziehen. Wir werden nicht darüber streiten, daß den mittelständischen Unternehmen eine Schlüsselrolle beim Strukturwandel zukommt. 510 000 Klein- und Mittelunternehmen beschäftigen rund 3,7 Millionen Arbeitnehmer. Sie stellen 80 % der Arbeitsplätze, erwirtschaften 50 % der Bruttowertschöpfung und tätigen 40 % der Investitionen. Sie bieten die überwiegende Mehrzahl der Arbeitsplätze und sichern die wohnortnahe Versorgung der Menschen. Es bedarf keiner Belehrung durch die F.D.P., daß diese kleinen und mittleren Unternehmen dem Wettbewerb und der strukturellen Veränderung neue Impulse geben. (D)

Durch die mittelständischen Unternehmen hat sich auch die Struktur der Arbeitsplätze gewandelt. Obwohl in den letzten zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen 215 000 Arbeitsplätze wegfielen - vor allen Dingen im Bergbau, beim Stahl und in der Textilindustrie -, wurden gleichzeitig 800 000 neue Arbeitsplätze hinzugewonnen, im Saldo also etwa 600 000 mehr. Und ich darf hier einmal auf das verweisen, was Herr Kollege Skorzak am 10. März 1993 in einer Plenardebatte feststellte, daß in seiner Region in den letzten 20 Jahren 20 000 Arbeitsplätze im Textilbereich weggefallen seien, daß die Strukturkrise in seinem Bereich bewältigt sei, daß das heimische Potential aufgeholt habe und daß es mehr Beschäftigte als je zuvor gebe. Sie können ganz sicher sein, wir in Nordrhein-Westfalen haben Erfahrung beim Umbau einer traditionellen Industriegesellschaft.

Die SPD ist dankbar für die Unterstützung und Kooperation, die wir von Arbeitgebern und Gewerkschaften

(Schmid [Kierspe] [SPD])

(A) erfahren. An diese Erfahrungen wollen wir anknüpfen und durch Kooperation aller Verantwortlichen den erfolgreichen Weg weiter beschreiten.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD] und des Abgeordneten Schumacher [SPD])

Herr Kollege, Sie erwähnen in Ihrem Antrag auf Seite 2 - und Sie haben es soeben auch aufgeführt -, daß die mittelständische Wirtschaft nicht den entsprechenden Anteil am Bruttosozialprodukt habe. Ich denke, dabei haben Sie nicht berücksichtigt, daß 46 der größten Firmen der Bundesrepublik ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, allein zehn Handelshäuser, und daß das auch die Auswirkungen auf entsprechende Quoten bringt.

Des weiteren finde ich es bedrückend, wie Sie Arbeitnehmer verunglimpfen, die sich in Weiterbildung befinden, die aus dem Bereich Kohle und Stahl kommen, und das hier so darstellen, als wollten die keinen anderen Arbeitsplatz in der mittelständischen Wirtschaft. Die weitgehende Übernahme der mit Prüfungen abgeschlossenen Qualifizierungsmaßnahmen beweist, daß auch das ein erfolgreiches Konzept ist.

(B) Seite 3! Sie ziehen wiederum wie schon früher eine Studie von Herrn Prof. Staudt heran. Wir wissen, daß Herr Prof. Staudt dafür bekannt ist, provozierende Äußerungen in die Welt zu setzen. Sie sagen, es sei eine neuere Studie. Allerdings beschreibt sie einen Zustand, der der gegenwärtigen Situation wohl nicht mehr angemessen ist.

Weiter haben Sie in Ihrem mündlichen Redebeitrag zitiert; es wäre gut gewesen, wenn Sie das auch entsprechend kenntlich gemacht hätten.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Bitte?)

- Diese Seite 3 ist ja eine Verwischung von Zitat und Darstellung; das meine ich jetzt. Aber ich kann Ihnen das gern noch erläutern.

Wenn Sie von Sozialplänen und ihren Auswirkungen sprechen, so gibt es die auch im mittelständischen Bereich. Und Sozialpläne sind kaufkraftstabilisierend für umliegende Betriebe.

Vollkommen an den Haaren herbeigezogen finde ich allerdings Ihre Art, wie Sie fordern, daß der Staat Einfluß auf die Struktur und das Geschriebene in Schulbüchern nimmt.

(Minister Schwier gibt dem Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.] das soeben ausgeliehene Buch zurück.) (C)

- Wenn die Beratung zu Ende ist, könnte ich vielleicht fortsetzen. Es geht mir auch um dieses Thema. - Meine Gedanken zu dieser Art Schulbücher und Inhalte sind, daß Schulbuchverlage wohl auch mittelständische Unternehmen sind, mit Unternehmern, und daß ich eigentlich davon ausgehe, daß die kein verzerrtes Bild in die Welt setzen.

Was ich allerdings überhaupt nicht möchte, ist, daß die Politik Einfluß auf den Inhalt von Schulbüchern nimmt; denn das hatten wir schon. Und ich glaube, daß wir davon alle gemeinsam Abstand nehmen möchten.

Abschließend: Auch die neueste POLIS-Studie beweist, daß die Bevölkerung - und dazu gehören auch Unternehmer, mit denen Sie vielleicht gesprochen haben;

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

das finde ich auch gut - die Strukturpolitik des Landes wahrnimmt, daß die positiven Auswirkungen erkannt werden und daß die Bürgerinnen und Bürger davon profitieren.

Noch ein letztes Beispiel: Sie kennen aus dem heimischen Raum die Standortsicherung der Automobilzulieferer. Sie kennen die Verbundinitiative. In diesem Beirat sind führende Vertreter des sauerländischen Raums. Ich zitiere die "Lüdenscheider Nachrichten" vom 14.01.1994: (D)

Die Sprecher der Zulieferer erklärten in der Sitzung die Bereitschaft der Branche, neue Wege der Wettbewerbssicherung zu gehen. Sie würdigten den Vorstoß der Landesregierung, für die Staatssekretär Krebs die Bedeutung von Kooperation und Verbundprojekten herausstellte.

Das ist im Gang. Das wollen wir fortführen. Wir brauchen keine weiteren Belehrungen und bitten um direkte Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kollorz.

(A) **Abgeordneter Kollorz (CDU)*:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Wir werden dem Antrag der F.D.P. zustimmen. Hierbei möchte ich jedoch nicht verhehlen, daß beim Durchlesen des Antrages durchaus der Eindruck entstehen kann, daß der Antragsteller über die Begründung des Antrages und nach der Situationsschilderung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen versehentlich die Forderungen an die Landesregierung vergessen hat.

So ist der dreieinhalbseitige Vorspann eine kurze und prägnante Zusammenfassung der seit zwei Jahren geführten Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Nordrhein-Westfalen aus der Sicht der F.D.P..

Meine Damen und Herren, zu dieser dreieinhalbseitigen Begründung will ich nur ein paar kurze Anmerkungen machen: Das, was im Antrag der F.D.P. unter I steht, muß wohl durch den Hinweis ergänzt werden, daß nicht erst seit der vierten Rezession der Anteil der Arbeitslosen - insbesondere der Dauerarbeitslosen - bestehen bleibt oder sogar ansteigt, sondern wir haben dieses Phänomen schon in den vorangegangenen drei Krisen gehabt.

(B) Das Zweite bezieht sich auf Ziffer III. Ich glaube, Herr Tschoeltsch, es macht keinen Sinn - das gilt für die gesamte F.D.P. -, dieses Thema unter dem Gesichtspunkt zu diskutieren: Hier ist die Großindustrie, hier ist das Handwerk und hier ist der Mittelstand. - Mit Großindustrie meinen Sie - wenn man noch etwas näher hinhört und hinschaut - im Grunde genommen nicht die Großindustrie an sich, sondern Sie schwenken auf die Montanindustrie.

Ich glaube, man tut beiden Bereichen keinen großen Gefallen, wenn man versucht, den einen gegen den anderen auszuspielen, weil es im Grunde genommen keinem hilft.

Meine dritte Bemerkung bezieht sich auf Ihre Ausführungen zu den Schulbüchern. Inhaltlich will ich mich nicht einmischen, nur wenn man Ihren Ansatz der Sozialpartnerschaftsdarstellung in den Schulbüchern, für den ich sehr bin - nicht nur aus der Sicht der CDU, sondern auch aus anderer Sicht - wirklich Rechnung tragen will, sind natürlich Formulierungen wie "Schutzwälle", die die Montanmitbestimmung darstellt, nicht unbedingt hilfreich.

(Beifall des Abgeordneten Sommerfeld [SPD])

(C) Man muß sich dann schon ein bißchen erklären und sagen, was man will. Sie werden natürlich bei den Anhängern des Sozialpartnerschaftsgedankens weniger Freunde finden, wenn Sie gleichzeitig auch durch die Hintertür noch ein bißchen weitergehen oder sogar noch mehr als ein bißchen weiter.

Wir haben im Wirtschaftsausschuß ein paarmal darüber diskutiert, wie es um die Frage der Aus- und Weiterbildung bestellt ist, auch in den klassischen Montanbereichen. Es besteht doch überhaupt kein Zweifel daran, daß sowohl Kohle und Stahl als auch andere Bereiche hohe Verdienste bei der Aus- und Fortbildung erworben haben. Ich kann mich an viele Schreiben auch führender F.D.P.-Abgeordneter und -Minister erinnern, die geradezu dazu aufgefordert haben, in diesem Bereich nicht nur das fortzusetzen, was sie getan haben, sondern sogar noch eine Schippe draufzulegen. Ich wäre schon ein bißchen vorsichtiger damit, das jetzt im Grunde genommen zu beklagen.

(D) Meine Damen und Herren, es wäre schön gewesen, wenn man das, was Herr Tschoeltsch beklagt hat, nämlich daß er noch so viel zu sagen hätte, aber das nicht könne, durch den eigenen Ansatz der F.D.P. nicht konterkariert hätte. Denn nach meiner Information - sollte das anders sein, berichtige ich mich - haben Sie im Grunde genommen auf direkte Abstimmung gedrängt. Wenn wir ein bißchen Zeit gehabt hätten, darüber im Ausschuß zu beraten und das vielleicht auch - das wäre die zweite Überlegung, die ich gar nicht weiter vertiefen will - über den 16. Oktober hinaus, wäre das der Sache möglicherweise noch dienlicher gewesen als jetzt, wo man das nur in wenigen Minuten austragen kann.

(Abgeordneter Hombach [SPD]: Das sehe ich auch so!)

Meine Damen und Herren, deshalb wäre es sinnvoll, wenn man unabhängig vom Abschluß dieses Punktes heute sich dieses Thema trotzdem für die nächsten Diskussionen und Debatten vornimmt, weil in diesem Thema mehr drinsteckt als nur die Frage der Behandlung von Handwerk und Mittelstand, sicherlich auch mehr als nur die Frage, wie Arbeit und deren Vertretung in unseren Schulbüchern dargestellt werden. Insoweit wären wir sehr daran interessiert, wenn man diese Diskussion fortsetzen würde, und zwar nicht unter dem Gesichtspunkt nur von schwarz und weiß, sondern ein bißchen detaillierter auf die Dinge eingehend.

Insoweit sind wir bereit, die Diskussion fortzusetzen. Noch einmal: Wir werden dem Antrag der F.D.P. zu-

(Kollorz [CDU])

- (A) stimmen, allerdings mit den vielen Einschränkungen, die ich zur Begründung des Antrages gemacht habe. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tschoeltsch, vielleicht wäre es gut gewesen, wenn Sie das in den Antrag geschrieben hätten, was Sie hier alles nicht ausführen konnten. Das hätte dem Antrag möglicherweise mehr Qualität gegeben. So kann ich nur sagen: Sie haben eingefordert, daß keine Schlagwörter verwendet werden sollen; aber in Ihrem Antrag stehen nur Schlagwörter.

Ich teile das grundlegende Anliegen, daß für kleine und mittelständische Unternehmen mehr getan werden muß und daß die Fixierung der Wirtschaftspolitik auf Großunternehmen zurückgedrängt werden muß. Ich glaube, aber dazu muß man sich mehr Gedanken machen als in diesem Antrag stehen.

- (B) Ich habe den Eindruck, auch weil Sie jetzt auf direkter Abstimmung bestehen, daß es Ihnen darum geht: F.D.P. für kleine mittelständische Unternehmen, alle anderen dagegen. Das ist wahrscheinlich die Meldung, die Sie gerne hätten. Die Sache ist aber komplizierter.

Ich gehe einmal den Antrag durch. In Kapitel I geht es darum, daß Sie erstaunlicherweise anerkennen, daß trotz des wirtschaftlichen Aufschwunges die Probleme am Arbeitsmarkt bleiben. Das ist unsere Position schon seit Jahren. Sie behaupten immer, daß man mit Wachstum die Arbeitsmarktprobleme lösen könne. Ich bin erstaunt, nehme es aber erfreut zur Kenntnis.

In II heißt es: "Wir brauchen eine neue Unternehmenskultur". Da habe ich mich sofort gefragt: Was ist das?

(Abgeordneter Kollorz [CDU]: Sind Sie nicht auch der Meinung, daß man Wachstum braucht?)

Was ist eine neue Unternehmenskultur? Leider, Herr Tschoeltsch, bin ich durch den Antrag auch nicht schlauer geworden, weil darin nichts über Unternehmenskultur steht. Da steht nur, welche Bedeutung klei-

ne und mittelständische Unternehmen haben. Dem kann man zustimmen. Da steht, daß es zu wenig Selbständige, zu wenig Unternehmer gebe. Das ist mir in der Pauschalität - es gibt auch zu wenig Ärzte, zu wenig Lehrer oder zu wenig anderes - zu allgemein.

(C)

Dann heißt es, daß die entscheidende Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen anerkannt werden soll. "Außerdem gilt es, das Unternehmerbild als positiv für die Entwicklung unseres Landes herauszustellen, damit mehr Menschen bereit sind, unternehmerisch tätig zu werden."

Jetzt unterstelle ich einmal: Vielleicht sind ja mehr Menschen bereit, unternehmerisch tätig zu werden, wenn sie das nötige Geld hätten. Wenn Sie denen auch noch das nötige Geld zur Verfügung stellen könnten, könnte man über diesen Punkt ernsthaft reden. Ich weiß auch nicht, ob Sie das neue Unternehmerbild vielleicht mit dem Buch "Nieten in Nadelstreifen" verbinden.

Herr Tschoeltsch, ich möchte Sie da direkt ansprechen: Sie verlangen hier ein neues Unternehmerbild. Dieses neue Unternehmerbild hat sich in der Presse bereits gefunden als "Nieten in Nadelstreifen" - und das mit guten Gründen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Unverschämtheit!)

Ich glaube nicht, daß Sie das gemeint haben.

(D)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist billige Polemik!)

- Ja, ja, ich weiß. Wenn man aber ein neues Unternehmerbild einfordert, muß man ein wenig präzisieren, worin das denn bestehen soll, sonst könnte man sich Mißverständnissen aussetzen.

Ich komme zu III: Da wechselt der Antrag ständig zwischen Indikativ und Konjunktiv, anders gesagt, zwischen dem Text der F.D.P. und einem Zitat, wahrscheinlich von Herrn Professor Staudt, den Sie hier als Vorzeigewissenschaftler nennen.

Einmal heißt es: "Ein geordneter Übergang zu neuen Strukturen werde blockiert." Dann heißt es: "... gab es meist keine Sozialpläne." Dann heißt es wieder: "... seien die Mitarbeiter ...". Mir ist nicht ganz klar: Ist das Ihre Feststellung, Ihre politische Position, oder haben Sie das bei Herrn Staudt abgeschrieben, oder ist beides identisch? Das wäre für die politische Einordnung einmal interessant.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) In IV geht es um die Schulbücher. Mir ist das nicht ganz klargeworden. Da steht nur, daß die Rolle des Unternehmers falsch gezeichnet wird. Ich habe schon gesagt, daß das mißverständlich ist: In welcher Richtung falsch gezeichnet?

Aus Ihrem Beitrag ist mir deutlicher geworden, worum es Ihnen geht: Sie wollen nämlich ein harmonistisches Bild dieser Wirtschaft zeichnen. Sie wollen sagen: Es ist alles gerecht, Arbeitnehmer und Arbeitgeber Hand in Hand. Die Leine wird dann versteckt, an der vielleicht die Arbeitnehmer geführt werden. Alles in Ordnung.

Die Schulbücher zeichnen vielleicht mehr Realität, als Sie wahrhaben wollen. Es gibt nämlich Streik und Aussperrung. Es gibt Macht und weniger Macht. Es gibt hier Gewerkschaften, die an Macht verloren haben, und Arbeitgeberverbände, die an Macht gewonnen haben. Das, was Sie vorschlagen, heißt für mich letztendlich Zensur. Das können wir doch nicht wollen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das darf nicht wahr sein!)

Sie haben ein Zerrbild der Realität im Kopf. Dieses Zerrbild möchten Sie gerne in die Schulbücher übertragen. Das werden wir hoffentlich verhindern können.

- (B) In Punkt V steht erstens - er ist sehr knapp ausgefallen, alle anderen Punkte sind recht weitschweifig, aber dieser Punkt, der die Forderungen benennt, faßt sich kurz -, daß die Landesregierung in ihrer Wirtschaftspolitik endlich auf die kleinen und mittleren Betriebe eingehen soll. Das würde ich unterstützen. Herr Einert, Sie werden dazu sicherlich ein paar Anmerkungen machen. Ich hätte gerne noch gewußt, in welcher Weise das passiert.

Dann steht zweitens darin, "dies im Haushalt umzusetzen". Wahrscheinlich soll das "mehr Geld" heißen. Woher das kommen soll, was Sie weniger und was Sie mehr machen wollen - das wäre wirklich auch spannend.

Drittens steht darin: "... in den Schulbüchern ein wirklichkeitsnäheres Bild von Unternehmern und Arbeitnehmern zu zeichnen." Ich befürchte - das habe ich Ihnen schon gesagt -, jedenfalls wenn es das Bild der F.D.P. sein soll, daß es ein Zerrbild wird. Das lehnen wir ab. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Einert das Wort. (C)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die notwendige Zahl von Kalenderblättchen ist vom Kalender abgefallen, der Computer wurde in Bewegung gesetzt, ein alter Baustein wieder hervorgeholt und zum soundsovielten Mal derselbe Antrag noch nicht einmal mit veränderten Inhalten wieder hier eingebracht.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist Ihre Politik, Herr Minister!)

Das ist die Realität, um, wenn auch nur mit drei Zeilen, in die Zeitung zu kommen. Das reicht Ihnen wohl aus, denn Sie haben es ja auch nötig bei der politischen Bedeutung, die Ihre Partei im Laufe der letzten Monate erhalten hat.

Was den inhaltlichen Teil Ihrer tibetanischen Gebetsmühle angeht, die Sie da gedreht haben, so ist er mehr als dünn. Soweit Sie die Zahlen über die Bedeutung von kleinen und mittleren Unternehmen zusammengestellt haben, haben Sie richtig bei mir abgeschrieben. Das, was ich seit mehreren Jahren immer wieder in Veröffentlichungen und Diskussionen über die quantitative Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen in allen Bereichen vorgetragen habe, das haben Sie richtig abgeschrieben. Das ist überhaupt nicht im Streit zwischen allen Parteien. (D)

Dann haben Sie ein paar Bemerkungen zur Bewertung gemacht und angefangen zu zitieren. Ob Sie sich nun das Zitat zu eigen machen oder ob Sie es sozusagen nur als Voranstellung benutzen, ist die Frage. So, wie Sie zwischen eigener Meinung und Zitat Staudt hin- und hergewechselt haben, muß ich unterstellen, daß das Ihre eigene Meinung ist. Wenn Sie ein Zitat, ob von Staudt oder anderen, so zum Mittelpunkt nehmen, verkennen Sie die Struktur des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ich habe Ihren Staatssekretär zitiert!)

In diesem Ausmaß die Bedeutung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in absoluten Gegensatz zu Großunternehmen zu stellen ist eine völlige Verkennung der Vielfalt des Landes Nordrhein-Westfalen und damit auch der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes.

(A) **Präsidentin Friebe:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Beratung liegen nicht vor. Aber zur Abstimmung hat Herr Tschoeltsch noch einmal ums Wort gebeten. Bitte schön.

(Zuruf von der SPD: Er sagt jetzt: Wir ziehen unseren Antrag zurück! - Andere Zurufe von der SPD: Hoffentlich!)

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gab aus dem Hause die Anregung, daß es vielleicht doch sinnvoller wäre, zu überweisen und nicht direkt abzustimmen. Ich nehme diesen Vorschlag gerne auf und würde Überweisung an den Wirtschaftsausschuß vorschlagen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das kann doch nicht wahr sein! - Gegenruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das kam auch von der SPD!)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Antragstellers gehört. Entgegen der zunächst ausgedruckten direkten Abstimmung wird nunmehr die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen.

(B) Über diesen Überweisungsantrag lasse ich abstimmen, weil er ohnehin der weitergehende ist. Wer für die Überweisung des Antrags an den Wirtschaftsausschuß ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Gegen zwei Stimmen ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen ("Öffentliche Ordnung")

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6990

Beschlußempfehlung
des Ausschusses
für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7627 (Neudruck)

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Reinhard für die Fraktion der SPD das Wort. (C)

Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs habe ich für die SPD-Fraktion deutlich Stellung genommen. Bei den Beratungen im Innenausschuß haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben, die eine Revision unserer Position notwendig machen würde.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Anhörung im Innenausschuß vom Juni 1989 erinnern. Damals hat der Düsseldorfer Polizeipräsident Hans Liskan folgendes zu Protokoll gegeben:

Der Begriff der öffentlichen Ordnung im Polizeigesetz ist das Einfallstor zur polizeilichen Durchsetzung politischer Wertvorstellungen der jeweiligen Inhaber der Staatsmacht.

Für die SPD-Fraktion kann ich feststellen: Wir wollen ein derartiges Einfallstor nicht.

Sie geben in Ihrem Gesetzentwurf ja selbst zu, daß die jeweils herrschende Anschauung bestimme, was öffentliche Ordnung sei. Aber die Festlegung wichtiger und verbindlicher Gemeinschaftsgüter kann und darf doch wohl nicht einer wertenden Feststellung durch die Polizei überlassen sein. Im Gegenteil! Derartige Festlegungen bedürfen einer politischen Entscheidung. (D)

Die rechtsstaatlich gebotene Achtung der Meinungen auch von Minderheiten verbietet es, öffentliche Ordnung einfach auf seiten der Mehrheit zu suchen. Polizeiliches Einschreiten darf sich nicht an beliebigen Ordnungswerten einer herrschenden Anschauung orientieren, sondern an rechtlich fixierten Vorgaben. Dies ist die Aufgabe der Gesetzgebungsorgane.

Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Polizei, auftretende Regelungslücken durch eigene Wertungen auszufüllen. Wenn es dann Defizite gibt, müssen diese durch materiell-rechtliche Anpassungen rechtsstaatlich sauber aufgefangen werden. Rechtsstaatliche Erwägungen dürfen nicht populär und pragmatisch erscheinenden Lösungen weichen.

Zu den von Ihnen im Gesetzentwurf angeführten Beispielen von der Verherrlichung führender Personen der NS-Diktatur über aggressive Bettelei bis hin zur Kundenansammlung hat der Innenminister im Plenum be-

(Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD])

- (A) reits am 22. April 1994 Punkt für Punkt Stellung genommen. Ich erspare es mir daher, darauf einzugehen.

Fazit: Für alle Bereiche öffentlich-rechtlicher Regelungen gibt es Verbote und Gebote. Ein Verstoß hiergegen bedeutet immer auch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Ich stelle daher zusammenfassend fest:

Die Wiedereinführung des Begriffs der öffentlichen Ordnung in das Polizeigesetz sorgt nicht für eine Vereinfachung oder Klarstellung. Vielmehr wird unter Außerachtlassung der verfassungsrechtlichen Bedenken öffentlicher Druck auf die Polizei vor Ort weitergegeben. Der notwendigen Wahrnehmung gesetzgeberischer Kompetenzen wird dadurch nicht entsprochen. Konkret erkennbare Verbesserungen hinsichtlich dauerhafter Problemlösungen sind nicht zu erwarten, weil die Gesetzesinitiative der CDU einzig und allein populistisch und auf Öffentlichkeitswirkung ausgerichtet ist.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Genau! - Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Die SPD lehnt den Gesetzentwurf ab.

(Beifall und Zuruf bei der SPD: Mit Recht!)

- (B) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Meyers das Wort.

Abgeordneter Meyers (CDU)*: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem zur Debatte stehenden Antrag hat die CDU dargelegt, daß es 1990 ein Fehler war, das Schutzgut der öffentlichen Ordnung aus dem Polizeigesetz zu streichen.

Die Fraktion hat im Laufe der Beratungen gute und meines Erachtens überzeugende Gründe ausgeführt, wie im Antrag selbst. Es ist unter Beweis gestellt worden, daß es eben nicht ausreicht, ein Einschreiten der Polizei lediglich auf Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu beschränken. Große Teile der Bevölkerung und auch der Polizei spüren nämlich, daß neben dem aus bekannten Gründen ohnehin schon angeknacksten Sicherheitsgefühl bei den Bürgern ein weiteres Defizit entstanden ist, welches das Vertrauen in den Staat nicht unbedingt fördert und die Polizei demotiviert, da ihr die Hände gebunden sind und ihr bei zwingendem Handlungsbedarf die Zuschauerrolle zugewiesen wird.

(Abgeordnete Dedanwala [SPD]: Das wird nicht wahr, auch wenn Sie es noch so oft wiederholen!)

Der Antrag wurde leider, wie wir soeben schon gehört haben, abgelehnt. Wir bedauern das. Der Beitrag meines Vorredners hat wieder gezeigt, daß es im Laufe der Debatte an der notwendigen Offenheit gefehlt hat. Es wäre auch zu erwarten gewesen, daß der Herr Innenminister, wäre er anwesend

(Minister Clement: Er ist im Bundesrat!)

- ich kritisiere das ja nicht, ich stelle es nur fest -, noch eins draufsetzt.

(Zuruf der Ministerin Ridder-Melchers)

- Das ist ein Gefühl Ihrer persönlichen Empfindlichkeit, die ich nicht so nachvollziehen kann.

Der Innenminister hätte mit Sicherheit mit seiner Dekolleté-Philosophie, die er in seiner Rede zur ersten Lesung vorgetragen hat, noch eins draufgesattelt.

(Zurufe von der SPD)

- Ich kann Sie, falls Sie nicht anwesend waren, kurz erinnern: Er hat die öffentliche Ordnung als ein Chamäleon beschrieben, als einen Begriff, der nicht faßbar ist. Das weite Dekolleté war 1916 ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, 1926 nicht mehr, 1936 wiederum und 1946 nicht mehr; wobei mich der Wunsch des Ministers, daß es nun zur Freude aller nun auch so bleiben möge, nachhaltig beeindruckt hat.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Wie hätten Sie es denn gern? - Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Meine Damen und Herren, es ist natürlich eine Möglichkeit, den Begriff der öffentlichen Ordnung so darzustellen, daß man alle Werte und Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft in Frage stellt. Das führt so weit, daß letztlich nichts mehr übrigbleibt.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Richtig!)

Wir sind da anderer Auffassung. Wir haben eine andere Überzeugung, nämlich daß es in unserer Gesellschaft immanent und als konstante Größe eine von allen Beteiligten akzeptierte und für alle akzeptable Ordnungsvorstellung gibt, eine Ordnungsvorstellung, die das Streben nach friedlichem Miteinander in der Gesell-

(Meyers [CDU])

- (A) schaft und gegenseitiges Tolerieren für alle vom Grundsatz her für unentbehrlich hält.

Diese ungeschriebene Ordnung möchten die Bürger in unserem Lande gehütet wissen. Und die Menschen wünschen sich die Hilfe der Ordnungshüter, wenn diese Ordnung gestört wird. In anderen Ländern wird diese Hilfe der Ordnungshüter in einem solchen Fall durch das Gesetz garantiert.

Das trauen wir auch aus den oben genannten Gründen der Polizei zu, eben den Ordnungshütern, die sicherlich in der Lage sind, unter diesem Gesichtspunkt dann zu handeln, wenn es notwendig ist.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Die haben ja auch nichts zu tun, Herr Meyers!)

- Doch, das hat ganz wesentlich damit zu tun. Das ist das Grundsätzliche - da in Einzelheiten ja alles besprochen ist -, was uns bewegt hat.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Ich sage: Die haben sonst nichts zu tun!)

Wenn der Minister in seinem Schreiben zu diesem Tagesordnungspunkt formuliert: "Auch fragt es sich, wie die Polizei in dem von Arbeitsdichte und Hektik geprägten polizeilichen Alltag im Einzelfall erkennen will, daß eine bestimmte Wertvorstellung von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird und sie darüber hinaus zu den unerläßlichen Mindestanforderungen für ein gedeihliches Zusammenleben zählt", dann stellt er der Polizei, wenn er ihr dies nicht zutraut, ein Zeugnis aus, was wir so nicht stehenlassen können.

(B)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Meyers, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluß.

Abgeordneter Meyers (CDU)*: Wir glauben, daß die Polizei in der Lage ist, dem Wunsch der Bürger nach der Einhaltung der öffentlichen Ordnung Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

- Abgeordneter Wickel (F.D.P.)*:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Diskussionen heute und in den letzten Tagen - gestern sprachen wir über die Freiwillige Sicherheitswacht, gleich haben wir noch ein anderes Thema - zeigen doch, daß wir alle im Plenarsaal auf der Wegsuche erst einmal im Kreise rennen. (C)

(Zuruf von der SPD)

- Wir alle rennen im Kreise, verehrte Frau Kollegin. Wären Sie nicht so regierungstreu und unterstützten nur den Innenminister in seinen Vorstellungen, sondern brächten auch einmal eigene Ideen ein, könnten wir im Parlament vielleicht aus dem Kreislauf herauskommen.

Wir wissen doch, daß das Ansehen der Polizei beim Bürger immer noch gut ist. Wir haben die Bürger in diesem Staat über 40 Jahre erzogen, vom Staat etwas zu erwarten und zu bekommen.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Sie haben die Bürger erzogen!)

- Ach, Herr Appel, die schillernden Vögel lassen wir jetzt einmal außen vor und gehen einfach beim Thema weiter.

- Die Bürger haben festgestellt, daß es in den Städten zwar ein Ordnungsrecht gibt, dieses aber nicht wahrgenommen wird. Das ist auch menschlich nachvollziehbar. Wenn die Beamten des Ordnungsamtes nach dem Ordnungsrecht oder nach der Ortssatzung einschreiten sollen, fühlen sie sich in ihrer Rolle nicht wohl, weil sie eben keine Polizei sind. Deshalb vermeidet jede Stadtverwaltung, ihre Ordnungsbeamten im Rahmen der öffentlichen Ordnung in ihrer Stadt einzusetzen. Aus diesem Dilemma heraus - das hat einen Bezug zur Freiwilligen Sicherheitswacht - sieht der Bürger, daß sich in unseren Städten und Gemeinden etwas verändert; das macht ihn unruhig. Durch diese Freiheiten - sagen wir einmal so -, die wir eingeräumt haben, gibt es nicht weniger Negativerscheinungen und wird es nicht besser, sondern die Bürger stellen im Straßenbild fest, daß diejenigen, die die Leute anrempeln und die betrunken sind, immer jünger und immer mehr werden. Dieses Laissez-faire führt letztlich dazu, daß sich die Zustände nicht gebessert, sondern verschlechtert haben. (D)

(Beifall bei der CDU)

Man darf ruhig einmal sagen, daß die Städte hier versagen. Ich kann das menschlich verstehen, daß die Städte keinen A7- oder A8-Beamten des Ordnungsamtes als Hilfspolizei einsetzen. Weil das also so ist, sind diese

(Wickel [F.D.P.])

- (A) Zustände in den Städten latent vorhanden und hauen nicht mehr hin. Es sind Verhältnisse eingerissen, die Handlungsbedarf ergeben. So weit sind wir uns einig.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Wickel, möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Nein, ich habe ja nur noch drei Minuten Redezeit!)

- Ja, das weiß ich.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Der Landesinnenminister will natürlich diese öffentliche Ordnung nicht in den Polizeibereich übernehmen. Das kann man auch wieder verstehen, weil er sagt: "Mit meiner knappen Polizei soll ich das auch noch übernehmen. Was soll die Polizei im Lande überhaupt noch leisten?"

Auf der anderen Seite stehen aber unsere Bürger und sagen, hier müsse etwas passieren - aber es passiert nichts. Das wird wieder der gesamten Politik - da wird nicht nach Parteien unterschieden - angelastet. Es heißt dann: Die Brüder machen in ihren geheimen Sitzungen in Düsseldorf alle möglichen Problemfelder zu Diskussionspunkten, aber die Sorgen, die uns tatsächlich drücken, werden in dem Haus dort nicht besprochen.

- (B) Diese Sorgen sind aber in dem CDU-Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes zumindest angerissen. Aber letztlich führt auch dieser zu keiner Lösung. Wir wissen nämlich: Selbst wenn wir ihn annähmen, würden die Probleme nicht gelöst werden können, weil die Polizei nicht in der Lage ist, noch zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

Ich glaube deshalb, daß uns der gesamte Themenkreis - je nachdem, wie sich das vor Ort zuspitzt - hier weiterhin beschäftigen wird. Solange die Bürger diese Veränderungen negativer Art bemerken, solange werden sie gegenüber der Politik Forderungen erheben.

Der Gesetzentwurf bringt uns heute also nicht weiter, wie ich Ihnen erläutert habe. Wir bescheinigen den Kollegen der CDU-Fraktion aber, daß sie zumindest ansatzweise erkannt haben, was unsere Bürger draußen drückt - nicht, was wir politisch dazu meinen. Es bringt uns aber nicht weiter, diesen Antrag anzunehmen.

Wir sind ganz sicher, daß die Diskussion nicht aufhören, sondern hier weitergehen wird. Vielfach ist es ja in

- der Politik so, daß man erst auf den richtigen Zeitpunkt warten muß, bevor man gewisse politische Ideen umsetzen kann. (C)

Deshalb wird sich also die F.D.P.-Fraktion bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten. Sie kann sich enthalten, auch weil wir in Zukunft weiter darüber reden müssen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Appel das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wickel, wir werden die F.D.P. vermissen.

(Zuruf: Ja, das kann man wohl sagen!)

Unter dem Vorwand, gegen rechtsradikale Aufmärsche und Parolen wirksamer vorgehen zu wollen, schlägt die CDU per Gesetzentwurf vor, das Merkmal der öffentlichen Ordnung wieder in das Polizeigesetz aufzunehmen. Die Beamten dürften dann auch gegen Obdachlose, Drogenabhängige und andere unliebsame Erscheinungen unserer Innenstädte den Knüppel aus dem Sack holen. (D)

Der Begriff "Öffentliche Ordnung" diente schon in den fünfziger Jahren dazu, störende Farbtupfer im grauen Wirtschaftswunder auszugleichen. Konkubinat, homosexuelles Zusammenleben, die Teilnahme im Bikini an Prozessionen etc., kaum etwas nach Meinung einiger Leute Anstößiges, wozu nicht die Polizei einschreiten mußte und was vor dem Kadi landete.

Heute nehmen besonders die sich christlich Nennenden Anstoß, wenn beispielsweise auf der Kölner Domplatte Obdachlose mit einer Klagemauer über die sozialen Mißstände in diesem Land ihrem Herzen Luft machen bzw. Bürgerinnen und Bürger, die inzwischen aus aller Welt zur Domplatte kommen und ihre Sprüche gegen den Krieg, über die soziale Ungerechtigkeit an diese Klagemauer heften. Und all dies verstößt gegen die öffentliche Ordnung.

Ein großer Parfümkonzern hat sich in Köln dazu verstiegen - ich vermute, daß das wohl der CDU ein bißchen die Sinne vernebelt hat - zu fordern, daß Geschäft-

(Appel [GRÜNE])

- (A) te die Einkaufsstraßen komplett pachten dürfen, um das Hausrecht, wie sie es nennen, ausüben zu können, um dann mit dem Hebel "öffentliche Ordnung" sämtliche störenden Menschen von der Platte - im wahrsten Sinne des Wortes - zu putzen.

Wir meinen, lieber Herr Meyers, daß Ihr Gesetzentwurf der Versuch ist, das, was Ihre Partei insbesondere an geistig-moralischen Ansprüchen in diesem Land immer wieder vor sich her trägt, mit dem Hinterteil umzureißen bzw. zu zerstören.

Ihr Kanzler Kohl ist 1983 angetreten und hat gesagt: Wir schaffen die geistig-moralische Erneuerung. Und dann ist deutlich geworden, daß die geistig-moralische Erneuerung in erster Linie daraus besteht, daß zum Beispiel die Industrie mit großen Spenden in Bonn die Spendenlandschaft besorgt, daß also die großen Parteien käuflich werden. Das ist doch Ihre geistig-moralische Erneuerung.

Oder die Frage der Toleranz: Bei dem, was Sie, Herr Meyers, unter Toleranz verstehen, habe ich den Eindruck, daß es Ihrer Meinung nach Reichen und Armen gleichermaßen verboten sein soll, unter Brücken zu schlafen.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

- (B) Das ist Ihre Form von Toleranz. Wenn Sie das auch noch mit dem Polizeiknüppel durchsetzen wollen, dann kann ich nur sagen: Auch dieses ist im Prinzip eine Bankrotterklärung Ihrer gesamten Überzeugungskraft. Sie trauen sich ja nicht einmal mehr zu, das, was Sie hier als richtig hinstellen, den Leuten zu erzählen, damit sie es begreifen und dann auch tun.

Die Werte, von denen Sie uns eben erzählten, können Sie offensichtlich in dieser Gesellschaft überhaupt nicht durchsetzen, obwohl Sie seit zwölf Jahren an der Macht sind. Also brauchen Sie jetzt auch noch die Polizei dazu. Es muß doch irgendwie daran liegen, daß diese Werte überhaupt nicht real sind, daß die Werte, die Ihre Gesellschaft vermittelt, ganz andere sind. Es sind die, die man täglich im Werbefernsehen sehen kann. Sie reden auf der einen Seite, wie furchtbar es mit den Drogen ist, und seit Sie an der Regierung sind, fängt jedes Fußballspiel mit Werbung für Drogen, nämlich für Bier, an und hört auch noch damit auf. Und zwischendurch blenden Sie ein: "Keine Macht den Drogen!" - Das ist Ihre Verlogenheit, das sind Ihre Werte.

- (C) Oder: Sie sagen, wir wollen alle mitmenschlich und sozial sein, und Sie sorgen dafür, daß 2,5 Millionen Menschen in diesem Land eine Wohnung suchen und keine bekommen. Das sind Ihre Werte.

(Zurufe der Abgeordneten Lindlar und Meyers [CDU])

Wenn Sie meinen, mit dem Polizeiknüppel etwas in die Leute einprügeln zu können, mag das Ihre Meinung sein, aber es ist Gott sei Dank eine rechtlich unrichtige Meinung. Es ist auch eine Meinung, für die Sie keine politischen Mehrheiten finden. Wir begrüßen das. Deswegen stimmen wir der Beschlußempfehlung, Ihren Gesetzentwurf abzulehnen, mit großer Freude zu.

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: Ein Wasserprediger!)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Der Herr Innenminister nimmt heute an einer Bundsratsitzung teil. Er wird vertreten durch den Herrn Finanzminister. Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

- (D) Finanzminister Schleußer, in Vertretung des Innenministers: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erneute Anlauf der CDU-Fraktion - ich hatte schon die Unterstützung durch die F.D.P.-Fraktion befürchtet; es ist jetzt richtiggestellt, daß es nicht so ist -, das Polizeigesetz NRW zu ändern und den Begriff "Öffentliche Ordnung" wieder in das Gesetz einzufügen, soll die Reaktion des Gesetzgebers auf aktuelle Ereignisse der letzten Monate sein.

Nach meiner Auffassung handelt es sich um einen untauglichen Versuch, der auch durch Wiederholungen nicht besser wird. Seit der Novellierung des Polizeigesetzes NRW im Jahre 1990, bei der der Schutz der öffentlichen Ordnung vollständig den Ordnungsbehörden überlassen wurde, versucht die CDU-Fraktion krampfhaft nachzuweisen, daß eine Lücke im Bereich der Gefahrenabwehr entstanden ist.

Die antragstellende Fraktion hat allerdings kein Beispiel anführen können, daß dem so ist, woraus geschlossen werden kann, daß es sich um ein ideologisches Phänomen handelt. Daher ist es mir unmöglich, die mir zustehende Redezeit auszuschöpfen -

(Zustimmung bei der SPD)

(Minister Schleußer)

- (A) nicht, weil es zu dem Problem der inneren Sicherheit in diesem Lande nichts zu sagen gibt, sondern weil die Diskussion über die Zuständigkeit für die öffentliche Ordnung wirklich nichts mehr hergibt.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ausschuß für Innere Verwaltung empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 11/7627** (Neudruck), den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU abzulehnen. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - CDU. Enthaltungen? - F.D.P.-Fraktion. Meine Damen und Herren! Damit ist der Beschlußempfehlung gefolgt und der **Gesetzentwurf abgelehnt** worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Effizienzsteigerung bei der Kriminalitätsbekämpfung durch Vorbeugung und bessere Zusammenarbeit

(B)

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6996

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7630

Ich **eröffne die Beratung** und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Frechen für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Frechen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Solche Anträge, wie sie die F.D.P.-Fraktion gestellt hat, werden uns in Zukunft fehlen, wie zu befürchten steht, daß uns die F.D.P. in Zukunft fehlen wird.

Wer soll denn in Zukunft unsere Tagesordnung mit solchen Anträgen füllen, die zwar von der Substanz nichts hergeben, aber offensichtlich immer wieder gut

dafür sind, daß zwei oder drei Zeilen in der Presse erscheinen, ähnlich wie das vorhin bei dem Antrag "Neue Unternehmenskultur für kleinere und mittlere Betriebe" der Fall war.

(C)

Was wollte die F.D.P. eigentlich? - Am 22. April dieses Jahres haben wir uns im Plenum bereits darüber unterhalten. Auch der Kollege von der CDU-Fraktion, Herr Meyers, war ob der Zielrichtung dieses Antrages unsicher.

Ich darf kurz resümieren. Die F.D.P. sagt: Kriminalitätsprävention muß sein. - Darüber besteht Übereinstimmung.

Sie sagte, der diesbezügliche Erlaß des Innenministers - ich glaube, vom 18. August 1993 - ist gut. - Er wurde im Antrag der F.D.P. umfangreich abgedruckt, was allein zweieinhalb Seiten ausmachte.

Dann sagte sie: Es gibt eine Stellungnahme des Städtetages, und die finden wir bedenkenswert.

Damit war im Prinzip Schluß. Wir wußten gar nicht, was denn geschehen sollte.

Zwischenzeitlich auf diesen Mißstand hingewiesen, hat die F.D.P. im Ausschuß eine bahnbrechende Idee vorgebracht. Sie sagte: Es gibt doch diese Polizeibeiräte.

(D)

(Abgeordneter Meyers [CDU]: Das stand im Antrag!)

Und diese Polizeibeiräte, die sollen in Zukunft - so stand es nämlich nicht im Antrag - ihre Kompetenz um die Inhalte des Erlasses des Innenministers erweitert wissen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Polizeibeiräte haben eine ganz bestimmte Funktion. Natürlich kann man sie erweitern, aber die jetzige Funktion soll offenbar bestehen bleiben, denn die F.D.P. hat nicht beantragt, daß diese derzeitige Funktion der Polizeibeiräte entfallen sollte. Bei den Polizeibeiräten handelt es sich um ein kleines Gremium. Hergestellt wird die Verzahnung zu den kommunalen Vertretungen, den Vertretungen vor Ort. Im Beirat werden Informationen gegeben, die nicht alle für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Wenn Sie nun den gesamten Bereich der Aufgaben, die den Kriminalpräventiven Räten zugeordnet sind, in den Aufgabenbereich der Polizeibeiräte hineinnehmen wollen, kann das aus den genannten Gründen nicht funktionieren.

(Frechen [SPD])

- (A) Im übrigen: Die Polizeibeiräte sind weitestgehend durch die Polizei bestimmt. Auf Dauer würde daher dem F.D.P.-Vorschlag das Legalitätsprinzip entgegenstehen. Hinzu kommt, daß diese Prävention, wenn sie denn sinnvoll sein soll, vor Ort geschehen muß. Die Polizeibeiräte aber sind immer in größeren Einheiten wie Kreispolizeibehörden angesiedelt. Von daher macht dieser Antrag also auch nach seiner Ergänzung keinen Sinn.

Ich darf deshalb eine Anregung wiederholen, die wir auch am 22. April hier kurz diskutiert haben, nämlich den Innenminister zu bitten - der Herr Finanzminister wird das liebenswürdigerweise an seinen Herrn Kollegen weiterleiten -

(Minister Schleußer: Ja, gerne.)

uns im Innenausschuß über die Erfahrungen zu berichten, die bisher über die Arbeit der Kriminalpräventiven Räte, die immerhin bereits über ein Jahr in über 30 Städten und Landkreisen bestehen, vorliegen, so daß man auf der Grundlage dieses Erfahrungsberichtes - vielleicht ein Tip für die F.D.P.-Fraktion - endlich einen Antrag formulieren kann, der Hand und Fuß hat und der im Hause deshalb dann auf ernstzunehmende Resonanz stößt. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

(B)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Meyers das Wort.

Abgeordneter Meyers (CDU)*: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, man kann zu diesem Antrag auch ohne Polemik reden, da er sehr wohl einige bedenkenswerte Ansatzpunkte beinhaltet.

Ich muß auch richtigstellen, Herr Frechen - aber das hätte der Redner der F.D.P. sicherlich auch getan -, daß der Vorschlag, die Kriminalpräventiven Räte bei den Beiräten anzusiedeln, im Antrag der F.D.P. durchaus enthalten war.

Darüber hinaus muß ich noch eine Korrektur anbringen: Einen Erfahrungsbericht seitens des Ministers anzufordern und im Ausschuß zu beraten, war ein Antrag der CDU-Fraktion. Das sollte man hier um der Klarstellung willen festhalten.

Im Grunde sind wir uns alle einig: Kriminalpräventive Räte sind angesichts der Situation in Nordrhein-Westfalen dringend erforderlich. Das ist ohnehin altes Gedankengut der CDU. Sie hat dies, mit einem anderen Namen, nämlich dem Begriff "Bürgerforum", versehen, schon auf einem Landesparteitag vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Diskussion um die Massenkriminalität gefordert und dies letztlich noch beim Bundesparteitag 1994 in Berlin wiederholt.

Den Grund für diesen Antrag sieht die F.D.P.-Fraktion darin, daß der Städtebund die polizeiliche Aufgabe, die die Kommunen da auf sich zukommen sehen, ablehnt, weil die finanzielle Lage der Kommunen - in der Tat - bedrückend ist.

Meines Erachtens ist aber die daraus gezogene Schlußfolgerung, diese Räte bei den Polizeibeiräten anzusiedeln, falsch: Die Ansiedelung widerspricht der Intention der Einrichtung dieser Räte, die möglichst ortsnah handeln sollen. Es sollen Bürgerinnen und Bürger, Menschen aus Kirchengemeinden, Schulen, Vereinen und Verbänden mitwirken, und zwar aus der örtlichen Erfahrung heraus, um Konzepte zu entwickeln, die eine Prävention im Blick auf Kriminalität anbieten. Dazu braucht es motivierte Bürger, die auch ein wenig Eigeninteresse für ihren Ortsteil, für ihren Stadtteil umsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, das Thema "Kriminalpräventive Räte" selbst ist nicht strittig. Um - wie Herr Frechen schon sagte - diese Einrichtung noch weiter und besser in das Bewußtsein der Menschen in den Kommunen zu bringen, sollten wir nach dem Erfahrungsbericht des Innenministers noch einmal darüber diskutieren. Den vorliegenden Antrag allerdings müssen wir aus den genannten Gründen ablehnen. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es zieht sich doch wie ein roter Faden durch alle Diskussionen, daß Handlungsbedarf besteht und wir über die Wege streiten. Weil das so ist, nehme ich einmal auf, welche Bedenken wir gegen die "Kriminalpräventiven Räte" haben.

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Erst einmal ist das ein unmöglicher Name. Er ist schon den Gelernten hier schwer vorzutragen. Wir wissen doch: Wenn der Name schon nicht ankommt, wie soll dann eine Einrichtung beim Bürger ankommen?

Wir wissen, daß die Kreispolizeibeiräte, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, geheime Gremien im Dornröschenschlaf sind, von denen praktisch kaum jemand etwas weiß und etwas hört. Über die Effizienz könnte wir uns auch einmal lebhaft streiten: ob da tatsächlich Effizienz zu erfassen ist.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Richtig!)

Wir kennen vor allem die Einwände nicht nur des Städte- und Gemeindebundes, sondern auch des Deutschen Städtetages. Sie wissen, der Vorstand des Deutschen Städtetages kann Beschlüsse nur mit 75 % Mehrheit fassen. Das heißt, die Kollegen der CDU, der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN, zumindest die der beiden großen Parteien, müssen sich einig sein, damit es überhaupt einen Beschluß geben kann.

- (B) Welche Einwände kommen denn vom Deutschen Städtetag gegen diese Räte in kommunaler Trägerschaft, wobei der Innenminister ja sogar die Federführung dieser Gremien auf die Gemeinden übertragen will? Wir meinen, dahinter steckt eine teuflische Absicht, nämlich die, für die Kriminalitätsvorbeugung vor Ort die Verantwortung auf die Gemeinden zu verlagern. Der Bürger kommt dann nicht mehr und sagt "Die Polizei ist Landessache, ihr müßt euch mit dem Land auseinandersetzen!" sondern er sagt: "Der Kriminalpräventive Rat hat etwas Falsches beschlossen." Wir, die Gemeinden, ziehen uns dann eine Jacke an, die uns nicht paßt und die uns auch nicht gehört.

Da liegen die Einwände des Deutschen Städtetages: daß hier auf eine schleichende Art und Weise die Verantwortung vom Land in die Gemeinden transportiert wird. Und da der Bürger uns, die Gemeinden, eher kriegt als den Innenminister des Landes, läßt er es bei uns ab, und dann haben wir den Schwarzen Peter, wie wir ja hier schon Schwarze-Peter-Spiele laufend betreiben. Dagegen gehen die Einwände, und die halte ich für ausgesprochen beachtlich.

Hinzu kommt, daß der Dualismus, der angestrebt wird, dem gemeinsamen Ziel der Kriminalitätsbekämpfung schadet. Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir uns nicht mißverstehen: Die Gemeinden haben ein Interesse daran, in der Kriminalitätsstatistik nicht aufzufallen. Wer eine saubere Kriminalitätsstatistik hat, hat auch einen Standortvorteil. Aber das Spiel, das hier

beabsichtigt ist, abzulenken von der Verantwortung und sie auf gemeindliche Gremien zu übertragen, ist das, was uns mißfällt, und dieses Spiel hat auch der Deutsche Städtetag sehr schnell erkannt. (C)

Deshalb, meine Damen und Herren, lese ich Ihnen einmal die Meinung eines Oberstadtdirektors vor, der sich dazu sehr deutlich geäußert hat:

Auch unsere Stadt wird sich der Mitwirkung in einem derartigen Beirat nicht verschließen, wobei die Initiative zu dieser Einrichtung allerdings bei der Polizei bleiben muß. Nach meiner Auffassung sollte diese auch die Federführung behalten, auch wenn der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen - und mit ihm die Bezirksregierung - dies anders sieht.

Das heißt: Die sehen das jetzt schon anders, als wir es in den Städten haben wollen.

Die Kriminalitätsvorbeugung ist eine originäre, staatliche Aufgabe der Polizei. Das ergibt sich eindeutig und unmißverständlich auch aus dem vorgenannten Runderlaß. Dabei sollte es auch bleiben, insbesondere in einer Zeit, in der es landesweit in zunehmendem Maße spürbar ist, daß die Polizei sich immer mehr zu Lasten der Kommunen aus der Erfüllung von Aufgaben zurückzieht, die zumeist schon seit vielen Jahrzehnten zu den klassischen Aufgabenfeldern der Polizei gehören. (D)

In dem Brief geht es dann wie folgt weiter: Allein in der Stadt dieses Oberstadtdirektors gibt es inzwischen ein Dutzend solcher Gremien, die sich mit Fragen der Suchtkrankheiten, des Jugendschutzes, der Kindesmißhandlung, der Gewalt gegen Schwache, gegen Ausländer und an Schulen sowie des Rechtsextremismus usw. befassen. Damit stehen unsere Städte sowieso schon an der Spitze der Bewegung, vor allem im Regierungsbezirk Köln.

Der Kreispolizeibeirat, von dem Sie sagen, er sei von den Problemen räumlich zu weit entfernt, entspricht letztlich dem Kreistagsgebiet bzw. dem Ratsgebiet. Da dürfen wir doch auch einmal fragen: Ist der Rat oder der Kreistag zu weit weg von den Problemen in seiner Stadt oder im Kreis? Das kann als Argumentation nicht helfen. Denn dieser Beirat ist ja - zumindest ist das beabsichtigt - ein Bindeglied zwischen Bevölkerung, Selbstverwaltung und Polizei und soll nach dem Willen des Gesetzes das vertrauensvolle Verhältnis zwischen ihnen fördern und die Tätigkeit der Polizei unterstützen. Durch eine behutsame Öffnung und Erweiterung seines bisherigen Aufgabenfeldes könnte nach Auffassung der

(Wickel [F.D.P.]

- (A) F.D.P.-Fraktion der Kreispolizeibeirat allemal die Aufgabe dieser sogenannten kriminalrepräsentiven, nein, Kriminalpräventiven Räte - - Sie sehen ja, ich komme da schon ins Knubbeln. Und so ein Gremium soll dann die Bürger hinterher zufriedenstellen?

Meine Damen und Herren, das kann nicht der Weg sein. Wir werden weiter darüber streiten, und ich hoffe, Sie werden es einsehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Appel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE)*: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Wickel, ich finde, wir sollten bei dem Thema einmal halblang machen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

- (B) Es mag ja daran liegen, daß Sie nicht an den Innenausschußberatungen teilgenommen haben und deshalb nicht wissen, wie das einzuordnen ist. Wir sind uns ja alle darüber einig, daß politische Entscheidungen und politische Verantwortung gefragt sind, wenn es um die Prävention im Bereich der Kriminalität geht. Wir haben im Innenausschuß darüber diskutiert, wie man denn politische Entscheidungen so beeinflussen kann, daß die Erkenntnisse der Polizei in sie einfließen.

Ich will einmal als Beispiel nennen - was wir GRÜNEN Ihnen ja auch schon in anderen Debatten vorgeschlagen haben -, daß man in die Erkenntnisse der Kommunalpolitik einbeziehen muß, daß anonyme Hochhaussiedlungen oder Stadtkerne, in denen niemand mehr wohnt, weil sich dort nur noch Banken, Sparkassen und teure Geschäfte befinden, Zonen erhöhter Kriminalität sind, einfach deshalb, weil niemand mehr da ist, der mal guckt und, wenn sich Straftaten ereignen, entsprechende Hinweise an die Polizei geben kann.

Wir wissen auch, daß es viele Kommunen gibt - und da, finde ich, sollten Sie den Deutschen Städtetag nicht so unkritisch zitieren -, die sich auf der einen Seite darüber aufregen, daß sich rund um die Spielhöllen und Glücksspielautomaten die organisierte Kriminalität anhäuft, auf der anderen Seite aber darüber freuen, daß sie natürlich über diese Geldautomaten die Glücksspielsteuer in ihre kommunalen Kassen leiten können. Sie

stecken sie gerne ein und lassen deshalb teilweise mitten in der Stadt Jugendzentren schließen und Spielhöllen eröffnen. (C)

Um über diese Tatsache zu reden und da den Sachverstand der Polizei einzubringen, dazu brauchen wir Gremien. Ob das die Kriminalpräventiven Räte, die die Landesregierung jetzt versuchsweise eingeführt hat, schon sein können, da habe ich meine Zweifel. Wir meinen, daß es von der demokratischen Zusammensetzung, von der Öffnung her, etwas transparenter sein sollte, daß man auch genauer wissen müßte, was denn nun die Kompetenz dieser Kriminalpräventiven Räte ist. Denn das, was Sie - entschuldigen Sie, Herr Wickel - ein bißchen als Popanz an die Wand gemalt haben, ist ja überhaupt nicht Verantwortung und Kompetenz dieser Kriminalpräventiven Räte. Diese haben ja gar nicht die Aufgaben zu erfüllen, die Sie hier an die Wand gemalt haben, sondern da werden erst einmal nur Informationen bzw. Einschätzungen ausgetauscht. Das halten wir durchaus für sinnvoll.

Wir haben Ihrem Antrag im Ausschuß sogar insofern zugestimmt, als wir gesagt haben: Damit es nicht zu undemokratisch und für die Bürgerinnen und Bürger zu unübersichtlich wird, kann man natürlich über die herkömmlichen Polizeibeiräte nachdenken. An der Effektivität der herkömmlichen Polizeibeiräte, die ja - mit Verlaub gesagt - öfters die Gremien sind, um mehr oder weniger bekannte und als honorig eingeschätzte Persönlichkeiten, die der einen oder anderen Partei nahestehen, in ein Ehrenamt zu hieven, die sich dann bei Gelegenheit treffen, und dies auch noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, habe ich doch gewisse Zweifel. Einer Öffnung dieser Polizeibeiräte und einer Ausstattung mit mehr Kompetenzen würden wir durchaus zustimmen. Deshalb fanden wir Ihren Antrag in der Ausschußberatung auch durchaus sympathisch und als einen Denkanstoß. (D)

Andererseits meine ich aber, daß Sie hier mit Ihrer Rede das Kind mit dem Bade ausgeschüttet haben, daß es gar nicht um diese Gegensätze in der Frage geht. Wir meinen, daß wir den Bürgerschutz und die Transparenz der Polizei verbessern sollten. Das kann über eine Stärkung der Polizeibeiräte geschehen, das kann auch über eine Einbeziehung der Kriminalpräventiven Räte geschehen. Aber wir sollten bei der Diskussion hier nicht aus wahltaktischen Gründen das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern uns lieber einer sachlichen Lösung nähern.

Deswegen schlagen wir vor, das Thema zu gegebener Zeit noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen mit

(Appel [GRÜNE])

- (A) der Tendenz, die Polizeibeiräte zu stärken, vielleicht sogar über kommunale Datenschutzbeauftragte dafür zu sorgen, daß einzelnen Übergriffen nachgegangen werden kann, daß sich Bürger, die sich von der Polizei geschädigt fühlen, an jemanden wenden können, der der Sache dann nachgeht. Darüber muß man einmal nachdenken.

Wir meinen, daß Ihr Antrag heute nicht verabschiedungsreif ist. Deswegen werden wir ihm nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die neue Qualität der Kriminalität können nicht Insellösungen eine vernünftige Antwort sein. Vielmehr müssen wir die vorhandenen Ressourcen bündeln. Das geht vor Ort nur in einem Beratungsgremium, das sich als Dauereinrichtung umfassend und fachkompetent auf der Basis kriminologischer Regionalanalysen mit der Entwicklung der Kriminalität befaßt.

- (B) Herr Kollege Wickel, über die Namensgebung dieser Einrichtung kann man sicherlich diskutieren. Ich gehe davon aus, daß sowohl mein Kollege als auch die SPD-Fraktion hier diskussionsbereit sind.

Nur: Die Federführung sollte nicht auf Dauer bei der Polizei angesiedelt sein, weil dies von der eigentlichen Verantwortung ablenkt und es schon wegen des Legalitätsprinzips auch zu Akzeptanzproblemen kommen kann. Aus diesen Gründen scheidet auch eine dauerhaft Festschreibung der Aufgabe auf den Polizeibeirat, wie die F.D.P. es fordert, aus.

Aber die Polizei wird sich nicht zurückziehen, wenn vor Ort die jeweilige Kommune federführend tätig werden sollte. In diesem Sinne ist die Angelegenheit nochmals einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert worden, Herr Kollege Wickel. In zahlreichen Kommunen sind auch bereits entsprechende umfassende Ansätze entstanden.

Lassen Sie uns daher, statt über die Federführung in Gremien zu streiten, jeder von seiner Stelle aus seinen Teil zur Bekämpfung der Kriminalität beitragen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Innere Verwaltung empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/7630, den Antrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 11/6996 abzulehnen. Wer möchte dieser Beschlußempfehlung zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion und der CDU-Fraktion abgelehnt worden.

Ich rufe Punkt 6 auf:

Kein Zurückweichen vor Straftätern - Mißbrauch des Demonstrationsrechts konsequent bekämpfen

Antrag der
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6233 (D)

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7626

Ich eröffne die Beratung. Als erster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Dedanwala für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordnete Dedanwala (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag, der jetzt zur Beratung ansteht, ist im November 1993 von der CDU eingebracht worden. Damals war die Asylentscheidung im Deutschen Bundestag, und es gab eine Demonstration, die Abgeordnete am Zugang zum Parlament behindert hat. Damals hat es zwischen allen Bundesländern eine einheitliche Linie und Strategie in der

(Dedanwala [SPD])

- (A) Polizeitaktik gegeben. Natürlich mußte es die nordrhein-westfälische CDU sein, die - wie immer - an dieser einvernehmlichen Taktik und Strategie herumgemäkelt hat und im Anschluß daran, nachdem alles gelaufen war, auch besser gewußt hat, was Sache war.

Bei der Einbringung Ihres Antrages hat mein Kollege Jentsch schon in einem fünfminütigen Wortbeitrag dokumentiert, wie Ihr Antrag zu werten und zu würdigen ist.

Wir haben immer wieder im Laufe diesen Jahres - auch schon seit November - über zunehmende Gewalt in der Gesellschaft diskutiert. Daß es diese Gewalt nicht nur in Kinderzimmern, in der Familie, in Jugendzentren, in Schulen usw., sondern selbstverständlich auch zunehmend in Demonstrationen gibt, denke ich, ist jedem, der sich hier aktiv an Diskussionen beteiligt, klar.

Die beste Prävention gegen Gewalt in Demonstrationen und gegen Demonstrationen überhaupt ist eine gute Politik, eine Politik, die Menschen ernst nimmt, die Sorgen wahrnimmt - -

(Abgeordneter Meyers [CDU]: Machen Sie das doch einmal!)

- (B) - Herr Kollege Meyers, vielleicht überlegen Sie sich einmal, was in Bonn passiert. Ich erinnere Sie mit Nachdruck an dieses böse Wort Ihres Bundeskanzlers, der zum politischen Geschehen und zu Demonstrationen der Bevölkerung gesagt hat: Die Karawane zieht weiter.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: So ist das!)

Das ist ein böses Wort. Das nimmt Menschen nicht ernst, kümmert sich nicht um ein Grundrecht von Menschen, die ihre Sorgen und Nöte in Demonstrationen darlegen. Wenn man so damit umgeht, müssen Menschen das Gefühl haben, daß die Politik das macht, was sie will. Genau das ist das, was wir nicht wollen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Ganz genau!)

Die nordrhein-westfälische Linie, die Anfang der 80er Jahre für die Behandlung von Demonstrationen und insbesondere von Gewalt bei Demonstrationen festgelegt worden ist, verträgt keine tagespolitischen Schnellschüsse. Ich sage Ihnen mit aller Ernsthaftigkeit: Bei Einschränkungen von Grundrechten oder auch bei deren

Behandlung dürfen solche tagespolitischen Schnellschüsse nicht vorkommen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir fühlen uns als Hüter solcher Grundrechte und wollen diese Schnellschüsse nicht. Deshalb möchte ich Sie mit Nachdruck an die nordrhein-westfälische Linie, die hier zum Zuge und zum Tragen kommt, erinnern und Sie auffordern, diese auch mitzutragen.

Diese Linie ist getragen von zwei Grundgedanken, nämlich daß es einen unterschiedenen und problembewußten Einsatz von konfliktmindernden und gewaltdämpfenden Maßnahmen gibt. Es ist nicht Ziel des Einsatzes, die Eskalation anzuheizen, sondern sie zu dämpfen und möglichst zu vermeiden. Es soll gleichzeitig ein konsequentes Einschreiten gegen Gewalt durch angemessen starke Kräfte erfolgen.

Dann gibt es in dieser nordrhein-westfälischen Linie neun Kernpunkte:

Der erste Punkt ist die strikte Neutralität der Polizei.

Der zweite Punkt ist die enge Kooperation mit den Veranstaltern, um jede Friedlichkeit zu gewährleisten. Den Veranstaltern soll in jedem Fall die gute Absicht der Polizei verdeutlicht werden.

Der dritte Punkt ist: Es muß ständige Gespräche und Kontakte mit Beteiligten und Unbeteiligten geben. Die Polizei darf bei ihren Einsätzen nicht sprachlos sein. Die Fähigkeiten aller Polizeibeamten sind in dieser Hinsicht zu erweitern. (D)

Der vierte Punkt ist: Alle Polizeibeamten sollen umfassend informiert werden.

Wenn ich hier auf die CDU-Fraktion schaue, habe ich den Eindruck, daß sie an weiteren Informationen gar kein Interesse hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, warum Sie das Parlament mit einem solchen Antrag beschäftigen, sich aber dann, wenn der Antrag beraten wird, in pausenlosen Gesprächen befinden und dem Redner den Rücken zudrehen. Das ist keine angemessene Form.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist der Oberbürgermeisterkandidat!)

(Dedanwala [SPD])

- (A) Der fünfte Punkt ist die Besonnenheit und Gelassenheit gegenüber provozierenden Äußerungen und Aktionen.

Der sechste Punkt ist: Die Polizei muß durch zurückhaltenden und kalkulierbaren Einsatz dazu beitragen, die Lage zu entspannen. Auf unnötiges Zeigen starker Kräfte ist zu verzichten.

Der siebte Punkt ist: Es muß sorgfältig zwischen friedlichen, bloß verbal-radikalen und militanten Beteiligten differenziert werden.

Der achte Punkt ist: Man muß gegenüber den Medien Offenheit zeigen.

Der neunte Punkt - meine Damen und Herren von der CDU, vielleicht haben Sie den bisher immer nur überlesen - ist: Gewalttätigkeiten ist entschieden entgegenzutreten. Durch qualifizierte Beweissicherung ist die Verfolgung von Straftaten zu gewährleisten.

Ich glaube, dieser nordrhein-westfälischen Linie ist nichts hinzuzufügen. Weil dem nichts hinzuzufügen ist, werden wir Ihren Antrag heute ablehnen.

(Zustimmung der Abgeordneten Garbe und Gortitza [SPD])

- (B) Ich will Ihnen aber zum Schluß einen letzten Gedanken mit auf den Weg geben. Nachdem Sie in den vergangenen zwölf Monaten mehrfach Mißbrauchsdebatten in das Parlament eingebracht haben, Mißbrauch der Asylgesetze, Mißbrauch des Demonstrationsrechts

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Gab es den Mißbrauch nicht?)

- Herr Kollege Paus, Sie stehen doch schon und haben gleich das Wort, Sie dürfen alles das vom Rednerpult aus sagen. Warum tun Sie das nicht? -,

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Sagen Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

wiederholen Sie in den letzten Sitzungen immer das Thema Mißbrauch der sozialen Leistungen. Ich bin sicher, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie dies als nächsten Antrag einbringen werden: Verhindert den Mißbrauch von Spendeneintreibern. Ich bin sicher, daß Sie den Mut haben, das auch hier einzubringen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Paus für die Fraktion der CDU das Wort. (C)

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU*): Frau Kollegin Dedanwala, Sie haben sich beschwert, daß wir Ihnen nicht immer intensiv zugehört haben. Wenn Sie eine Vorlesung halten und uns zehn Punkte im einzelnen vortragen, müssen Sie bei der Tageszeit in Kauf nehmen, daß sich die Begeisterung aller Beteiligten ziemlich in Grenzen hält.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Garbe [SPD]: Sind Sie denn überfordert, oder was?)

Dann regt es Sie auf, daß der Kanzler sagt:

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie haben doch den Antrag gestellt!)

Laßt die Gewalttäter demonstrieren, die Karawane zieht weiter. Wollen wir denn gewalttätigen Demonstranten, weil sie Gewalt anwenden, unsere besondere Aufmerksamkeit schenken?

(Beifall bei der CDU)

Gerade das sollte unser Prinzip sein: Wer Gewalt für seine Ziele einsetzt, disqualifiziert seine Ziele. Dann ziehen wir als Demokraten weiter und schauen nicht besonders hin, weil sie so ein Theater machen. (D)

(Minister Schleußer: Wer bestreitet das denn?)

- Darüber würde ich gern mit dem Innenminister streiten, Herr Finanzminister. Weil Sie den Part übernommen haben, will ich die Redezeit heute nicht ausnutzen. Es hat wenig Sinn, wenn ich mit Ihnen über die NRW-Linie streite, die Sie nicht zu vertreten haben. Wenn sie denn eine Linie wäre, könnten wir vielleicht lange darüber streiten. Aber es ist nach unserer Einschätzung eine Schlangenlinie. Weil es eine solche Schlangenlinie ist, ist es fürchterlich schwierig, mit Ihnen, der Sie sie nicht als Innenminister zu verantworten haben, darüber zu streiten.

Ich will einige Punkte festhalten: Wir bleiben bei unserer Grundaussage - auch die haben wir mit diesem Antrag deutlich machen wollen -: Egal, ob Gewalt links- oder rechtsextremistisch bemäntelt wird, wenn es massive Anzeichen für Gewalt gibt, müssen Polizei und

(Paus [Detmold] [CDU])

- (A) Staat im Vorfeld solche gewaltsamen Demonstrationen verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche gilt, wenn es bei Demonstrationen zu Gewaltexzessen kommt. Auch dann kann es überhaupt keine Rolle spielen, wie die Gewalttäter ihre Gewaltexzesse bemänteln: Dann muß die Polizei einschreiten.

Wir sind doch nicht verrückt darauf - um Ihnen das noch zu sagen, Frau Dedanwala -, daß die Polizei bei Demonstrationen eingreift. Wir sind doch nicht für die schlagende Polizei, sondern für die Polizei, die effektiv ist, die auch mit dem Einsatzmittel "Wort" arbeitet. Aber wenn es zu Gewalt kommt, muß Polizei konsequent eingreifen. Das erwarten wir, und das muß dann unabhängig davon gelten, wie die Gewalt bemäntelt ist.

Ich muß Ihnen auch sagen, daß wir nach wie vor nicht das verdaut haben, was in Bonn passiert ist. Es bleibt für uns ein Skandal, wenn die Bundsparlamentarier auf Schleichwegen ins Parlament transportiert werden müssen, weil es die nordrhein-westfälische Polizei nicht geschafft hat, im Vorfeld diese Blockadeaktion, die nicht in erster Linie eine Demonstration, sondern eine gewalttätige Blockadeaktion war, zu verhindern. Das bleibt nach wie vor ein Skandal, den wir nicht einfach so zu den Akten legen.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da gibt es eben - und das hätte ich gern mit dem Innenminister diskutiert - Unterschiede: Wenn es aus dem linksextremen Spektrum Demonstrationen gibt, dann wird immer mit dem Hot-dog-Urteil argumentiert; da heißt es: Wir müssen irgendwie, wie immer es auch geht, die Demonstration ermöglichen. Wenn Rechtsextremisten demonstrieren, heißt es - zu dieser Linie des Innenministers stehen wir, aber die muß dann eben auch bei links gelten -: Der braune Spuk muß von vornherein verhindert werden. Das letzte ist richtig, aber das muß konsequenterweise dann auch bedeuten: Wenn Linksextremisten gewaltsam demonstrieren wollen, muß die Polizei frühzeitig eingreifen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich könnte das auf weitere Felder ausdehnen; aber ich will die Redezeit nicht ausschöpfen. Deshalb nur noch ein Gedanke: Wenn der Innenminister hier einen Rechtsstreit mit den Republikanern führt und wenn es in dem Rechtsstreit darum geht, ob unser Verfassungsschutz die Republikaner beobachten kann oder nicht,

dann haben wir den Verfassungsminister, den Innenminister, dabei voll unterstützt. Wir stehen hinter dem, was er in dem Verfahren vor dem OVG Münster vorgebracht hat, was er dort an Fakten zusammengetragen hat.

Nur, meine Damen und Herren, wenn man das konsequent zusammenträgt und auf die PDS ummünzt, dann kann hier im Lande überhaupt nicht bestritten werden, daß mit den gleichen Gründen auch die PDS als kommunistische Partei beobachtet werden muß.

Auch hier vermissen wir die gleiche Konsequenz in beide extreme politische Richtungen hinein. Deshalb unser Antrag! Die Diskussion wird dadurch, daß Sie unseren Antrag ablehnen, hier im Lande nicht beendet sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klöse: Ich erteile Herrn Kollegen Lanfermann für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es bringt natürlich die Diskussion nicht mehr weiter, es ist nicht hilfreich, wenn die Frau Kollegin Dedanwala hier ihre zehn Textbausteine aus dem Innenministerium vorliest. Wir wissen ja, was offiziell gelehrt oder hier vertreten wird.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

- Sie haben sie ja nicht entwickelt, Frau Dedanwala; das wollen Sie ja wohl nicht gerade behaupten.

Wir haben, als der Antrag eingebracht wurde, um es einmal so herum zu sagen, ja schon einmal von Ihnen und vor allen Dingen von dem Kollegen Jentsch zwei Reden gehört, bei denen wir damals schon festgestellt haben, daß sie sich mit der Sache direkt nicht beschäftigt haben. Ich hatte vorhin auch den Eindruck, daß es Ihnen ein bißchen mehr um Pädagogik als um die Abgrenzung zwischen Demonstrationen und Blockaden ging.

Ich möchte einmal darauf hinweisen, daß alle diese schönen Worte von Deeskalation, strikter Neutralität und ständigen Gesprächen ja auf die Situation, die dieser Antrag anspricht, überhaupt nicht zutreffen. Es hat doch niemand etwas dagegen, daß sich die Polizei bei Demonstrationen so verhält, wie Sie das hier dargelegt haben. Die Frage ist doch: Wie sieht es denn in der

(C)

(D)

(Lanfermann [F.D.P.]

- (A) Praxis aus, wenn wir Demonstranten haben, die sich ihrerseits nicht an Recht und Gesetz halten? Das ist doch die Frage!

Das war doch der Anlaß auch für diesen Antrag, wenn ich es richtig verstanden habe: daß wir in Bonn am Bundeshaus anläßlich der Asyldebatte eine angekündigte und sofort mit Rechtsbruch durchgeführte Aktion hatten, gegen die die Polizei nicht eingeschritten ist. Das ist doch der Punkt, über den hier diskutiert werden muß: was dann tatsächlich passiert und ob es richtig sein kann, daß einige mit Blockaden, mit gewaltsamer Absperrung andere daran hindern können, sich irgendwohin zu begeben.

Das Ganze wurde dann noch dadurch verschärft, daß es sich ja immerhin um eine Debatte des Deutschen Bundestages handelte und Abgeordnete, die dort ihrer Verpflichtung nachkommen sollten und wollten, gehindert wurden, an dieser Debatte teilzunehmen. Von den Zuschauern, die auch dorthin wollten, will ich auch noch reden. Auch sie wurden daran gehindert, an dieser Debatte teilzunehmen. Das war der Punkt, um des es ging!

Es gibt, meine Damen und Herren - wenn ich das Stichwort von den Leitlinien für bürgernahen Einsatz der Polizei einmal etwas ironisch aufgreifen darf -, auch Situationen, in denen die Polizei tatsächlich etwas näher an manche Bürger herangehen müßte, nämlich an die, die andere hindern, von ihren Freiheitsrechten Gebrauch zu machen.

(B)

Meine Damen und Herren, daß es in dieser Landesregierung doch erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Demonstrationen und Blockaden gibt, das wissen wir ja nun schon aus den letzten Jahren zur Genüge. Dazu will ich noch einmal die Haltung der F.D.P. ganz klarmachen: Selbstverständlich ist das Demonstrationsrecht nicht nur vom Grundgesetz geschützt, sondern muß auch von den Regierungen und auch von der Polizei geschützt werden. Darüber braucht es nun wirklich keine Diskussion zu geben.

Wer aber meint, unter einem vermeintlichen Demonstrationsrecht mit Rechtsbruch und mit Straftaten in die Freiheitsrechte anderer eingreifen zu können, der steht eben nicht mehr unter dem Schutz dieses Demonstrationsrechtes. Da hat die Polizei die Verpflichtung, die Rechte der anderen Bürger zu sichern, und darf nicht

unter dem Mantel von Deeskalation versuchen, Menschen von etwas abzubringen, was sie schon längst getan haben.

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Man muß doch auch die Frage stellen, wie denn die zeitliche und logische Reihenfolge bei solchen Aktionen ist. Über all diese Dinge haben Sie, Frau Dedanwala, nichts gesagt, weil Sie auf den Sachverhalt im Prinzip gar nicht eingegangen sind, sondern, wie ich bereits sagte, hier Textbausteine verlesen haben. So wird man dem Problem nicht gerecht.

Deshalb bleiben wir dabei, daß wir grundsätzlich das Anliegen der CDU anerkennen, weil hier ein Handlungsbedarf ist, zumindest jedenfalls auch in der praktischen Umsetzung; denn der letzte von Ihnen aufgezählte Punkt muß eben dann auch Geltung haben: daß dann, wenn Gewalt vorliegt - und ich sage: auch dann, wenn Rechtsbruch vorliegt -, als Polizei selbstverständlich dagegen vorgehen und das Recht wahren muß. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Lanfermann, wollen Sie noch eine Zwischenfrage zulassen? Frau Kollegin Dedanwala wollte Ihnen noch eine Frage stellen.

(D)

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Ja, gern!)

- Bitte schön!

Abgeordnete Dedanwala (SPD): Herr Lanfermann, Sie sind nicht Mitglied des Innenausschusses. Sie haben mir zweimal vorgeworfen, ich hätte hier in meiner Rede Textbausteine verlesen. Darf ich Sie danach fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß im CDU-Antrag nachdrücklich die nordrhein-westfälische Linie moniert worden ist - als Linie! - und daß daraufhin für die Beratungen des Ausschusses vom Innenministerium ein sehr umfassender Bericht erstellt worden ist, in dem diese nordrhein-westfälische Linie noch einmal aufgeführt ist, und daß es sicherlich nicht schimpflich ist, an diese Linie hier noch einmal zu erinnern? Denn offensichtlich ist sie ja nicht richtig verstanden worden. Ich habe gefragt, ob Ihnen dieses bekannt ist.

Vizepräsident Dr. Klose: Das ist genau richtig.

(A) **Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)*:** Frau Kollegin, Sie haben gerade bestätigt, daß dieser Text aus dem Innenministerium kommt und von Ihnen hier verlesen worden ist. Jetzt verstehe ich Ihre Frage nun wirklich nicht mehr. Ich hätte mir ja gewünscht, daß Sie mit eigenen Gedanken dieses vorgetragen hätten, statt es vorzulesen. Dieses kann ich wohl noch sagen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Appel, ich darf Ihnen für Ihre Fraktion das Wort erteilen.

Abgeordneter Appel (GRÜNE)*: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lanfermann, ich finde das, was Sie gerade zu Frau Kollegin Dedanwala gesagt haben, eine der übelsten chauvinistischen Anmachungen, die ich in dieser Legislaturperiode in diesem Parlament gehört habe.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das draußen erzählen, wie die F.D.P. mit Frauen in diesem Parlament umgeht. Ich gehe jede Wette ein, daß Sie das bei keinem Mann in dieser üblen, subtilen und chauvinistischen Art und Weise gemacht hätten, wie Sie es hier getan haben.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber das ist genau der Stil der F.D.P. - Abkürzung "für dicke Posten", aber für nichts anders.

(Lachen bei der F.D.P.)

Das ist Ihre Art von Politik. Und wir hoffen, daß wir nach dem 16. Oktober von dieser Politik bundesweit endlich verschont bleiben.

Der Antrag der CDU ist eigentlich diese große Aufregung überhaupt nicht wert. In seinem Abschnitt I - das möchte ich hier allerdings noch einmal deutlich machen - wird die nordrhein-westfälische Deeskalationslinie der Polizei, die sich bewährt hat, die viel zur demokratischen Kultur in unserem Land und zur Entspannung des innenpolitischen Klimas beigetragen hat, die damit auch sehr viel zur Verfestigung der Demokratie und zur Sicherung der Demokratie beigetragen hat, in übelster Weise desavouiert. Damit wird auch die nordrhein-westfälische Polizei desavouiert. Wenn Sie sagen, diese Linie beruhe auf der These, daß erst die Präsenz der Polizei und das Durchgreifen bei Rechts-

verstößen gewaltbereite Demonstranten zur Ausschreitung provozieren würde, dann ist dieser Satz eine Beleidigung für die nordrhein-westfälische Polizei, die wir als GRÜNE hier zurückweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Dedanwala [SPD])

Ihr Antrag ist auch überhaupt nicht inhaltlich substantiiert.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Aha!)

Sie verschweigen nämlich bei Ihrem Showantrag, der eine reine Seifenblase ist, daß es sich genau bei der Demonstration in Bonn, die Sie auch wieder weit nach vorn gestellt und zitiert haben, Herr Paus, die Sie immer so gern zitieren, um eine Demonstration handelte, wo ein Parlament daranging, ein Grundrecht zu schleifen. Man muß sich überlegen, ob das, was dort draußen mit der Demonstration stattgefunden hat, nicht möglicherweise sogar durch das Widerstandsrecht aus Artikel 20 nicht nur geschützt, sondern geboten war, Herr Paus. Geboten war!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Mein Gott! Das darf doch nicht wahr sein! So was Hohles!)

Sie versteigen sich hier zu Ihren Diffamierungen. - Sie halten sich die Augen und die Ohren zu, Herr Paus, weil Sie natürlich nicht begreifen wollen. Genausowenig wie Sie begreifen, daß Asyl ein Menschenrecht ist, wollen Sie begreifen, daß Demonstrationsfreiheit ein Grundrecht ist. Da haben Sie offensichtlich in der Anfängervorlesung im öffentlichen Recht gefehlt. Aber Sie scheinen sich da heute irgendwie über die Runden retten zu können.

(D)

Sie verschweigen natürlich, Herr Paus, daß Ihr Kanzleramtsminister Bohl mit dem Bonner Polizeipräsidenten genau die Strategie abgesprochen hat,

(Zustimmung der Abgeordneten Dedanwala [SPD])

d. h. das, was Sie in Ihrem Antrag groß zitieren, wo Sie ein Riesenbuhei mit Zerstörung des Rechtsstaates und Gewalttätern machen, ist mit Herrn Bohl abgesprochen gewesen, genau so zu verfahren.

Im übrigen will ich Ihnen eines sagen: Es ist eine Unverschämtheit, wenn Sie 25 000 friedliche Demonstranten, unter denen vielleicht ein paar Autonome waren,

(Appel [GRÜNE])

- (A) pauschal als linksautonome Gewalttäter bezeichnen und diese damit in einen Topf werfen. Das ist Ihre Form von Verhetzung von Menschen, das ist Ihre Form von Stigmatisierung. Und da haben Sie Ihre antikommunistische Brille auf,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

obwohl der Kommunismus überhaupt nicht mehr existiert. Ich muß Sie wirklich fragen: Welchem Phantom laufen Sie eigentlich noch nach? Solange es die Sowjetunion, die DDR und den sogenannten realen Sozialismus gegeben hat, hätte ich Ihre Argumentation und Ihren Antikommunismus noch verstehen können. Da Sie aber immer wieder versuchen, hier mit Antikommunismus Politik zu machen, muß ich wirklich fragen, ob es nicht dazu dient, Ihre mangelnden Argumente zu kaschieren und davon abzulenken, daß Sie in Wirklichkeit fürchten, daß hier mal über Ihre miese Politik in Bonn geredet wird, die den sozialen Frieden in unserem Land zerrüttet hat und damit sehr dazu beigetragen hat, daß viele Bürger in diesem Lande leider von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen müssen.- Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile Herrn Finanzminister Schleußer in seiner Eigenschaft als Vertreter des Innenministers das Wort.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was bei einem Antrag mit einer solchen Überschrift zu erwarten war, ist aus den Diskussionen der vergangenen Jahre zur Genüge bekannt. Unter diesen und ähnlichen Schlagworten aus der Feder der CDU ging es bisher immer um den Versuch, die nordrhein-westfälische Linie für den Einsatz der Polizei bei Demonstrationen in Mißkredit zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Entwicklung sind Sie mit Ihren heutigen Diskussionsbeiträgen treu geblieben, Herr Paus. Auch die Methode ist vertraut: Sie verknüpfen großzügig unrichtige Sachdarstellungen mit ungerechtfertigten Negativbewertungen polizeilicher Einsätze und ziehen daraus konsequent falsche Schlüsse.

Polizeiliche Einsatzerfahrungen zeigen immer wieder, daß problembewußtes Verhalten der Polizei gewaltdämpfend wirkt, während undifferenziert hartes

Vorgehen eine Solidarisierung an sich friedlicher Demonstrationsteilnehmer mit gewaltbereiten bewirkt und damit einen unfriedlichen Verlauf fördert. (C)

Zu dieser Bewertung kommt auch die von der Bundesregierung eingesetzte unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und zur Bekämpfung der Gewalt. Herr Kollege Paus, wenn Sie auch nicht mit mir diskutieren wollen, sind Sie bereit, das Gutachten dieser Kommission der Bundesregierung zu lesen?

Es wird in jedem Einzelfall durch die zuständige Kreispolizeibehörde sorgfältig geprüft, ob öffentliche Versammlungen extremistischer Parteien und Vereinigungen verboten oder aufgelöst werden können. Wo allerdings uniformierte Horden Fahnen schwingen und nationalistisches oder rassistisches Gedankengut vertreten wollen, ist für Zurückhaltung kein Raum.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Aber bei linksextremistischen genauso!)

In der nordrhein-westfälischen Polizei gibt es darüber keinen Zweifel. Die Polizeibehörden haben das bisher in jedem Einzelfall rechtlich und taktisch sachgerecht entschieden.

Die nordrhein-westfälische Leitlinie für den Einsatz der Polizei hat sich bei Demonstrationen über Jahre hinweg bewährt. Sie entspricht der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Differenzierung. Dadurch stellt sie auch an die verantwortliche Polizeiführung hohe Anforderungen. Durch lageangemessenes und problembewußtes Verhalten hat die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen bisher einen wesentlichen Beitrag zur inneren Sicherheit geleistet. Ein Handlungsbedarf im Sinne des Antrages der CDU besteht deshalb nicht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Lanfermann!

(Zuruf von der SPD: Der will sich sicher entschuldigen!)

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil es so unglaublich dreist war, was der Kollege Appel hier gemacht hat, möchte ich nur ergänzen: Herr Kollege Appel, Sie können in sämtlichen Protokollen entsprechender Reden, in denen dies eine Rolle gespielt hat, nachlesen,

(Lanfermann [F.D.P.]

- (A) daß ich vorher auch gegenüber einer Reihe von männlichen Kollegen der SPD-Landtagsfraktion den Vorwurf erhoben habe, Sie hätten hier nur Textbausteine der Landesregierung vorgetragen. - Vielen Dank.

(Allgemeine Unruhe - Zurufe von allen Seiten - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das entschuldigt nicht das fleghafte Benehmen!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich schließe hiermit die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung: Der Ausschuß für Innere Verwaltung empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/7726, den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 11/6233 abzulehnen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. entsprochen worden.

Ich komme zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1991

(B)

Antrag
der Landesregierung
auf Erteilung der Entlastung
nach § 114 LHO
Drucksache 11/5620

in Verbindung damit:

Jahresbericht über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1992/93

Unterrichtung
durch den Landesrechnungshof
zur Beratung
Drucksache 11/5621

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushaltskontrolle
Drucksache 11/7733

sowie

Rechnung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1991

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushaltskontrolle
Drucksache 11/7732

Es ist eine zusätzliche mündliche Berichterstattung vorgesehen. Ich erteile zunächst Herrn Kollegen Neuhaus das Wort.

Abgeordneter Neuhaus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abgeordneter Henning [SPD]: Der Anfang war gut!)

Wieder einmal steht die Frage zur Entscheidung an, ob der Landesregierung für ein weiteres Rechnungsjahr Entlastung erteilt werden kann. "Ein Ritual, mehr nicht", werden viele von Ihnen denken, zumal die Praxis gezeigt hat, daß der Landtag der Landesregierung die Entlastung bisher nie verweigert hat.

Außerdem: Wen interessiert schon diese trockene Materie? Politiker wollen Politik machen, Sie wollen Zukunft gestalten, Perspektiven aufzeigen, Projekte planen und Ideen umsetzen. Aber wer will sich schon mit längst Vergangenen beschäftigen? - Wenige, meine Damen und Herren, sehr wenige, aber es gibt sie. Und die meisten sitzen im Ausschuß für Haushaltskontrolle. Auch Sie, die Sie jetzt noch im Plenum sitzen, machen sich vielleicht Gedanken darüber, wie man Fehler von gestern morgen vermeiden kann.

Als Vorsitzender des Ausschusses gehöre ich auch zu dem kleinen Kreis von Abgeordneten, die die Hoffnung nicht aufgeben, daß die wirtschaftliche und sparsame Verausgabung von Steuergeldern durch eine effektive Haushaltskontrolle im Rahmen einer optimalen Zusammenarbeit von Parlament und Landesrechnungshof auch in Zukunft noch weiter verbessert werden kann.

Ich habe dieses Amt vor vier Jahren in der Überzeugung angetreten, daß die Wahrnehmung des Kontrollrechtes als eine der drei klassischen Aufgaben des Parlaments, nämlich der Gesetzgebung, des Budgetrechtes und des Rechtes auf Regierungskontrolle, bei nachlassender legislativer Tätigkeit der Länder, zunehmender

(Neuhaus [CDU])

- (A) Verknappung der Finanzmittel und steigender Verschuldung der öffentlichen Hand immer mehr an Bedeutung gewinnt. Hinzukommt, meine Damen und Herren, daß die Bürger unseres Landes bei zunehmender steuerlicher Belastung und öffentlicher Abgabenlast des einzelnen auf die Verschwendung von Steuergeldern immer sensibler reagieren.

Aus diesem Grunde habe ich mich - das gilt auch für den Ausschuß - dafür eingesetzt, daß die Kontrolle - hier geht es um die Kontrolle der Landesregierung - ständig verbessert werden soll und muß. In einigen Bereichen ist es uns gelungen, in anderen wiederum nicht.

Lassen Sie mich deshalb ein paar wesentliche Initiativen zur Optimierung der Haushaltskontrolle und zur Reform des Prüfungswesens in Nordrhein-Westfalen, die unseren Ausschuß in den letzten vier Jahren beschäftigt haben und in diesem Jahr zum Abschluß gekommen sind, kurz skizzieren.

Nach einem intensiven Erfahrungsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bundesländern und einigen Bundesstaaten in Österreich hat sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle 1992 mit zwei Gesetzentwürfen zur Verbesserung der Haushaltskontrolle befaßt, die von den Fraktionen der CDU und F.D.P. eingebracht worden sind.

- (B) Eines der wesentlichen Ziele dieser Gesetzentwürfe war es, dem Parlament eine Befugnis zur Erteilung verbindlicher Prüfungsaufträge an den Landesrechnungshof einzuräumen.

In einer von unserem Ausschuß zu dem Thema "Das in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen festgeschriebene Verhältnis zwischen Parlament und Landesrechnungshof" durchgeführten Anhörung wurden von Herrn Professor Dr. Grupp rechtliche Bedenken gegen die Einräumung dieser Befugnis geltend gemacht. Aus diesem Grunde fanden unter anderem die beiden genannten Gesetzentwürfe weder im Ausschuß für Haushaltskontrolle noch im Plenum eine Mehrheit.

Obwohl sich der Landesrechnungshof den rechtlichen Bedenken im wesentlichen angeschlossen hatte, teile ich bis heute diese Auffassung nicht. Ich sage dies auch aus dem Selbstverständnis eines Abgeordneten heraus.

Meine Damen und Herren! Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß uns eine Verabschiedung dieser beiden Gesetzentwürfe auf unserem Weg zur Optimierung der Finanzkontrolle ein beträchtliches Stück vorangebracht

hätte und daß sich die Einsetzung des einen oder anderen Untersuchungsausschusses - wir haben uns diese Woche damit beschäftigt - dadurch erübrigen würde.

(Beifall bei der CDU)

Unumstritten weitergebracht hat uns auf jeden Fall die kürzlich beschlossene Neuordnung der nachgeordneten staatlichen Finanzkontrolle. Nachdem der Landesrechnungshof konkrete Vorschläge zur Neuordnung der Vorprüfung gemäß § 100 Abs. 4 Landeshaushaltsordnung im Rahmen einer echten Funktionalreform der Finanzkontrolle vorgelegt hatte, wurden diese im Auftrag des Finanzministers von einem externen Gutachter im Rahmen einer Organisationsuntersuchung im Bereich der Rechnungsämter und Vorprüfungsstellen geprüft.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse hat die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Er hat inzwischen Gesetzeskraft. Ab 1. Januar 1995 wird es unter Einsparung von 176 Stellen staatliche Rechnungsprüfungsämter, die der Dienst- und Fachaufsicht des Landesrechnungshofs unterstellt sind, geben.

Meine Damen und Herren! Dies war ein großer Schritt in die richtige Richtung.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Ob man das von dem gleichzeitig beschlossenen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Landesrechnungshofgesetzes sagen kann, das war zumindestens unter den Fraktionen strittig.

Meine Damen und Herren, wie dem auch sei: Auf der Grundlage des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion ist das Gesetz über den Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen in wesentlichen Punkten geändert, die Struktur des Landesrechnungshofs neu gestaltet und das Organisationsrecht des Landesrechnungshofs verändert worden. Eine Reihe von Einzelregelungen sind aktualisiert und das System der Entscheidungszuständigkeiten innerhalb des Landesrechnungshofs neu geregelt worden, um den Prozeß der Entscheidungsfindung innerhalb des Landesrechnungshofs zu verbessern.

Ob diese Maßnahmen tatsächlich zu der gewünschten Effizienzsteigerung der Finanzkontrolle führen werden oder ob das Gegenteil hierdurch erreicht wird: Die Praxis wird uns die Antwort geben. Ich hoffe im Interesse der Sache, daß die Skeptiker unter uns eines Besseren belehrt werden.

(Neuhaus [CDU])

- (A) Als nächstes und letztes Beispiel unserer Bemühungen um eine sparsame Haushaltsführung der Landesregierung möchte ich den Beschluß des Ausschusses für Haushaltskontrolle vom 3. Mai dieses Jahres zu Abschnitt 11 des Jahresberichtes, der der heute zur Abstimmung anstehenden Entlastung zugrunde liegt, anführen und kurz erläutern. In diesem Abschnitt ist das Prüfungsergebnis des Landesrechnungshofs aus einer Querschnittsuntersuchung der Zuwendungen im Sinne des § 23 Landshaushaltsordnung dargestellt.

Demnach sieht der Landesrechnungshof in dem großen Anteil der Zuwendungen am Gesamtvolumen der Landesausgaben einen möglichen Ansatzpunkt für aufgaben- und subventionskritische Überlegungen. Zu diesem Punkt möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler aufgrund der Erhebungen des Landesrechnungshofs zum Thema "Erfordernisse und Möglichkeiten des Abbaus von Finanzhilfen im Landshaushalt" folgendes zitieren:

Problematisch ist danach der Verwaltungsaufwand, der mit der Gewährung von Landeszuweisungen verbunden ist. Denn das Verfahren bei der Bereitstellung von Landeszuweisungen vollzieht sich auf fünf Stufen: Antrags-, Bewilligungs- und Auszahlungsverfahren, Verwendungsnachweis und Prüfungsverfahren. Dabei sind die Abwicklungsmodalitäten oftmals bis in die letzte technische Einzelheit geregelt.

(B)

Schätzungsweise sind allein bei den Gemeinden Nordrhein-Westfalens mehr als 2 000 Beamte und Angestellte mehr oder weniger ausschließlich damit beschäftigt, zweckgebundene Zuweisungen öffentlicher Stellen zu beantragen, zu bearbeiten, abzurufen, nachzuweisen und zu prüfen - mit einem wahrscheinlichen Kostenaufwand von zirka 200 Millionen DM.

Der Landesrechnungshof hat im Rahmen seiner Prüfungsfeststellungen insbesondere angeregt, auch diesen Aufgabenblock einer wirksamen strategischen Steuerung zu unterstellen. Der Ausschuß für Haushaltskontrolle hat sich daraufhin in zwei Sitzungen intensiv mit dieser Materie auseinandergesetzt und auch den Haushalts- und Finanzausschuß um ein Votum zu dieser Prüfungsfeststellung gebeten. Sowohl der Haushalts- und Finanzausschuß als auch der Haushaltskontrollausschuß sind unter anderem zu dem Ergebnis gekommen, daß dem Ausschuß für Haushaltskontrolle die Überprüfung des Zuwendungshaushalts als Daueraufgabe obliegt und daß dies bei künftigen Überweisungsbe-

schlüssen des Plenums bezüglich der Haushaltsplanentwürfe berücksichtigt werden sollte. Leider muß ich feststellen, daß dies für 1995 nicht erfolgt ist. Ich betrachte das aber als ein Ziel, das in der neuen Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen realisiert werden sollte. (C)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zum Schluß meiner Ausführungen noch ein paar Worte zu den Ihnen mit den Drucksachen 11/7733 und 11/7732 vorliegenden Beschlußempfehlungen, die der Ausschuß für Haushaltskontrolle mit Mehrheit beschlossen hat. Wie Sie dem Ausschußbericht entnehmen können, haben sich die im Jahresbericht des Landesrechnungshofs dargestellten Prüfungsfeststellungen im wesentlichen als gerechtfertigt erwiesen und den Ausschuß für Haushaltskontrolle veranlaßt, zahlreiche Mißbilligungen und Rügen auszusprechen. Im Gegensatz zur Opposition hat die SPD-Fraktion jedoch die Auffassung vertreten, daß die festgestellten Mängel und deren finanzielle Auswirkungen nicht so gravierend waren, daß sie eine Verweigerung der Entlastung gerechtfertigt hätten.

Bei seinen Beratungen hat sich der Ausschuß bemüht, nicht nur zur Beseitigung von offensichtlichen Mängeln und Mißständen in der Landesverwaltung beizutragen, sondern auch langfristig objektive Verbesserungen in der Verwaltungsarbeit des Landes zu erreichen, und damit versucht, seiner ihm zugewiesenen Kontrollfunktion in vollem Umfang gerecht zu werden. (D)

Wie Sie sich denken können, ist unsere Aufgabe bei den Behörden nicht immer beliebt; denn es kommt seltener vor, daß wir ihnen Anerkennung aussprechen. Deshalb möchte ich bei diesem Anlaß ausdrücklich betonen, daß die überwältigende Mehrheit der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ihre Aufgaben gewissenhaft und korrekt erfüllt.

Aber ich sage auch: Parlamente und Regierungen sind aufgerufen, Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen und Erlasse zu vereinfachen, sie verständlicher zu machen und dem Sachbearbeiter an der Front einen vertretbaren Entscheidungsspielraum einzuräumen. Ich meine, daß gerade in der öffentlichen Verwaltung der gesunde Menschenverstand nicht zu kurz kommen darf.

Nicht vergessen werden darf ebenfalls - das sage ich auch am Schluß dieser Plenarwoche -, daß bei aller Härte in der Sache Menschlichkeit im Umgang miteinander - das gilt für die Beziehungen zwischen Ausschuß und Landesregierung, zwischen Ausschuß und Landesrechnungshof, zwischen Landesrechnungshof und Lan-

(Neuhaus [CDU])

- (A) desregierung und nicht zuletzt zwischen den Fraktionen innerhalb des Ausschusses - gewahrt werden sollte.

Diesen Appell möchte ich zum Anlaß nehmen, dem Präsidenten des Landesrechnungshofs stellvertretend für alle Mitglieder und Mitarbeiter seines Hauses im Namen des Ausschusses für die geleistete Arbeit zu danken. Durch diese erfolgreiche Arbeit kann der Landesrechnungshof für das Geschäftsjahr 1992/93 immerhin ein Prüfungsergebnis in Höhe von 72 Millionen DM aufweisen. In diesem Betrag sind die im Rahmen der Vorprüfung im gleichen Zeitraum erzielten finanziellen Ergebnisse in Höhe von 57,5 Millionen DM natürlich noch nicht enthalten. Auch das nicht bezifferbare Ergebnis, das durch die Präventivwirkung dieser Prüfungen erreicht wird, sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich hoffe, Ihnen die Arbeit, Bedeutung und Wirkung unseres Ausschusses etwas nähergebracht zu haben. Aus den Ihnen vorliegenden Drucksachen 11/7733 und 11/7732 gehen die Beschlußempfehlungen des Ausschusses hervor. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Grevener für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Grevener (SPD)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende des Ausschusses hat in so objektiver Weise die Arbeit des Ausschusses gewürdigt, daß ich auf eine eigene Stellungnahme verzichte. Ich schließe mich seinen Ausführungen an. Ich schließe mich auch dem Dank an den Präsidenten des Landesrechnungshofs, an die Landesregierung und an die Mitarbeiter an.

Bei der umfangreichen Tätigkeit der öffentlichen Hand sind zwar hier und da Fehler geschehen. Diese sind aber - so die Bewertung unserer Fraktion - nicht geeignet, hier zu einem negativen Ergebnis bezüglich der Entlastung zu kommen. So stimmen wir, die SPD-Fraktion, allen drei Punkten der Beschlußempfehlung zu, nämlich sowohl dem Landesrechnungshof als auch der Landesregierung die Entlastung zu erteilen und den Prüfungsergebnissen, so wie sie hier festgehalten sind, beizupflichten. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

- Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Diegel für die CDU-Fraktion das Wort. (C)

Abgeordneter Diegel (CDU)*: Auch die CDU-Fraktion bedankt sich ausdrücklich bei dem Berichterstatter, unserem Fraktionskollegen Walter Neuhaus, für seinen objektiven Bericht. Die CDU-Fraktion schließt sich auch seiner Bewertung an.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend beim Präsidenten des Landesrechnungshofs, für die geleistete Zuarbeit, insbesondere aber für die Hartnäckigkeit, um der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit im Haushalt Rechnung zu tragen. Wir haben in den Beratungen des Ausschusses festgestellt, daß fast 50 % aller Beschlüsse nicht gemeinsam getragen werden. Das zeigt, daß Opposition und Regierungsfraktion offensichtlich eine andere Bewertung vorgenommen haben.

Das veranlaßt allerdings die CDU-Fraktion, der Entlastung nicht zuzustimmen.

Ich bedanke mich beim Hohen Haus fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

- Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Riemer für die F.D.P.-Fraktion das Wort. (D)

Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden dem Landesrechnungshof in der Weise danken, daß wir wie in der Vergangenheit seine Unabhängigkeit und auch Zuständigkeit verteidigen werden. Ich hoffe, daß das Gerede über weitere Einschränkungen der Zuständigkeit des Landesrechnungshofs nur Gerüchte sind und wir uns damit im einzelnen in Zukunft nicht auseinanderzusetzen haben.

Wichtig erscheint mir doch ein Hinweis - ausgehend von dem, was der Herr Vorsitzende des Ausschusses gesagt hat - auf die stärkere Einbeziehung der Arbeit, die vom Landesrechnungshof und die auch vom Haushaltskontrollausschuß geleistet worden ist, in die aktuellen Haushaltsberatungen, dieses Feedback. Ich weiß, daß es da gewisse Schwierigkeiten gibt. Aber ich glaube, diese können wir überwinden. Vielleicht können wir in dieser Legislaturperiode in der Frage nichts mehr erreichen, aber das Thema sollte ein Schwerpunkt

(Dr. Riemer [F.D.P.]

- (A) der Parlamentsreform sein, die in der nächsten Legislaturperiode auf jeden Fall zu erledigen ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Munzert, wir freuen uns schon auf Ihren nächsten Bericht und bedanken uns beim Landesrechnungshof, stellvertretend bei Ihnen, für die schönen Berichte, die wir bisher bekommen haben, die ja immer wieder Anlaß zu interessanten Debatten hier gegeben haben.

Natürlich werden wir der Entlastung der Landesregierung nicht zustimmen.

Herr Riemer, was das Feedback angeht, habe ich ja schon einmal den Vorschlag gemacht, ob der Haushaltskontrollausschuß nicht ein Unterausschuß des Haushaltsausschusses sein sollte, wie es im Bundestag der Fall ist.

- (B) (Abgeordneter Diegel [CDU]: Ein guter Vorschlag! - Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Durch die Änderung der Geschäftsordnung werden wir ja zu dem Berichterstattersystem kommen, so daß immer vier Abgeordnete des Landtags, des Haushalts- und Finanzausschusses, für ein Ministerium zuständig sind und hoffentlich den Ministerialen etwas intensiver auf den Zahn fühlen können, als das bisher im Haushaltsausschuß der Fall ist. Da sind interessante Perspektiven. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Busch. - Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Schleußer.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsrechnung 1991 ist Ihnen im März 1993 zugestellt worden. Sie wurde vor ungefähr einem Jahr zusammen mit dem Jahresbericht

- (C) des Landesrechnungshofs vom Plenum an den Ausschuß für Haushaltskontrolle zur Beratung überwiesen.

Die Haushaltsrechnung 1991 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 71 200 Millionen DM ausgeglichen ab. Das von Ihnen bewilligte Gesamtvolumen ist um rund 100 Millionen DM unterschritten worden.

Die Haushalts- und die Wirtschaftsführung des Finanzministeriums im Rechnungsjahr 1991 ist vom Landesrechnungshof in drei Punkten überprüft worden. Es gab keine weitreichenden Beanstandungen. Dies ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Drucksache.

Der Landesrechnungshof hat zum einen die Einwilligung des Finanzministeriums in die Bildung von Ausgaberesten des Jahres 1991 und ihre Übertragung auf 1992 geprüft. Er hat hierzu festgestellt, daß die Praxis des Finanzministeriums bei der Bildung und Übertragung von Ausgaberesten nicht zu einer Ausweitung bei den Ist-Ausgaben geführt hat.

Der Landesrechnungshof hat weiter in seinem Jahresbericht über seine Prüfung der Behandlung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben berichtet und die im Anschluß an das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom Januar 1992 vorgenommenen Verfahrensänderungen gutgeheißen. Der noch offene Punkt über die Mitteilung und Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen unterhalb der Bagatellgrenze von 50 000 DM durch den Landtag hat sich in der Zwischenzeit erledigt. (D)

Zum dritten hat der Landesrechnungshof eine Querschnittsuntersuchung der Zuwendungen vorgenommen. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle über weitere Revisionen der Förderprogramme nehme ich gern auf.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle empfiehlt, die Landesregierung für 1991 zu entlasten. Ich schließe mich dieser Empfehlung an.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister Schleußer. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle Drucksache 11/7733 zur Haushaltsrechnung und zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs.

(Vizepräsident Schmidt)

- (A) In Nummer 1 der Beschlußempfehlung empfiehlt der Ausschuß für Haushaltskontrolle, die von ihm festgestellten Sachverhalte, die Beschlüsse über einzuleitende Maßnahmen und die dafür gesetzten Termine sowie die ausgesprochenen Mißbilligungen gemäß § 114 Landeshaushaltsordnung zu bestätigen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Nummer 1 der Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

In Nummer 2 empfiehlt der Ausschuß, der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 1991 - Drucksache 11/5620, im Zusammenhang damit Drucksache 11/5621 - gemäß § 114 Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Artikel 86 der Landesverfassung Entlastung zu erteilen. Wer ist dafür? - Die SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen. Damit ist der Landesregierung entsprechend Nummer 2 der Beschlußempfehlung für die Haushaltsrechnung 1991 gemäß § 114 Landeshaushaltsordnung Entlastung erteilt worden.

Wir stimmen zweitens über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle Drucksache 11/7732 zur Rechnung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1991 ab. Der Ausschuß empfiehlt uns, dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen für die Rechnung 1991 gemäß § 101 Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen.

- (B) Wer ist dafür? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen. Damit ist dem Landesrechnungshof für die Rechnung 1991 gemäß § 101 Landeshaushaltsordnung Entlastung erteilt worden.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle im Namen des Hohen Hauses beim Landesrechnungshof, heute persönlich vertreten durch seinen Präsidenten, Dr. Munzert, für die gute Zusammenarbeit und Zuarbeit herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Überleitung von Polizeivollzugsbeamten in die Besoldungsgruppe A 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7689 (Neudruck)

erste Lesung

(C) Die Einbringung erfolgt durch den Herrn Finanzminister Schleußer in Vertretung des Herrn Innenministers.

Finanzminister Schleußer (in Vertretung des Innenministers): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wegen der damit verbundenen Neugier stelle ich zu Beginn fest: Ich trage die Position der Landesregierung und nicht die eines einzelnen Kabinettsmitgliedes vor.

Der Gesetzentwurf dieser Landesregierung ist Fortführung und Abschluß der erstmals 1992 durchgeführten gesetzlichen Überleitung lebensälterer Polizeivollzugsbeamter und -beamtinnen in den gehobenen Dienst. Diese gesetzliche Überleitung beruht auf den Zeit-, Ziel- und Maßnahmenplänen der Landesregierung für die personelle Entwicklung der Polizei aus dem Jahre 1992.

Mit diesen Ziel-, Zeit- und Maßnahmenplänen sollten die Attraktivität und Leistungsfähigkeit und die Akzeptanz der nordrhein-westfälischen Polizei gesteigert werden. Dies geschieht auch durch die in die Wege geleitete umfassende Reform der Ausbildung der Polizei.

1995 wird der Anteil des gehobenen Dienstes an der Gesamtzahl der Polizeistellen doppelt so hoch sein, wie es noch 1992 der Fall war.

(D) Im Jahre 1995 sollen die Geburtsjahrgänge 1943 und die vorhergehenden Geburtsjahrgänge über einen besonderen Altersaufstieg kraft Gesetzes in die Besoldungsgruppe A 10 übergeleitet werden. Dabei werden auch die Beamten erfaßt, die im Wege des prüfungserleichterten Aufstiegs in den gehobenen Dienst übernommen worden sind und noch der Besoldungsgruppe A 9 angehören. Dafür werden 258 Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 gehobener Dienst nach Besoldungsgruppe A 10 umgewandelt, so daß im Jahre 1995 insgesamt 1 110 Stellen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst angehoben werden.

Dieses Überleitungsgesetz, das den Abschluß der Ziel-, Zeit- und Maßnahmenpläne darstellt, hat, wie die vergangenen Überleitungsgesetze, nur einen Übergangskarakter. Solche gesetzlichen Überleitungen können keine dauerhafte Lösung sein. Dies soll durch die Umsetzung des Ihnen bekannten Drei-Säulen-Modells geschehen. Bei diesem Modell wird die gesetzliche Überleitung in den gehobenen Dienst von einem leistungsorientierten Aufstieg bis in die Besoldungsgruppe A 11 abgelöst.

(Minister Schleußer)

(A)

Diese Neufassung wird auch nach den zur Zeit in der Beratung befindlichen Anträgen - Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst - die Voraussetzungen für die auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung der Aufsteiger schaffen, womit im Herbst 1995 begonnen werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Finanzminister Schleußer. - Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Punkt ohne Debatte

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nur ausnahmsweise!)

passieren zu lassen. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir stimmen ab über die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuß für Innere Verwaltung - er soll federführend sein - und an den Haushalts- und Finanzausschuß. Wer stimmt zu? - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

(B)

"Opferanwalt" soll Geschädigten beistehen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/7712

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Frau Kollegin Opladen das Wort. Bitte sehr.

Abgeordnete Opladen (CDU*): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, mit dem wir das Ziel verfolgen, die strafprozessualen Rechte der Opfer von Straftaten zu stärken.

Wenn man die öffentliche Berichterstattung über Verbrechen und Gewalttaten verfolgt, muß man häufig feststellen, daß sich das Interesse der Medien mehr auf die Täter als auf die Opfer konzentriert. Erst recht im weiteren zeitlichen Verlauf wird das Schicksal der Op-

fer nur noch selten der Öffentlichkeit präsentiert. Ähnlich ist auch die juristische Diskussion der vergangenen 20 Jahre verlaufen.

Den Opfern von Straftaten wurde bei der Diskussion und Durchsetzung des Resozialisierungsgedankens und der damit verbundenen täterzentrierten Perspektive nur sehr wenig Interesse entgegengebracht. Später wurde sogar in der rechtswissenschaftlichen Literatur von Entmachtung der Verletzten, ja von der vergessenen Figur gesprochen.

Die Angeklagten - die Täter - standen im Blickfeld des Interesses, die Opfer und ihre Probleme waren kurz nach der Straftat vergessen. Sie wurden nur noch benötigt und entsprechend benutzt, um dem Gewaltmonopol des Staates Hilfe zu leisten und als Zeugen zur Verfügung zu stehen.

Ein erstes Umdenken trat in den 70er Jahren ein. Dies - ich glaube, dies kann man zu Recht feststellen - nicht zuletzt aufgrund der Arbeit des Weißen Rings, der die Opfer von Straftaten mit seiner Arbeit stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit holte und immer wieder darauf hinwies, daß wirksamer Opferschutz ein Gebot der Gerechtigkeit und ein Bekenntnis zur Achtung der Würde von Menschen, die als Verletzte vor die Schranken der Justiz treten, ist. Ein erstes Ergebnis der Bemühungen war die Verabschiedung des Opferschutzgesetzes am 18. Dezember 1986 durch den Deutschen Bundestag, das bereits verbesserte Antrags- und Informationsrechte für die Verletzten einräumte und auch Neuerungen bezüglich Beistandsleistungen durch Rechtsanwälte brachte.

Aus sehr unterschiedlichen, aber nicht zuletzt aus finanziellen Gründen wurde damals der "Opferanwalt" nicht in diesem Gesetz verankert. Wir greifen dieses Anliegen erneut auf, weil wir die Regelungen im Opferschutzgesetz in diesem Punkt für nicht ausreichend halten.

Lassen Sie mich das trotz der fortgeschrittenen Zeit gleichwohl kurz begründen: Opfer von Straftaten - dies gilt in besonderem Maße für Opfer von Gewalt- oder Sexualdelikten - benötigen die Unterstützung der Gesellschaft in verschiedenster Form. Sie brauchen psychische und gegebenenfalls medizinische Betreuung, um die Folgen der erlittenen Verletzungen überwinden zu können. Sie sind oft auf finanzielle Hilfe angewiesen, insbesondere dann, wenn sie durch die Straftat aus dem Berufsleben gerissen worden sind oder ihren für den

(Opladen [CDU])

- (A) Lebensunterhalt aufkommenden Partner verloren haben. Sie benötigen rechtlichen Rat, um ihre Ansprüche vor Gericht durchsetzen und später auch realisieren zu können. Oft wird auch Hilfe benötigt, um die durch das Strafverfahren auf die Opfer zukommenden Belastungen bewältigen zu können. Damit kann ich feststellen, daß auf das Opfer von Straftaten eine Vielzahl von rechtlichen und tatsächlichen Problemen zukommt, die anwaltliche Beratungen erfordern. Gerade diesen Weg scheuen jedoch viele Verletzte aus Angst vor weiterem, in diesem Falle finanziellem Schaden, nämlich eventuell zu tragenden Kosten gerade der Rechtsanwälte.

Die Strafprozeßordnung sieht - ich kann es Ihnen jetzt nicht ersparen, kurz darauf hinzuweisen - die Zulassung als Nebenkläger unter den Voraussetzungen der §§ 95 ff. Strafprozeßordnung vor und in § 406 d ff. Strafprozeßordnung sind weitere Regelungen über Rechte und Möglichkeiten der Verletzten enthalten. So kann der Nebenkläger auch Prozeßkostenhilfe für die Nebenklage beantragen, aber hier liegt gerade das Problem; denn die Gerichte haben über die Gewährung der Prozeßkostenhilfe zu entscheiden und zu prüfen, ob die Sach- und Rechtslage schwierig ist, ob der Verletzte seine Interessen selbst nicht ausreichend wahrnehmen kann oder ob ihm dies nicht zuzumuten ist. Daneben sind aber auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Verletzten zu prüfen, mit der Folge, daß diejenigen, die nicht arm im Sinne des Gesetzes sind, nicht Prozeßkostenhilfe, also das frühere Armenrecht, erhalten können.

- (B)

Wir halten dies für unzumutbar, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß dem Beschuldigten eines Strafverfahrens weitreichender Schutz durch die Bestimmung des § 140 Strafprozeßordnung über die notwendige Verteidigung gewährt wird. Hier wird einem Beschuldigten ohne Rücksicht auf seine Einkommens- oder Vermögensverhältnisse zu seiner Verteidigung ein Rechtsanwalt beigeordnet. Das heißt: Während der Beschuldigte unter den Voraussetzungen des § 140 Strafprozeßordnung sich sachkundig und wirksam verteidigen lassen kann, hat das Opfer einer Straftat, das möglicherweise im gleichen Verfahren dem Beschuldigten gegenübersteht, nicht diese Rechte.

Stellen Sie sich einmal ein Verfahren wegen Vergewaltigung vor, in dem der Beschuldigte einen Pflichtverteidiger hat, die vergewaltigte Frau aber ohne Anwälte dort sitzt, weil die Bewilligung von Prozeßkostenhilfe vom Gericht - ich zitiere jetzt aus einem Urteil des Landgerichts Duisburg, 36 A Js 658/88 - mit der Be-

gründung abgelehnt wird, erwachsene Frauen könnten sich als Opfer einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung ohne weiteres selbst vertreten; Prozeßkostenhilfe würde grundsätzlich nur Minderjährigen bewilligt. - Ich halte dies für unerträglich, (C)

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD] und weiblicher CDU-Abgeordneter)

und wir sind der Auffassung, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Den Verletzten muß ein Anwalt auf Kosten der Staatskasse beigeordnet werden, wobei wir durchaus bereit sind, bei den Überlegungen im Rechtsausschuß zu überlegen, ob die einkommens- und vermögensunabhängige Bereitstellung eines "Opferanwalts" auf bestimmte Delikte oder Verfahren beschränkt werden kann, z. B. auf die nebenklagenfähigen Delikte bzw. die Verfahren des § 140 Strafprozeßordnung, also insbesondere auch Verbrechen.

Die Forderung nach dem "Opferanwalt" muß genauso für Verfahren gelten, die sich gegen Jugendliche richten, denn in diesen ist die Nebenklage grundsätzlich unzulässig. Und die Beiordnung eines "Opferanwalts" muß dann genauso wie beim Pflichtverteidiger bereits im Vorverfahren erfolgen, da nur so die gleichen Rechte wie z. B. auf Akteneinsicht gewährleistet sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir möchten mit diesem Antrag ein Stück weit mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für die Verletzten einer Straftat erreichen. An dieser Stelle möchte ich schon einmal sagen - der Einwand wird ganz sicherlich kommen -, daß in einem solchen Fall fiskalische Gesichtspunkte keine Rolle spielen dürften. (D)

Schließlich wird die Beiordnung von Pflichtverteidigern für Beschuldigte durch den Staat finanziert - sicherlich ein Ausfluß der Menschenwürde nach Art. 1 Grundgesetz -, aber natürlich muß das gleiche auch für die Opfer von Straftaten gelten, und zwar, wie ich meine, erst recht. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Opladen. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schreiber.

Abgeordneter Schreiber (SPD*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie

(Schreiber [SPD])

- (A) mich gleich eingangs zu dem Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 11/7712 zur Einführung eines "Opferanwalts" für Geschädigte darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich der Überweisung an den Fachausschuß zustimmen werden. Wir werden dort sehr sorgfältig all das, was Kollegin Opladen vorgetragen hat, untersuchen, uns darüber berichten lassen und unter Umständen im Rahmen einer Anhörung nachfragen, wie das realisiert werden soll.

In diesem Zusammenhang muß man natürlich auf eines hinweisen: Es handelt sich um eine Maßnahme, die eigentlich der Bundesgesetzgeber zu treffen gehabt hätte. Der Bundesgesetzgeber hatte nun tatsächlich die Gelegenheit, sowohl in dem von Ihnen, Frau Kollegin Opladen, erwähnten Opferschutzgesetz als auch später beim Beratungshilfegesetz gehabt, Regelungen zu treffen. Diese hat er nicht getroffen. Natürlich kann man hier im Land einen Antrag stellen und die Landesregierung auffordern, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, doch geht das dann wiederum nur über den Bundesgesetzgeber. Dann wäre es schon zweckmäßiger gewesen, es gleich über die Bundestagsfraktion im Bundestag einzubringen.

Im Zusammenhang damit muß man aber auch einige kritische Fragen stellen:

- (B) Erstens. Welche staatliche Stelle soll diesen "Opferanwalt" bestellen?
- Zweitens. Für welche Delikte soll er im einzelnen eingesetzt werden?
- Drittens. Bis zu welchem Zeitpunkt ist seine Bestellung möglich und vorzusehen?
- Viertens ist insbesondere auch zu fragen, welchen Einfluß das Opfer auf die Auswahl des zu treffenden Anwalts hat, wenn er mit ihm nicht klarkommt. Wie soll er dann abberufen werden?

Es stellt sich hier eine Fülle von Fragen, nicht zuletzt auch der finanziellen Art, wie es mit der Bezahlung gehen soll. Gerade diese letzte Frage wird uns im Ausschuß sehr bewegen und zu der Überlegung führen, ob wir uns das im Moment leisten können. Wünschenswert wäre das alles. Ob es machbar ist, wird sich zeigen.

Ich sage es noch einmal: Wir stimmen der Überweisung zu und werden im Ausschuß sehr sorgfältig darüber beraten. Die kritischen Fragen werden wir dort

auszuloten versuchen, um zu sehen, wie es aussehen sollte. - Vielen Dank. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Schreiber. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Abgeordneter Lanfermann.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Zum einen haben wir für diesen Antrag, für das Thema und für das, was Sie vorgeschlagen haben, große Sympathie. Zum zweiten: Kollege Schreiber hat natürlich recht. Es ist eine Frage der Bundesgesetzgebung, und die Bundesjustizministerin hat noch vor kurzem angekündigt, daß die neue Bundesregierung dieses Problem angehen wird. Dort sind dann im einzelnen die Fragen zu klären, die Kollege Schreiber ebenfalls zu Recht gestellt hat, nämlich wie denn ein solches Gesetz im Detail ausgestaltet sein muß.

Und ein letztes Wort muß natürlich schon erlaubt sein: Eine Regelung kann nur im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern erfolgen. Denn die Gesetzgebung ist zwar die des Bundes, aber wir hätten dann den Effekt, der hier so oft beklagt wird, daß der Bund Gesetze verabschiedet und die Länder für die Kosten aufkommen müssen. Man muß sich vorher also schon genau überlegen, welchen Umfang ein solches Projekt haben kann, welche Kosten entstehen, ob sie abgedeckt sind oder man eventuell an anderer Stelle etwas einsparen muß - wobei es mir im Augenblick schwerfällt, eine solche Stelle zu benennen. (D)

Deswegen: In der Tat ein guter Antrag, und, so hoffe ich, eine gute Beratung im Rechtsausschuß. Wir stimmen der Überweisung zu. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Lanfermann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie im Bund schürt die CDU auch mit diesem Antrag die Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung, die ohnehin in Deutschland nach einer UNO-Studie im umgekehrten Verhältnis zur tat-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) sächlichen Kriminalitätsbelastung steht. Das besonders Perfide an diesem Antrag ist, daß Sie hiermit die legitimen Interessen der Geschädigten, der Opfer, instrumentalisieren wollen, um weiter Panik zu verbreiten. Dabei geht das Anliegen an sich, nämlich die Interessen der Opfer wirksamer zu vertreten, Frau Opladen, dem wir ausdrücklich zustimmen, im Wahlkampfgetöse leider verloren.

Das beginnt schon in der Einleitung. Es stimmt natürlich nicht, daß die Gewaltbereitschaft zunimmt. Im Gegenteil haben die Gewaltdelikte in Nordrhein-Westfalen um 1,4 % abgenommen, wie die von Ihnen bemühte polizeiliche Kriminalstatistik zeigt. Und wenn Sie die Gewaltdelikte von 1993 mit denen von 1990 vergleichen, so gibt das auch nur einen unvollkommenen Ausschnitt der Wirklichkeit wieder. Denn wenn Sie einmal die etwas längerfristige Entwicklung betrachten, so sehen Sie, daß seit 1982 sowohl die gefährlichen und schweren Körperverletzungen als auch - noch deutlicher - die Vergewaltigungen drastisch zurückgegangen sind. Und auch Mord und Totschlag sind keineswegs angestiegen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Vesper, würden Sie eine Frage von Frau Opladen beantworten wollen?

- (B) (Abgeordnete Opladen [CDU]: Meine Meldung war nicht als Zwischenfrage gemeint, sondern ich möchte noch einen Redebeitrag anmelden.)

- Gut, dann war das ein Mißverständnis.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Zugenommen hat allerdings der Raub. Dafür ist vor allem die konsequente Einbahnstraße der Drogenpolitik Ihrer Bundesregierung im Verein mit der F.D.P. verantwortlich. Die über 100 000 Abhängigen müssen sich das viele Geld, das der Schwarzmarkt für Drogen verlangt, durch Raubüberfälle schnell verschaffen. Nirgendwo findet der Schwarzmarkt aber so engagierte Unterstützung für seine Überlebensbedingungen wie bei Ihnen. Denn Sie lehnen aus ideologischen Gründen jede staatliche Abgabe von Drogen an Süchtige ab. Schauen Sie in die Schweiz: Sie hat damit hervorragende Erfahrungen gemacht und ist Ihnen weit voraus.

So spielen Sie also wieder einmal die Interessen der Opfer, eine anständige Behandlung bei der Anzeigeerstattung und später im Prozeß zu erfahren, aber auch Schadensersatz zügig und umfassend zu erhalten, gegen die Interessen der Verdächtigen und Angeklagten aus.

(C) Sie haben immer noch nicht verstanden, daß die Interessen von Täter und Opfer meist dieselben sind, denn den Opfern geht es gar nicht um Rache, sondern um Wiedergutmachung, wie zahlreiche Untersuchungen ergeben haben. Die Täter möchten oft den Schaden ersetzen, sind dazu aber spätestens dann nicht mehr in der Lage, wenn sie hinter Gittern verschwinden. Ein echter Täter-Opfer-Ausgleich, für den wir uns starkmachen, setzt voraus, daß der Schadensersatz vor dem Strafanspruch des Staates rangiert. Wiedergutmachung des Schadens betrifft nicht nur ein Schmerzensgeld, das bei uns ohnehin viel zu niedrig ist, oder den materiellen Wert einer entwendeten Sache, sondern auch durchaus eine Entschädigung für die Wut, den Ärger, die Aufwendungen zur Wiederbeschaffung usw.

Ihre Rechtspolitik gebraucht doch nur das Opfer zur Aufklärung der Tat und Überführung des Verdächtigen. Sie lehnen es im Bund doch ab, auf eine Verurteilung zu verzichten, wenn das Opfer zu seinem Recht gekommen ist. Auch in Ihrem Verbrechensbekämpfungsgesetz, das besser Bürgerrechtsbekämpfungsgesetz hieße, haben Sie sich nur zu einer Regelung des Täter-Opfer-Ausgleichs durchringen können, die ohnehin der Rechtsprechung entsprach: Das Gericht kann die Strafe mildern, muß aber nicht.

Aus diesen Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Kollege Vesper. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Kniola in Vertretung für den Herrn Justizminister das Wort.

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Ist er schon zurückgetreten?)

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola (in Vertretung des Justizministers)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Nagel, auf Ihre Frage: Nein. Er ist beim Juristentag; im übrigen hatte ich den Eindruck, daß heute nicht der Tag der Juristen war.

Der Antrag der Fraktion der CDU beruft sich auf einen Anstieg der Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen und stützt sich dabei auf einen Vergleich der in der polizeilichen Kriminalstatistik enthaltenen Zahlen für das Jahr 1993 mit den Zahlen für das Jahr 1990. Daran

(Minister Kniola)

- (A) anknüpfend unterstellt der Antrag, daß viele Opfer ihre Ansprüche und Rechte nicht durchsetzen könnten, weil sie nicht hinreichend informiert seien und weil sie meist aus finanziellen Gründen den Weg zu einem Rechtsanwalt scheuten.

Lassen Sie mich zunächst etwas zu den statistischen Angaben in dem vorliegenden Antrag sagen. Der Vergleich des Jahres 1993 mit dem Jahre 1990 erweckt den Anschein, als ob die Zahl der Gewaltdelikte kontinuierlich angestiegen sei. Dies trifft jedoch so nicht zu. Gegenüber dem Jahre 1992 ist sogar ein Rückgang um 1,4 % bei einem Anstieg der Gesamtkriminalität um über 2 % zu verzeichnen. Die in dem Antrag genannte Zahl von 150 000 Gewaltopfern ist nicht nachvollziehbar. Vielmehr sind in der polizeilichen Kriminalstatistik korrespondierend zu den rund 34 000 Gewaltdelikten für das Jahr 1993 rund 35 000 Opfer erfaßt.

Damit ich nicht mißverstanden werde: Mit dem Hinweis auf die statistischen Angaben sollen in keiner Weise die persönlichen und wirtschaftlichen Folgen verharmlost werden, die die Opfer von Straftaten, insbesondere von Gewaltdelikten, erleiden.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU soll der Landtag nun veranlaßt werden, die Feststellungen der CDU aufzugreifen. Und es soll die Landesregierung aufgefordert werden, die notwendigen legislativen und exekutiven Initiativen zu ergreifen, um Geschädigten einen sogenannten Opferanwalt beizuordnen.

- (B)

Zweifellos ist es ein wichtiges Anliegen, sich eingehend mit den Belangen der Verbrechenopfer zu befassen. Nur erstaunt mich, daß die CDU die Diskussion darüber zu diesem Zeitpunkt und in diesem Saale führen will. Da es sich in erster Linie um eine Angelegenheit der Bundesgesetzgebung handelt - meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen -, hätte sie, wenn es ihr wirklich um die Sache geht, sich an ihre Fraktion in Bonn wenden können.

Vor allem aber hätte sie schon vor neun Jahren den seinerzeit von der SPD-Bundestagsfraktion erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte des Verletzten im Strafprozeß unterstützen können, in dem Vorschläge enthalten waren, die über die Zielsetzung des von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurfs hinausgingen, jedoch von der Mehrheit der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag abgelehnt worden sind.

Lassen Sie mich nun zu dem eigentlichen Gegenstand des Antrages kommen. Die Forderung nach einem "Op-

feranwalt" in dem von der CDU angestrebten umfassenden Sinne betrifft sowohl das Strafverfahren und das Zivilverfahren als auch den Bereich des Opferentschädigungsgesetzes. In diesen Bereichen ist durch gesetzliche Regelungen und durch Verwaltungsmaßnahmen gewährleistet, daß gerade in den hier in Rede stehenden Fällen der Gewaltkriminalität die Opfer über ihre Rechte und Ansprüche informiert werden und sie diese auch wahrnehmen können.

(C)

Für den Bereich des Strafverfahrens weist bereits der Antrag zu Recht darauf hin, daß das Opferschutzgesetz vom 18. Dezember 1986 dem durch eine Straftat Verletzten zusätzliche Antrags- und Informationsrechte eingeräumt hat. So kann sich der Verletzte nach § 406 f und § 406 g der Strafprozeßordnung des Beistandes eines Rechtsanwaltes bedienen oder sich durch einen solchen vertreten lassen.

Da die in dem Antrag angesprochenen schwer betroffenen Opfer von Gewalttaten regelmäßig nebenklageberechtigt sind, besteht für sie gemäß § 406 g Abs. 3 StPO die Möglichkeit, Prozeßkostenhilfe zu erlangen. In § 472 StPO ist geregelt, daß die notwendigen Auslagen des Opfers unter bestimmten Voraussetzungen dem Angeklagten auferlegt werden können. Gemäß § 406 h der Strafprozeßordnung sind die Betroffenen grundsätzlich auf ihre Befugnisse hinzuweisen.

Auf dieser Grundlage hat die Landesregierung dafür gesorgt, daß die Opfer über Rechte, Ansprüche und Hilfsmöglichkeiten frühzeitig und umfassend unterrichtet werden. So händigen die Polizeidienststellen des Landes den Geschädigten bei der Anzeigenaufnahme das vom Hause des Justizministers erarbeitete Merkblatt über Rechte von Verletzten und Geschädigten im Strafverfahren aus, in dem entsprechende Hinweise enthalten sind und weitere Auskunftsstellen benannt werden.

(D)

Da es sich als sinnvoll herausgestellt hat, in diesem, an sich nur für das Strafverfahren geltenden Merkblatt einen Hinweis auf das Opferentschädigungsgesetz aufzunehmen, hat der Justizminister veranlaßt, daß das Merkblatt in der nächsten Auflage entsprechend ergänzt wird.

Auch im Zivilverfahren steht der Betroffene nicht allein. Soweit er auf diesem Wege seine Ansprüche geltend machen will, kann ihm nach § 114 der Zivilprozeßordnung insoweit ebenfalls Prozeßkostenhilfe gewährt werden. Darüber hinaus hat er nach dem Beratungshilfegesetz die Möglichkeit, sich bereits im Vorfeld eines gerichtlichen Zivilverfahrens durch einen Rechtsanwalt beraten zu lassen. Hierfür steht dem

(Minister Kniola)

- (A) Rechtsanwalt eine Gebühr zu, die - je nach den Verhältnissen des Betroffenen - auch erlassen werden kann.

(Abgeordnete Opladen [CDU]: Das ist doch nicht alles!)

Schließlich erhalten die Opfer von Gewalttaten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung nach dem Opferentschädigungsgesetz. Ihre Betreuung durch die Versorgungsverwaltung richtet sich nach den Sozialgesetzbüchern. Danach ist die Versorgungsverwaltung verpflichtet, die Opfer von Gewalttaten über die Rechte und Pflichten aufzuklären, im Einzelfall Auskünfte zu erteilen und jeden Berechtigten über seine Ansprüche zu beraten. Der Sachverhalt wird von Amts wegen aufgeklärt. Dabei sind die Verwaltungsbehörden nicht an die Anträge der Geschädigten gebunden. Zur Sachverhaltsaufklärung arbeitet die Versorgungsverwaltung mit den Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften des Landes eng zusammen - auch in Bielefeld.

Zur Aufklärung der Berechtigten sind diesen Stellen Merkblätter zur Verfügung gestellt worden. Gegebenfalls werden dort Anträge angeregt. Zur Zeit erfolgt eine Aktualisierung der Merkblätter.

- (B) Der Landesregierung liegen keine konkreten Informationen vor, die den Schluß zulassen, daß, wie der Antrag unterstellt, Berechtigte allein aus Unkenntnis oder finanziellen Erwägungen ihre Ansprüche nicht geltend machen. Lassen Sie mich deshalb zusammenfassend feststellen, daß sowohl durch gesetzliche Regelungen als auch durch Verwaltungsmaßnahmen gewährleistet ist, daß gerade in den hier in Rede stehenden Fällen der Gewaltkriminalität die Opfer über Rechte und Ansprüche informiert werden, daß diese Informationen zur Zeit weiter verbessert werden und daß die Opfer ihre Rechte auch wahrnehmen können.

Frau Kollegin Opladen, ich bin mir darüber im klaren, daß die Rechte noch weiter verbessert werden können. Aber ich denke - und das ist hier durch verschiedene Vorredner zum Ausdruck gebracht worden -, es wäre richtiger und im Interesse aller Menschen in der Bundesrepublik besser gewesen, wenn Ihre lobenswerte Initiative dort Platz griffe, wo sie hingehört, nämlich im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Minister Kniola. - Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal Frau Kollegin Opladen. (C)

Abgeordnete Opladen (CDU*): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Bemerkungen und einen Antrag muß ich loswerden.

Herr Vesper, daß gerade Sie, der Sie eine Partei vertreten, die sich auch frauenfreundlich nennt,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die es ist!)

in einer solch zynischen und, wie wir Kölner sagen, fiesigen Weise über einen für Opfer - und das sind sehr häufig Frauen - so interessanten Gegenstand sprechen, verstehe ich eigentlich nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich verstehe es nur deshalb, weil ich davon ausgehe, daß Sie eine vorgefertigte Rede von Herrn Appel hier vorgelesen haben; er neigt ja zu diesen Dingen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber in der Sache haben Sie sich überhaupt nicht mit dem, was wir wollen, auseinandergesetzt. (D)

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Sehr richtig!)

Ich habe vierzehn Jahre lang als Rechtsanwältin unter anderem vergewaltigte Opfer vertreten. Ich weiß, was es heißt, wenn man schutzlos im Verfahren sitzt und sich einen Anwalt nicht leisten kann,

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

in welcher Situation man dann ist. Ich fand das noch schlimmer als manches andere, was heute von Herrn Appel vorgetragen worden ist. Ich finde es immer sehr schade, wenn man sich mit einer Sache nicht auseinandersetzt.

Das gleiche gilt natürlich auch für die Landesregierung, Herr Minister Kniola. Es tut mir leid, daß Sie die Prügel abbekommen, denn Sie vertreten ja nur den Justizminister. Aber ich hätte mir gewünscht, daß Sie mir

(Opladen [CDU])

(A) nicht die Rechtslage vorlesen - die kenne ich natürlich. Wenn Sie mir zugehört hätten,

(Minister Kniola: Das habe ich!)

dann hätten Sie gehört, daß ich vieles von dem schon gesagt habe, was Sie nachher noch einmal ausgeführt haben. So kann man mit einem Antrag nicht umgehen. Das bringt uns in der Sache nicht weiter.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zum Schluß möchte ich, da die Frau Frauenministerin offenbar etwas positiver zu dem Antrag steht als Sie, beantragen, daß sich auch der Frauenausschuß und nicht nur der Rechtsausschuß mit dem Antrag beschäftigt. Denn es geht tatsächlich vor allem um vergewaltigte Frauen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Opladen. - Darf ich versuchen festzustellen, ob das Haus mit dieser Ergänzung der Überweisung einverstanden ist: daß wir sagen: Rechtsausschuß federführend und zusätzlich Frauenausschuß.

(Zustimmung)

(B)

Oder gibt es da Bedenken?

(Zurufe: Nein!)

- Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen, nachdem ich die Beratung - -

Wollen Sie noch das Wort nehmen? - Herr Lanfermann, bitte!

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ja gemerkt, daß durch die harten Erfahrungen beim Vorsitz eines Untersuchungsausschusses die Kollegin Opladen jetzt ganz kämpferisch aufgetreten ist. Ich finde das sehr gut, und ich wollte sie auch noch einmal unterstützen.

Ich habe wirklich überhaupt kein Verständnis dafür - zumal wir jetzt über eine Überweisung abstimmen -, daß der Kollege Vesper hier gleich eine Ablehnung des Antrags angekündigt hat. Aber das ist nicht das Schlimmste.

(C) Das Schlimmste ist, daß Herr Dr. Vesper, nachdem gerade vergewaltigte Frauen als Opfer dargestellt worden sind, in einer solchen Art und Weise aufgetreten ist, eine rechtliche Stellungnahme abgegeben hat, die wirklich untragbar war, und im Grunde genommen nur Angriffe auch gegen die Bundesregierung gefahren und so getan hat, als würde die Politik das Stafrecht und die Justiz sozusagen mißbrauchen, anstatt sich um die Opfer zu kümmern. Man kann ja, auch was die finanziellen Folgen oder die bisherige Rechtslage angeht, unterschiedlicher Meinung sein. Aber dann sollte man doch wirklich bei der Sache bleiben und dann auch entsprechend - -

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist alles schon gesagt worden!)

- Herr Kollege Frechen, ich weiß nicht, warum Sie jetzt dazwischenreden. Sie haben sich heute hier schon mehrfach durch solche Zwischenrufe hervor getan.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist alles schon gesagt!)

- Sie haben doch gar nicht das Wort, Herr Kollege Frechen.

(Zuruf des Abgeordneten Frechen [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

(D) - Ich weiß überhaupt nicht, wie Sie Ihre Rolle hier verstehen, daß Sie dauernd dazwischenreden, wenn ich hier Ausführungen mache. Sie können ja Ihrem Namen ruhig alle Ehre machen. Aber ich denke, Sie müßten sich schon ein bißchen an die Spielregeln halten.

Nachdem ich jetzt meine Empörung über den Kollegen Vesper zum Ausdruck gebracht habe, danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind hier weiter gestattet. Dagegen kann man von hier oben auch nichts tun. Ich denke, da sollten wir uns wechselseitig - -

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Er hat mich ständig unterbrochen!)

- Ich kenne einige, die es so ähnlich machen.

(Vizepräsident Schmidt)

(A) (Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Aber intelligenter!)

- Das weiß ich nicht, und das will ich nicht beurteilen.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Überweisung des Antrags an den Rechtsausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Frauenpolitik. Wer stimmt dem zu? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 10 auf:

Die Kosten für das Semester-Ticket dürfen nicht zu Lasten anderer Fahrgäste gehen!

- Anpassung der Ausgleichsleistung für die Schülerbeförderung gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) -

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/7711

(B) Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst der Frau Kollegin Brüning für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Brüning (CDU*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Nordrhein-Westfalen fördert großzügig die Trendwende im Nahverkehr". Diese Überschrift fand man gestern in der Preseschau des Landtags. Ausführlich wurde dargestellt, wie das Land Nordrhein-Westfalen mit GVFG-Fördermitteln, also mit wesentlichen Bundesmitteln, den Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Und so, Herr Minister Kniola, gefallen Sie sich in der öffentlichen Meinung.

Wenn es aber um eigenes, landespolitisches Engagement für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs geht, also nicht mit Mitteln des Bundes, dann läßt dies mehr als zu wünschen übrig. Tatsache ist, daß Sie im Land Nordrhein-Westfalen 50 bis 60 Millionen DM Ausgleichsleistungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes für die Verkehrsbetriebe gestrichen haben, mit denen Schülerverkehre betrieben werden. Diese Kürzung zielt eindeutig auf die Eltern und die Gemeinden ab. Sie begründen diese Kürzung

bei den Schülern mit steigenden Kosten durch die Einführung des Semester-Tickets, und im Haushalt 1995 haben Sie für das Semester-Ticket 82 Millionen DM veranschlagt. Dieses Geld wird nur in die Ballungsräume fließen. Die Situation wird dadurch noch prekärer; denn Sie, Herr Minister, spielen den ländlichen Raum gegen den Ballungsraum aus.

Kommunen und Verkehrsbetriebe, auf deren Gebiet Universitäten liegen und wo Verträge über Semester-Tickets abgeschlossen sind, werden bessergestellt als Kommunen, welche nur Schülerverkehre durchführen. Hier werden nicht nur der ländliche Raum und das Ballungsgebiet gegeneinander ausgespielt, sondern gleiches gilt auch im Verhältnis von Schülern und Studenten. Diese Entscheidung ist für mich ungerecht und unlogisch.

CDU und F.D.P. haben bereits im Juni gefordert, daß Sie Ihrer Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 50 bis 60 Millionen DM zurücknehmen. Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag damals abgelehnt. Die jetzige Regelung ist aber unannehmbar, zum einen weil die Verkehrsbetriebe einen Rechtsanspruch auf Ausgleichsleistungen haben, zum anderen weil hier einseitig die Geschäftsgrundlage entzogen wird.

So werden beispielsweise die Betriebe der Westfälischen Verkehrsgesellschaft im Wirtschaftsjahr 1994 Mindereinnahmen von 3,5 Millionen DM haben. Das sind für diese Verkehrsbetriebe empfindliche Einnahmeeinbußen, wohlgerneht bei einem bestehenden Fahrplan und einem bestehenden Leistungsangebot.

Die jetzigen Kostensätze sind überholt. Sie beruhen auf Berechnungen aus dem Jahre 1989. Sie haben versprochen, daß eine neue Kostensatzverordnung zum 1. Januar 1995 in Kraft tritt. Wir wollen aber, daß diese Kostensatzverordnung unverzüglich vorgelegt wird und daß die tatsächliche Kostensituation vor Ort berücksichtigt wird. Eine verzögerte Anpassung geht zu Lasten der Fahrgäste und der Kommunen.

Wir halten es daher für unumgänglich, die Kostensätze rückwirkend zum 1. August 1994 der aktuellen Situation anzupassen. Geschieht dies nicht, so werden die Verkehrsbetriebe reagieren: Es wird Fahrplanausdünnungen oder Preiserhöhungen geben. Wir hier in Nordrhein-Westfalen haben die Gemeinden dazu ermutigt, den Schülerverkehr in den öffentlichen Personennahverkehr zu integrieren, um den ÖPNV im Angebot zu verbessern und leistungsfähiger zu machen. Die Gemeinden haben sich auf uns verlassen, nicht zuletzt

(C)

(D)

(Brüning [CDU])

- (A) deshalb, weil wir die Zusage getroffen haben, daß die Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr fließen. Jetzt auf einmal soll alles nicht mehr stimmen.

Sie wollen Haushaltseinsparungen durch die kalte Küche einführen und verweisen dabei auf die hohen Leistungen, die für das Semester-Ticket zu erbringen sind. Dieses Gegeneinander-Ausspielen von Schülern gegen Studenten ist der eigentliche Skandal. Ein Spielchen Schüler gegen Studenten ist mit uns nicht zu machen. Schaffen Sie diese Geschichte aus der Welt. Ich bitte Sie im Namen der CDU-Fraktion: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Brüning. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Frau Kollegin Thomann-Stahl.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Antrag und den Worten von Frau Brüning ist nicht viel hinzuzufügen. Nur eins: Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Landesregierung die Subventionierung einer Bevölkerungsgruppe insbesondere auf Kosten von Familien mit schulpflichtigen Kindern betreibt, ist so erbärmlich, daß Sie sich dafür schämen sollten. - Ich danke Ihnen.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön. - Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Kann.

Abgeordnete Kann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen uns hier und heute nach dem 16. Juni 1994 zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten mit den Ausgleichsleistungen für den Schülerschulbusverkehr nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes - wie vor drei Monaten auf Antrag der CDU und der F.D.P. Ich muß sagen, daß die Anträge allein durch die stete Wiederholung nicht besser werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als sei das Semester-Ticket der einzige Grund für die Ausgabensteigerung bei den Schulbusverkehren und obendrein

- der Auslöser für die Festlegung der maximalen Ausgleichstage auf einheitlich 240 pro Jahr. (C)

Nur am Rande sei darauf hingewiesen, daß bei den Ausgleichsleistungen Schüler- und Studenten-Tickets gleichbehandelt werden. Der Minister für Stadtentwicklung und Verkehr hat uns im Verkehrsausschuß bereits am 6. Mai und nochmals am 16. Juni hier im Plenum eingehend und überzeugend dargelegt, daß die genannte Unterstellung nicht zutrifft.

Wesentlich höhere Steigerungen ergaben sich z. B. dadurch, daß die Ausgleichsleistungen an die Bundesbusunternehmen 1991 vom Bund auf die Länder abgewälzt wurden - in Nordrhein-Westfalen allein rund 100 Millionen DM pro Jahr.

Die behauptete Schiefelage bei den Ausgleichsleistungen zwischen Ballungsraum und ländlichen Zonen kann man ja wohl, wenn sie denn besteht, nicht der Landesregierung zum Vorwurf machen. Hier sind die Verkehrsverbände und die Verkehrsgemeinschaften, bei denen sich die Ausbildungstickets auswirken, gefordert.

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Kann, würden Sie eine Frage von Frau Thomann-Stahl zulassen?

- Abgeordnete Kann (SPD):** Nein, ich möchte zu Ende reden. - Diese müssen den internen Verteilungsmodus so gestalten, daß Ungerechtigkeiten vermieden werden. (D)

Zur Anpassung der Kostensätze haben wir bereits im Juni 1994 gefordert und vom Verkehrsminister auch gehört, daß diese zum 1. Januar 1995 vorgenommen werden soll. Wir begrüßen dies, da eventuelle Mindererhebungen der Verkehrsunternehmen durch die Festsetzung der 240 Gültigkeitstage wieder ausgeglichen werden.

Eine frühere Anpassung der Kostensätze, meine Damen und Herren, kommt für uns aus zwei Gründen nicht in Betracht: Erstens paßt es in die bisherige Systematik der Anpassungen zum Beginn des Haushaltsjahres. Zweitens hätte ein Vorziehen der Anpassung nach 1994 - zu welchem Datum auch immer - die Folge, daß der Haushaltsansatz 1995 gegenüber dem jetzigen Entwurf noch einmal deutlich erhöht werden müßte - das heißt, beim Antragsdatum 1. August 1994 um mindestens 20 Millionen DM.

Erklären Sie bitte dem Hohen Haus, meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., wo Sie die-

(Kann [SPD])

- (A) ses Geld hernehmen wollen. Wir sind uns der fehlenden Möglichkeiten bewußt, Einsparungen an anderer Stelle im Verkehrshaushalt vorzunehmen. Wir lehnen den Antrag von CDU und F.D.P. ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Kann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Nacken.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es gleich vorweg sagen: Wir beantragen zu Ihren Antrag getrennte Abstimmung über die Ziffern I und II, weil wir in Punkt II voll mit Ihnen übereinstimmen. Es war ja schon Inhalt eines Antrages von CDU und F.D.P. im Juni dieses Jahres, dem wir auch damals zugestimmt haben, leider ohne Erfolg.

Auch wir halten nach wie vor nicht für gerechtfertigt, die Berechnungsgrundlage für die Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen kurzfristig zu verändern und diese Veränderung einseitig dem Lande zugute kommen zu lassen. Wir meinen, gleichzeitig muß die Kostenerstattung für die Unternehmen auch auf dieser neuen Basis errechnet werden - auch wenn das rechtlich nicht zwingend ist, wie Sie, Herr Minister, uns jetzt noch einmal in einem Schreiben dargelegt haben. Es geht nicht darum, daß es rechtlich zwingend ist oder nicht, sondern um faires und kontinuierliches Verfahren miteinander.

(B)

Hinzu kommt, daß eine Anpassung der Kostensätze längst überfällig ist. Wenn Sie, Herr Minister, diese erst jetzt zum 1. Januar 1995 vornehmen wollen, sparen Sie auf Kosten der Verkehrsunternehmen. Das ist - das kann doch niemand ernsthaft bestreiten - ein Einnahmeausfall für diese Unternehmen.

Die Verkehrsunternehmen im Ballungsraum trifft diese Entscheidung - das ist auch schon gesagt worden - nicht so schwer wie die im ländlichen Raum. Im Ländlichen ist der Schülerverkehr einfach die finanzielle Stütze für den öffentlichen Personennahverkehr, ob man das nun gut findet oder nicht.

Ich bleibe dabei: Hier wird der unendlichen Geschichte einer ungleichen Behandlung des ländlichen Raumes in bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr ein weiteres Kapitel hinzugefügt.

Aber nicht zustimmen können wir dem Punkt II Ihres Antrages, meine Damen und Herren. Natürlich stimmt es, daß der Landeshaushalt Kostensteigerungen von über 20 % für den öffentlichen Personennahverkehr durch Ausgleichszahlungen seit 1990 verzeichnet. Natürlich sind dafür die Einführung des Semester-Tickets in Nordrhein-Westfalen - Zuschußbedarf 55 Millionen DM - und der Zuschußbedarf an die Bundesbusunternehmen verantwortlich. Das ist sachlich korrekt. Aber Sie versuchen jetzt, die Schuld für diesen finanziellen Engpaß den Studierenden in die Schuhe zu schieben und Sozialneid zu schüren. Das halte ich für äußerst sträflich,

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

es sei denn, Ihr Reden vom Vorrang für den öffentlichen Personenverkehr war nicht so ernst gemeint; denn hier ist eine Bevölkerungsgruppe tatsächlich umgestiegen und hat nicht auf eine weitere Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gewartet, bevor sie sich bewegt.

In der Einführung in den Verkehrshaushalt für 1995 heißt es dazu:

Zählungen und Befragungen haben ergeben, daß das Ticket im Durchschnitt etwa zu einer Verdoppelung der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel geführt hat. An den Hochschulstandorten in den Ballungszentren liegt der Anstieg teilweise noch höher.

(D)

Na bitte! Es geht also tatsächlich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Verschlafen haben aus unserer Sicht dagegen Verkehrsminister und Landesregierung diese absehbare Kostenentwicklung; denn bereits für den Haushalt 1994 hätten die entsprechenden Haushaltstitel höher angesetzt werden müssen. Aber da hatte man wahrscheinlich noch damit gerechnet, daß der Umstiegseffekt aus dem Semester-Ticket geringer ausfallen würde und damit eben auch die Aufwendungen reduziert werden könnten.

Beim Preis des Tickets vergessen Sie immer wieder, daß es sich beim Semester-Ticket um einen Pflichtbeitrag handelt; denn selbst Studierende, die dieses Ticket nie benutzen - ob sie nun per Fahrrad oder zu Fuß oder wie auch immer die Hochschulstandorte erreichen -, müssen dieses Ticket mitfinanzieren. Das ist aus meiner Sicht der erste Solidarbeitrag, den es im Verkehrsreich gibt, und das ist auch der entscheidende Unter-

(Nacken [GRÜNE])

- (A) schied zu allen anderen rabattierten Fahrkarten im öffentlichen Verkehr.

Daher tragen wir Ihre Argumentation unter Ziffer I nicht. Wir beantragen getrennte Abstimmung und lehnen diese Ziffer I ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat der Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, Herr Kniola. Bitte schön!

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an folgendes erinnern: Am 16.06. dieses Jahres stellten die Fraktionen der F.D.P. und der CDU den Antrag: "Keine Kürzungen der Ausgleichsleistungen für die Schülerbeförderung". Der Antrag wurde hier im Plenum diskutiert und mit Mehrheit abgelehnt.

Danach, am 04.08., stellte der Abgeordnete Mohr von der CDU eine Kleine Anfrage mit dem Thema "Reduzierung der Ausgleichsleistungen nach § 45 Personenbeförderungsgesetz". Die Antwort der Landesregierung vom 29.08. dieses Jahres ging auf alle Fragen des Abgeordneten Mohr ein.

(B)

Nunmehr liegt ein erneuter Antrag der CDU-Fraktion, dem sich die F.D.P.-Fraktion angeschlossen hat, mit dem Thema vor: "Anpassung der Ausgleichsleistung für die Schülerbeförderung gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz".

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Opposition hier nur Wahlkampf betreiben will,

(Beifall bei der SPD)

und die Äußerung von Frau Kollegin Thomann-Stahl hat dies eigentlich eindrucksvoll bestätigt. Sie war ja durch keine Sachkenntnis getrübt, sondern man muß hier noch einmal in Erinnerung rufen: Dann, wenn ein Schüler anspruchsberechtigt ist, weil er nämlich im Rahmen der entsprechenden Entfernung für die jeweilige Schulform wohnt, ist die Familie überhaupt nicht betroffen, sondern der Schulträger ist der Kostenträger für diese Fahrkarte und nicht die Familie.

(Beifall bei der SPD)

Sie erzählen hier also schlichtweg Unsinn.

Zunächst eine andere Richtigstellung! Sie verwechseln offensichtlich immer wieder in Ihren Zahlen die Mehrkosten mit den absoluten Kosten für das Semester-Ticket.

(C)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: So ist es!)

Die Studenten zählen zu dem Personenkreis der Auszubildenden und hatten daher früher schon Ausgleichsleistungen verursacht. Die von Ihnen angeführten 55 Millionen DM sind die Mehrkosten, während die 82 Millionen DM, die im Haushaltsplan 1995 aufgeführt sind, die absoluten Kosten für den Ausbildungsverkehr von Studenten sind.

Diese Kosten werden sich 1994 und 1995 voraussichtlich nicht verändern. Eine Kostenexplosion bei den Ausgleichsleistungen für das Semester-Ticket findet daher nicht statt, eine Ausgleichseinsparung aus diesem Grund ebenfalls nicht.

Wichtig ist, daß der Ausgleich für das Semester-Ticket nach derselben Formel berechnet wird wie der Ausgleich für alle übrigen Auszubildenden, also auch Schüler und Schülerinnen.

Die Mehrkosten beim Semester-Ticket, also die 55 Millionen DM, sind allein darauf zurückzuführen, daß mehr Studenten als früher den ÖPNV benutzen.

(D)

Zu der Minderung der Gültigkeitstage von 286 auf 240 möchte ich nur so viel bemerken - nachdem wir ja darüber schon ausführlich am 16.06. diskutiert haben -, daß auch jetzt noch die Verkehrsunternehmen einen finanziellen Vorteil bei der Berechnung des Ausgleichs für die Schülerfahrten haben. Sie wissen, daß andere Länder auch zu anderen Regelungen gekommen sind; denn die Zahl der möglichen Schultage liegt bei maximal 230 im Jahre - und das unterstellt noch, daß an allen Samstagen auch tatsächlich alle Schüler die Schule besuchen.

Sie gehen davon aus, daß durch die Veränderung der Ausgleichspraxis bei den Verkehrsunternehmen entstehende Einnahmeeinbußen nur durch Tariferhöhungen, Einschränkungen von Verkehrsleistungen oder durch Defizitabdeckung durch die Kommunen ausgeglichen werden können. Es gibt aber in Wirklichkeit gar keine Reduzierung landesweit, sondern die Ausgleichsleistungen sind selbst dann, wenn ich die Bundesbusunternehmen mit über 100 Millionen DM und die Mehrzahlungen für das Semester-Ticket abziehe, von 1990 bis 1994 im Bereich der Schülerbeförderung um

(Minister Kniola)

- (A) 37,3 % gestiegen, und zwar bei nahezu gleicher Schülerzahl. Dies ist ja etwas, was immer bewußt verschwiegen wird.

Wenn einzelne Verkehrsunternehmen darauf hinweisen, daß ihnen ein deutlich geringerer Ausgleichsanspruch im Schülerverkehr zusteht, dann wird von den Unternehmen bewußt verschwiegen, daß hier offensichtlich unterschiedliche Ursachen kumulieren. Häufig handelt es sich nämlich dabei gleichzeitig um eine Reduzierung der Fahrtweiten, was natürlich den Effekt hat, daß aufgrund der geringeren Reisewegweiten entsprechende Reduzierungen vorzunehmen sind. Und dann wird so getan, als wenn dieser gesetzliche Automatismus eine Folge unseres Erlasses ist. So wird hier öffentlich getrickst!

Das Problem - und das will ich nicht verschweigen; das ist hier von mehreren angesprochen worden -, ist im Bereich des Semester-Tickets eine ungerechte Verteilung der Einnahmen. Man kann sich ja trefflich darüber streiten, ob Siegen oder Münster, die auch mit Semester-Tickets bedacht sind, zum Ballungsbereich gehören oder ob das andere Regionen dieses Landes sind oder wie das mit Bielefeld ist. Überall gibt es ja ein entsprechendes Semester-Ticket.

- (B) Ich denke, daß es wirklich Aufgabe der Verkehrsunternehmen wäre oder der entsprechenden Zweckverbands-gremien, die allein über die gerechte Aufteilung der großen Mehreinnahmen durch das Ticket zu entscheiden haben, diesen Ausgleich zwischen den Sitzstädten der Universitäten und den dort vorhandenen Verkehrsunternehmen und den übrigen, auch Studentinnen und Studenten transportierenden Unternehmen endlich herbeizuführen. Das ist ein wichtiges Problem. Das sollten Sie auch öffentlich behandeln. Aber das ist etwas, was nicht der Landesgesetzgeber zu regeln hat, sondern was in der Selbstverwaltungshoheit der jeweiligen Kommunalverantwortlichen liegt.

Der im Antrag genannte Betrag der jährlichen Einnahmeeinbußen in Höhe von 50 bis 60 Millionen DM ist falsch. Ausweislich des Haushaltsplans 1995 beträgt die Einsparung 20 Millionen DM. Das heißt doch nicht "durch die kalte Küche", sondern wir weisen diese Einsparung im Haushaltsplan sehr deutlich aus.

Meine Damen und Herren, ich will das hier sehr klar und deutlich sagen: Die Landesregierung hat keine Begründung geliefert nach dem Motto "Schülerfahrtkosten gegen Semester-Ticket". Das ist eine Diktion, die hier

von der Opposition, von CDU und F.D.P., eingeführt wird, und das ist eine Diktion, die der Sache überhaupt nicht angemessen ist. (C)

(Zustimmung der Abgeordneten Nacken [GRÜNE])

Es geht darum, einen ungerechtfertigten Anspruch der Verkehrsunternehmen, die nämlich 286 Tage ansetzen, wo es überhaupt nur 230 Schultage geben kann, zu korrigieren. Diese Korrektur war überfällig.

Ich hoffe ja nicht, daß Sie die bayerische Regelung wollen; denn die bayerische Landesregierung hat gerade mit Freuden dem Semester-Ticket zugestimmt, allerdings unter der Maßgabe, daß die bayerischen Verkehrsunternehmen zuvor eine Verzichtserklärung dahin gehend abgeben müssen, daß keine Mehrzahlungen nach § 45 a damit verbunden sind. So kann man es natürlich auch machen. Diesen Weg wollten wir nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Meine Damen und Herren, die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung nach § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantragt, so daß wir über den Inhalt des Antrags Drucksache 11/7711 abstimmen. Frau Kollegin Nacken wünscht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getrennte Abstimmung über die Abschnitte I und II. Wir kämen danach zur Schlußabstimmung. (D)

Ich rufe also zur getrennten Abstimmung den Antrag Drucksache 11/7711 auf, Abschnitt I. Wer ist für I? Den bitte ich um das Handzeichen. - CDU- und F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD- und GRÜNEN-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist Abschnitt I mit Mehrheit abgelehnt.

Aufgerufen ist Abschnitt II. Wer ist für II? - CDU-, F.D.P.- und GRÜNEN-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

(Vizepräsident Schmidt)

- (A) Wir kommen dann zur **Schlußabstimmung**. Wer ist für den **Antrag Drucksache 11/7711** der CDU- und der F.D.P.-Fraktion? Ich bitte um das Handzeichen. - Die CDU und die F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf; dies ist die Ergänzung der Tagesordnung gemäß unserem Beschluß vom 21. September 1994:

Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Rhein-Sieg

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7775

erste Lesung

Die **Einbringung** des Gesetzentwurfs erfolgt durch die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Anke Brunn. Bitte schön!

- (B) **Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung möchte ich den Gesetzentwurf zur Errichtung der Fachhochschule Rhein-Sieg dem Landtag vorlegen und zur Beratung einbringen. Ich bin zugleich dem Landtag dankbar, daß er seine Tagesordnung entsprechend ergänzt und die Einbringung heute ermöglicht hat, ebenso der Landtagsverwaltung, die in großer Schnelligkeit dieses Gesetz gedruckt hat; denn wir haben als Landeskabinetts erst in der vergangenen Woche den Gesetzentwurf erarbeitet.

Durch diese schnelle Handlung des Landtags ist es möglich, das Gesetz ganz kurzfristig zu beraten und auch noch in diesem Jahr zu verabschieden. Es bewegt sich im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn und ermöglicht, kurzfristig die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung der Fachhochschule zu schaffen.

Ich habe übrigens in der vergangenen Woche, um auch die Konstituierung der Gremien bereits vorzubereiten, Herrn Professor Severin von der Fachhochschule Köln mit dem Planungsauftrag versehen, so daß auch die

Vorbereitungen getroffen sind, wenn der Landtag das Gesetz verabschiedet hat, mit den Gremien weiter voranzukommen. (C)

Ich möchte Ihre Großzügigkeit heute nachmittag nicht weiter strapazieren und sehe der Beratung im Ausschuß mit Interesse entgegen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Brunn.

Weitere Wortmeldungen stelle ich im Hause nicht fest. Es war auch wohl "ohne Debatte" verabredet. Ich schließe deshalb die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 11/7775** an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Wer stimmt der Überweisung zu? - Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Vielen Dank. So beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Die **nächsten Plenarsitzungen** finden nach unserem Zeitplan am 9., 10. und 11. November 1994 statt. (D)

Meine Damen und Herren! Dazwischen liegen Herbstferien, auch Wahlkampfveranstaltungen und die Bundestagswahl am 16. Oktober 1994. Ich wünsche viel Erfolg und vor allen Dingen gute Kondition.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 16.07 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

Ausgegeben: 10. Oktober 1994

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.